

78. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. Mai 2003

Inhalt

Bilanz der innenpolitischen Tätigkeiten seit 1999

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 12. März 2003 (Drucksache 15/1410)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. Mai 2003

(Drucksache 15/1478)

Gesetz zur beschleunigten Überleitung vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst (Überleitungsbeschleunigungsgesetz)

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21. April 2003 (Drucksache 15/1461)

- 1. Lesung
- 2. Lesung

Abg. Herderhorst (CDU)	5615
Abg. Kleen (SPD)	5617
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	5619
Abg. Tittmann (DVU)	5622
Abg. Herderhorst (CDU)	5623
Senator Dr. Böse	5625
Abstimmung	5628

Frieden, Freiheit, Solidarität – Für eine Verfassung der Europäischen Union

Antrag (Entschließung) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. März 2003 (Drucksache 15/1404)

Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	5628
Abg. Neumeyer (CDU)	5632
Abg. Isola (SPD)	5635

Bürgermeister Dr. Scherf	5638
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	5640
Abg. Neumeyer (CDU)	5642
Abstimmung	5643

Reformprozess des bremischen Finanzmanagements

Sachstandsbericht – Dezember 2002

Mitteilung des Senats vom 18. März 2003 (Drucksache 15/1416)

Abg. Dr. Schrörs (CDU)	5644
Abg. Frau Wiedemeyer (SPD)	5645
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	5647
Bürgermeister Perschau	5649

Mehr Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven durch Wirtschafts- und Strukturpolitik

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 13. März 2003 (Drucksache 15/1412)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. April 2003

(Drucksache 15/1469)

Abg. Eckhoff (CDU)	5651
Abg. Böhrnsen (SPD)	5651
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	5654
Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen)	5655
Abg. Eckhoff (CDU)	5658
Abg. Böhrnsen (SPD)	5660
Abg. Henkel (fraktionslos)	5662
Abg. Eckhoff (CDU)	5663
Senator Hattig	5664
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	5667

Abbau von gesetzlichen Regelungen und Verwaltungsvorschriften und Entbürokratisierung („Entrümpelungsinitiative“)

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 19. März 2003
(Drucksache 15/1424)

Abg. Böhrnsen (SPD)	5669
Abg. Dr. Schrörs (CDU)	5671
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	5672
Senator Hattig	5674
Abstimmung	5674

Verkehrsinfrastruktur im Nordwesten verbessern

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 19. März 2003
(Drucksache 15/1425)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. April 2003

(Drucksache 15/1457)

Abg. Dr. Sieling (SPD)	5675
Abg. Kastendiek (CDU)	5677
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) .	5679
Senator Hattig	5680

Nahverkehrsplan 2 für den Schienenpersonennahverkehr im Land Bremen 2003 bis 2007

Mitteilung des Senats vom 25. März 2003
(Drucksache 15/1430)

Nahverkehrsplan für den Schienenpersonennahverkehr im Lande Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 13. Mai 2003

(Drucksache 15/1481) 5681

Strukturpolitik der Europäischen Union nach 2006

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Oktober 2002
(Drucksache 15/1258)

Strukturpolitik der Europäischen Union nach 2006

Bericht und Antrag des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit vom 18. März 2003

(Drucksache 15/1459) 5681

Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) 5686

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Dr. Domann-Käse, Leo, Frau Möbius, Steinberg, Frau Wangenheim.

Präsident Weber

Vizepräsident Dr. Kuhn

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Hannken

Schriftführer Schildt

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Finanzen

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Böse** (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Staatsrat **Dr. Dannemann** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Staatsrätin **Motschmann** (Senator für Inneres, Kultur und Sport)

Staatsrätin **Winther** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

(A)

(C)

(B)

(D)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 9.31 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 78. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Folgende Gruppen sind anwesend: eine zehnte Realschulklasse vom Schulzentrum an der Helsinkistraße, Soldaten und Zivilbedienstete vom Stab des Fernmeldesektors 201 der Scharnhorst-Kaserne, eine Gruppe vom Freundeskreis Bremen-Ost, zwei Klassen vom Schulzentrum Grenzstraße, auszubildende Bankkaufleute und Sozialversicherungsangestellte und die Klasse 5 f vom Schulzentrum Rockwinkel mit Gastschülern der Klasse 6 b der Ecole Moser aus Genf.

Ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Abgeordneten Tittmann zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Hauses aussprechen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich es doch nicht unerwähnt lassen, dass für Herrn Dr. Wilken dies heute seine letzte Sitzung im Parlament ist. Nach 37 Jahren öffentlichem Dienst und 31 Jahren davon im Wissenschaftlichen Dienst dieses Hauses tritt er in den Ruhestand, und dies ist nach so vielen Jahren seine letzte Sitzung.

Ich bedanke mich ganz herzlich, Herr Dr. Wilken, für Ihre Arbeit, die Sie dem Hause hier haben angedeihen lassen. Ich glaube, jeder hat gern Ihren Rat gesucht, weil er kompetent und klug bedient worden ist. Dafür ganz herzlichen Dank!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Bilanz der innenpolitischen Tätigkeiten seit 1999

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD vom 12. März 2003
(Drucksache 15/1410)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. Mai 2003

(Drucksache 15/1478)

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zur beschleunigten Überleitung vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst (Überleitungsbeschleunigungsgesetz)

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 21. April 2003
(Drucksache 15/1461)
1. Lesung
2. Lesung

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Böse.

Gemäß Paragraph 29 der Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Herr Senator Dr. Böse, ich davon aus, dass Sie darauf verzichten, so dass wir gleich in die Aussprache eintreten können.

Die gemeinsame Aussprache ist eröffnet.

Wir kommen zur ersten Lesung der Gesetzesvorlage.

Als erster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Abschluss der fünfzehnten Legislaturperiode möchten wir nutzen, um einmal Bilanz zu ziehen im Bereich der inneren Sicherheit und auch zu schauen, wo es möglicherweise noch Handlungs- oder Regelungsbedarf gibt. Diese Debatte schließt sinnvollerweise die Beratung des vorliegenden Überleitungsgesetzes für die Überführung des mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst ein. Dies wird auf der Grundlage des Senatsbeschlusses, der für diese Maßnahmen bereits gefasst worden ist, hier heute mit verabschiedet.

Bevor ich nun auf die Große Anfrage selbst eingehe, sei es gestattet, auf die Koalitionsvereinbarung dieser Koalition von 1999 hinzuweisen. Die darin beschriebenen Ziele zum Bereich Inneres sind allesamt abgearbeitet und übererfüllt worden, wie auch die Antwort des Senats deutlich macht. Ich glaube, dass in diesen vier Jahren der Erledigt-Vermerk an allen Punkten zum Ausdruck bringt, dass diese Koalition innere Sicherheit ernst genommen und zu einem Schwerpunkt gemacht hat.

(Beifall bei der CDU)

Nicht nur das! CDU und SPD haben auch angemessen auf den 11. September 2001 reagiert, indem ein Bündel von Maßnahmen für die Verdichtung der Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger realisiert wurde. Dass dies trotz des engen finanziellen Rah-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) mens ermöglicht wurde, ist sicher unzweifelhaft ein Verdienst dieser Koalition.

Meine Damen und Herren, für die CDU-Fraktion darf ich sagen, wie in der Vergangenheit werden wir auch zukünftig innere Sicherheit als eine Priorität politisch begleiten. Dabei, und das lässt sich auch aus der Antwort des Senats ablesen, begrüßen wir ausdrücklich, dass der polizeilichen Prävention breiter Raum eingeräumt wurde. Ich erspare mir an dieser Stelle, die Koalitionsvereinbarung insgesamt noch einmal vorzutragen, allerdings meine ich, dass sich auch alles widerspiegelt in der Antwort des Senats.

Allerdings sind auch einige Punkte dabei, die nicht in der Antwort stehen, und auf die möchte ich auch kurz hinweisen, weil ich glaube, dass sie auch für Bremen von Bedeutung sind. Das ist einmal, dass die Ortsämter/Bürgerämter weiterentwickelt worden sind zu Dienstleistungszentren. Mit dieser Zielsetzung sind wir sicherlich noch nicht am Ende und am Ziel angelangt, und wir müssen auch in der nächsten Legislaturperiode in diese Richtung sicherlich weiterarbeiten. Die Koalition hat das Ortsamts- und Beirätegesetz im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten fortgeschrieben. Im Stadtamt wurden DV-technische Neuerungen eingeführt, und nicht zuletzt wurde das Stiftungsrecht reformiert und flexibler gestaltet.

(B) Meine Damen und Herren, wir haben erheblich investiert in bauliche Maßnahmen wie Bau der Feuerwache West, Sanierung mehrerer Polizeireviere in Bremen-Stadt und Bremen-Nord, neue Polizei- und Feuerwehrfahrzeuge wurden angeschafft. Nicht zuletzt wurden 100 000 Quadratmeter Freifläche auf der Bürgerweide für Volksfeste festgeschrieben, und die Organisation bleibt städtisch.

Meine Damen und Herren, schon mit der Erfüllung der Zielsetzungen in der Koalitionsvereinbarung ist ein großer Schritt nach vorn zur Stärkung der inneren Sicherheit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger gemacht worden. Darüber hinaus wurde den Polizeibeamten eine neue berufliche Perspektive gegeben und wurden rechtliche Instrumentarien geschaffen, die den Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten die nötige Rechtssicherheit in der täglichen Arbeit verleihen. Die objektive wie subjektive Sicherheit für die Bremerinnen und Bremer, damit ist das Land gemeint, ist weiter verbessert worden. Ich füge hinzu, es muss auch in der Zukunft noch viel getan werden, um die Kriminalität weiter zurückzudrängen.

Meine Damen und Herren, die umfängliche Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Koalition zeigt, glaube ich, deutlich auf, dass sich die polizeilichen Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung nicht nur auf den täglichen Einsatzdienst der Polizei beschränken. Ich komme gleich noch darauf zurück.

Vorher möchte ich Dank loswerden, Dank an den Autor oder die Autorin der Antwort, der oder die mit dieser Antwort alle Facetten der Sicherheit für Bürger darstellte und sehr gehaltvolle Antworten gab, Dank aber auch an die Ausführenden, sprich die Beamtinnen und Beamten der Polizei in Bremen und Bremerhaven, der Feuerwehren in beiden Städten, des Landesamtes für Verfassungsschutz, und Dank den Freiwilligen bei der Feuerwehr und beim Katastrophenschutz! Diese Menschen setzen sich oft über die physischen und psychischen Grenzen hinweggehend für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ein. Dafür haben sie unser aller Dank verdient.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, eine Erkenntnis kann aus der Antwort gezogen werden und ist besonders erfreulich: Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung sind nicht allein Aufgabe der Polizei. Neben vielen Organisationen, die mit ihren Helfern ehrenamtlich auf diesem Feld tätig sind, gibt es viele Kooperationen und Vernetzungen über Ressortgrenzen hinweg, wie ich sie mir vor Jahren noch nicht hätte vorstellen können. Die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz hat sich wesentlich verbessert. Die Kooperationen zwischen Schule und Polizei oder Soziales und Polizei haben sich als fast optimal ergeben, eine höchst erfreuliche Entwicklung, wie ich meine, die insbesondere im Kinder- und Jugendbereich Auswirkungen zeigt. Auch dazu hat also diese Koalition ihren Beitrag geleistet.

Meine Damen und Herren, diese Bereitschaft, gemeinsam Entwicklungen in der Kriminalität zu bekämpfen, ist dazu angetan, potentielle kriminelle Karrieren schon im Kinder- oder Jugendalter zu stoppen oder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Der Senat sollte diesen Weg weitergehen und dabei die Unterstützung aller Fraktionen in diesem Hause auch in den nächsten vier Jahren erhalten.

Meine Damen und Herren, nach dem 11. September 2001 ist gerade im Bereich der inneren Sicherheit nichts mehr so, wie es einmal war. Die Bedrohung der Sicherheit für die Menschen weltweit hat eine neue Dimension erreicht. Darauf war und ist in Bremen reagiert worden, wie die Antwort des Senats eindrucksvoll deutlich macht. Neben den Antiterrormitteln, die gesondert zur Verfügung gestellt wurden, war ein Kernstück die Novellierung des Bremischen Polizeigesetzes. Leider musste der schlimme 11. September helfen, ein Polizeigesetz zu formulieren,

(Widerspruch bei der SPD – Abg. B ö h r n -
s e n [SPD]: Das ist ja unerhört!)

das insbesondere auch der derzeitigen besonders schwierigen Sicherheitslage Rechnung trägt. Schon

(C)

(D)

(A) jetzt in dieser Fassung hat das Bremische Polizeigesetz Vorbildfunktion im Bundesvergleich.

Ohne hier erneut die Debatte über das Polizeigesetz führen zu wollen, das haben wir hinter uns, muss doch auf einige Punkte hingewiesen werden. Gerade gestern hat der Bundesinnenminister Schily im Rahmen der Vorstellung des neuen Bundesverfassungsschutzberichts noch einmal deutlich gemacht, dass gerade die Gefahren im Zusammenhang mit dem islamistischen Terrorismus noch nicht gebannt sind. Er sprach von ernst zu nehmender Bedrohung. Deutschland sei kein Rückzugsraum für ausländische Extremisten.

Dem ist nichts hinzuzufügen, aber, meine Damen und Herren, das macht auch deutlich, Verfassungsschutz und Polizei sind wichtige Garanten, dem Phänomen entgegenzuwirken, in unserer Republik auch Auswirkungen des weltweiten Terrorismus zu spüren zu bekommen. Ich bin deshalb froh, dass es der großen Koalition gelungen ist, den Verfassungsschutz personell und materiell so weit in den Stand zu setzen, seine wesentlichen originären Aufgaben wieder wahrnehmen zu können. Im Übrigen habe ich nicht den Eindruck, dass der Verfassungsschutz noch den Dunst des Geheimen um sich trägt, sondern seine Arbeit so weit wie möglich offen und transparent gestaltet.

(B) Meine Damen und Herren, Polizeigesetz ist das Stichwort. Bereits Gesetz gewordene Regelungen für Videoüberwachung, Rasterfahndung, Wohnraumüberwachung, Wegweisungsrecht, worüber gestern erneut diskutiert worden ist, qualifizierter Platzverweis, aber auch verdeckte Ermittler und vieles mehr sind notwendige Rechtsgrundlagen, um im gefahrenabwehrenden Bereich gezielt gegen kriminelle Gefahren vorgehen zu können.

Ich will in diesem Zusammenhang auch noch einmal betonen, Rasterfahndung ist, präventiv angewandt, eine von mehreren Ermittlungsmöglichkeiten. Aber, und das stelle ich heraus, wenn erst eine Straftat in diesem Bereich begangen worden ist und eine Rasterfahndung vorher nicht gelaufen ist, dann müssten wir uns den Vorwurf gefallen lassen, nicht alles getan zu haben, um im Vorfeld einer solchen möglichen Straftat hier Aufklärung erhalten zu haben. Insofern halte ich nach wie vor diese Rasterfahndung für ein notwendiges, wichtiges Instrument, gerade in dieser Sicherheitslage, die wir auch in unserer Republik haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, immer wieder müssen zukünftig, nehme ich an, auch die wenigen fehlenden gefahrenabwehrenden Bestimmungen im Polizeigesetz auf den Tisch. Dazu gehört einmal die technische Kommunikationsüberwachung, die nach wie vor in unserem Gesetz fehlt. Wir haben darüber bereits einmal hier im Haus gesprochen. Ich meine

aber nach wie vor, auch dieses Instrument ist wichtig, um Gefahren abzuwehren. Ich will als Beispiel nennen: Es ist ein Mensch in einen Unfall verwickelt, allein in den Straßengraben gefahren, wie auch immer, kann sich kaum selbst helfen, aber das Handy noch bedienen und ruft 112 an. Es wäre technisch möglich zu lokalisieren, wo sich dieser Unfallgeschädigte aufhält. Das geht aber deswegen nicht, weil wir diese Rechtsgrundlage nicht haben und die Anbieter in diesem Bereich die Auskünfte verweigern.

(Glocke)

Präsident Weber: Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Donnerwetter! Ich darf dann noch hinzufügen, dass wir auch nach wie vor, glaube ich, die verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrollen im Auge behalten müssen. Ich bin just in Bremerhaven beim Hauptzollamt gewesen. Da ist uns vorgeführt worden, dass die Zollbeamten durchaus dieses Instrumentarium haben, also eine Rechtsgrundlage dafür haben. Das Gleiche trifft übrigens auch auf den Bundesgrenzschutz zu, der ebenfalls solche Kontrollen durchführen kann. Die Bremer Polizei kann es zurzeit noch nicht. Ich glaube aber, dass wir auch irgendwann dahin kommen werden und auch hinkommen müssen, hier eine Regelung zu treffen.

Ich werde mich dann im zweiten Durchgang noch einmal melden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kleen.

Abg. **Kleen** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Bilanz der inneren Sicherheit der letzten Legislaturperiode liest sich positiv. Das kann niemanden wundern, wir wären auch schön blöd gewesen, so eine Große Anfrage zu stellen, wenn es nicht so wäre!

(Beifall bei der SPD)

Man muss bestimmt nicht alle Einzelheiten aus der Antwort des Senats hier angehen, aber einige Punkte darf man herausgreifen. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass es gelungen ist, in schwierigen Zeiten die Innenpolitik im ruhigen Fahrwasser zu halten. Das beschneidet die Möglichkeit, mit der Angst der Menschen wahltaktische Spielchen zu betreiben, aber es erhöht die Chancen für die Polizei, aber auch, das ergibt sich aus der Anfrage, für andere Behörden, in einem ressortübergreifenden Präventionsansatz in Ruhe ihrer Arbeit nachzugehen. Das ist uns wichtig.

(Beifall bei der SPD)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, ein gutes Beispiel für die sachorientierte Innenpolitik der letzten Jahre ist die Novellierung des Polizeigesetzes. In sehr sorgfältiger Abstimmung mit der Führung und den Personalräten der Polizeien in Bremen und Bremerhaven, mit wissenschaftlicher Beratung und in ständigen konstruktiven Gesprächen mit der Gewerkschaft der Polizei haben wir für Bremen ein modernes Polizeigesetz beschlossen.

Der Wunsch der CDU, mit der Wiederaufnahme der öffentlichen Ordnung schiere symbolische Politik zu betreiben, konnte nicht erfüllt werden. Die Formulierung über den finalen Rettungsschuss ist modern und wegweisend. Das Wegweisungsrecht mit Rückkehrverbot ist vermutlich immer noch eine der besten Formulierungen dieser Regelung in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Bei den quasi nachrichtendienstlichen Mitteln haben wir konsequent zwischen polizeilicher Effizienz und rechtsstaatlicher Sicherung abgewogen. In der Praxis haben diese Regelungen allerdings, wie von uns auch nicht anders erwartet, noch keine überragende Bedeutung erlangt.

(B) Ein geglücktes Projekt der vergangenen Legislaturperiode ist auch das Abschiebungsgewahrsamsgesetz, auch wenn sich der Koalitionspartner sehr schwer damit getan hat und am liebsten ganz darauf verzichtet hätte. Das Gesetz hat die Abschiebung natürlich nicht besser gemacht. Für die Menschen, die davon betroffen sind, sind diese Vorgänge oftmals Tragödien, aber der Auftritt von Pastor Moroff als neuer Vorsitzender des neuen Beirats in der Innendeputation hat doch deutlich gemacht, dass wir künftig sachlicher, problemorientierter und weniger ideologisch über den Abschiebungsgewahrsam und die Menschen dort reden können. Das ist jedenfalls meine Hoffnung.

Meine Damen und Herren, das zentrale Projekt im Bereich der inneren Sicherheit ist die Fortsetzung des Weges in die zweigeteilte Laufbahn. Am Anfang der Legislaturperiode haben wir von der Unumkehrbarkeit des Systemwechsels gesprochen. Auf dem für ein Haushaltsnotlageland überaus ehrgeizigen Weg zu einer Polizei, in der die Beamtinnen und Beamten nur noch dem gehobenen und dem höheren Dienst angehören, gehen wir mit dem heute zu beschließenden Überleitungsbeschleunigungsgesetz einen weiteren großen Schritt nach vorn, ein Schritt, der nicht viel kostet, und das bisschen, was er kostet, muss die Polizei auch noch selbst durch Stelleinsparungen erwirtschaften. Das Gesetz schließt aber eine Gerechtigkeitslücke, die zu schließen uns Sozialdemokraten besonders am Herzen liegt.

Wer heute nach dem Abitur zur Polizei geht, beginnt als Student an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung, also als Beamtin oder Beamter auf Pro-

be mit Ausbildungsplanstelle. Nach drei Jahren verlässt er oder sie als Kommissar oder Kommissarin die Hochschule für Öffentliche Verwaltung, daran schließt sich der Dienst bei der Bereitschaftspolizei in der Stephanitor-Wache an. In der Begleitung von manchmal 20 Jahre älteren Kolleginnen und Kollegen wird dann die Praxis vermittelt, Kollegen, die nicht Kommissare sind, sondern Hauptmeister oder Hauptmeisterin, die aus Erfahrung viel mehr können, aber viel weniger verdienen und sich im Gegensatz zu ihren jungen Schützlingen nicht auf eine Beförderungsstelle des gehobenen Dienstes bewerben dürfen, weil es das Laufbahnrecht so will.

Das dürfen wir nicht hinnehmen, denn der hehre Grundsatz des Beamtenrechts von Eignung, Befähigung und Leistung scheidet, weil es keine gemeinsame Startlinie gibt. Wir wollen aber nicht, dass diese Beamtinnen und Beamten, die viele Jahre im Wechselschichtdienst ihre Knochen hingehalten haben, hinten herunterfallen beim Umbau der Polizei zur zweigeteilten Laufbahn.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb verschaffen wir heute gemeinsam, SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen, diesen Beamtinnen und Beamten des Spitzenamtes des mittleren Dienstes eine verbesserte Startchance. Materiell ist das wenig, aber es zeigt, dass wir den Weg konsequent weitergehen, den wir Anfang der neunziger Jahre unter Senator Sakuth mit der Basisverbreiterung bei der Schutzpolizei und der Einstellung von Quereinsteigern bei der Kripo begonnen haben. Hier hat sich der lange Atem wirklich gelohnt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, überaus erfreulich ist die Antwort des Senats zu Frage vier, darauf ist auch Herr Herderhorst eingegangen. Wer immer gedacht hat, Polizeiarbeit ist mit Laufen, Reiten, Schießen ausreichend beschrieben, wird mit einem umfassend ressortübergreifenden, zugleich polizeilich sehr wirk-samen Präventionsansatz eines Besseren belehrt.

Gerade im Bereich der Jugenddelinquenz, und hier hatten wir leider in jüngster Zeit einen leichten Anstieg, ist es notwendig, auf den Erziehungsgedanken zu setzen. Strafe muss sein, wenn es nötig ist. Der Senat sieht das auch so im Intensivtäterkonzept oder dem Ersttäterkonzept, aber Strafen hilft nur in seltenen Fällen. Gerade auffällige Schüler machen Probleme, weil sie Probleme haben. Hier ist es wichtiger, die Probleme zu lösen, als an den Symptomen herumzudoktern. Das aber kann die Polizei nicht allein. Dazu ist die Zusammenarbeit vieler notwendig. Das liest sich leichter, als es umgesetzt ist. Das wissen wir leidvoll aus der Vergangenheit. Hier hat sich enorm viel geändert bei der Polizei in Bremen und Bremerhaven. Ich möchte den Dank von Herrn

(C)

(D)

(A) Herderhorst ruhig erweitern und ganz persönlich unsere beiden Polizeichefs Mordhorst und Viehweger nennen, die wirklich Glücksfälle in der Leitung für uns sind.

(Beifall bei der SPD)

Sie leisten zusammen mit Schulen, mit anderen Behörden, mit anderen Ressorts, auch mit dem Ressort Justiz, mit weiteren Institutionen hervorragende Arbeit. Es ist doch neu, aber klasse, wenn wir zum Bericht über die Bekämpfung der Jugendkriminalität in der Innendeputation die Generalstaatsanwältin und den Leitenden Oberstaatsanwalt haben, die den Beitrag der Justiz berichten.

Meine Damen und Herren, verschweigen will ich nicht, dass einiges in der Mitteilung des Senats fehlt. Die Koalitionspartner haben sich nicht auf ein neues Verfassungsschutzgesetz geeinigt. Da liegen unsere Vorstellungen noch sehr weit auseinander.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Dann müsst ihr euch bewegen!)

Was fehlt, und das ist besonders schmerzlich, ist ein Informationsfreiheitsgesetz. Wir konnten uns weitgehend auf eine neue, nicht mehr ordnungspolitisch dominierte Rolle des Melderechts einigen, aber den Bürger in die Akten sehen zu lassen oder zumindest dem Beamten die Sicherheit zu nehmen, dass außer ihm nie jemand anderes in die Akten hineinschauen darf, das war mit der CDU auch in drei Anläufen in zwei großen Koalitionen nicht zu machen. Wir werden da beharrlich weiter vorgehen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ganz besonders schmerzlich ist das Fehlen von Erfolgsmeldungen in der Mitteilung des Senats auf dem Gebiet des Ausländer- oder Zuwanderungsrechts. Die SPD hätte sich eine sehr viel konstruktivere Rolle Bremens in der bundesweiten Debatte gewünscht. Wir hätten gerade auch in Bremen sehr viel weiter sein können, wenn dem Koalitionspartner mehr an Bremen als an Disziplin im CDU/CSU-Theaterdonner gelegen gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Dabei spielt bei der immer noch fehlenden Regelung der Integrationsaufgabe – Ministerpräsident Müller hat dazu heute etwas gesagt, Herr Dr. Böse vor ein paar Tagen – auch die Forderung nach einer Härtefallkommission eine Rolle. Nicht einmal ein gemeinsamer Appell der beiden christlichen Kirchen konnte die hartherzige CDU erweichen!

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei der CDU)

Herr Eckhoff, ich finde es gut, dass Sie sich so schämen!

(C)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das hat nicht nur praktische Gründe, das betrifft vielleicht auch nur wenige Fälle, aber es dient dem Klima. Wir wollen ein Klima der Integration, des Aufeinanderzugehens und keine Atmosphäre des Ausgrenzens oder des Verbietens!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das lebt doch keiner identischer vor als unser Bürgermeister, von dem wir schließlich alle hier im Haus wollen, dass er das Amt auch nach dem 25. Mai ausübt.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ihr auch! Da brauchst du gar nicht so zu tun, Matthias!

Zu diesem Klima, meine Damen und Herren, passt überhaupt nicht, wenn nach einer schlimmen Tat wie der des siebzehnjährigen muslimischen Busentführers der CDU-Bürgermeister der Versuchung nicht widerstehen kann, mit billiger Kritik an dieser die Gesellschaft zusammenhaltenden Haltung des Präsidenten des Senats sein politisches Süppchen zu kochen. Ich meine, dieser Versuchung hätte Senator Perschau widerstehen müssen!

(D)

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte gern noch etwas zur bürgernahen Polizei gesagt, zu der Arbeit der Kops, die wir sehr begrüßen und an der wir festhalten, woran wir auch in der nächsten Legislaturperiode weiter arbeiten müssen, aber der Präsident mahnt, zum Ende zu kommen, und auf ihn will ich gern hören. – Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

(Unruhe bei der CDU)

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Borttscheller, es ist ja die letzte Gelegenheit, ich weiß gar nicht, wie wir diese Debatten ohne Ihre Zwischenrufe hier in Zukunft abhalten sollen. Wir werden Sie wahrscheinlich vermissen.

(Heiterkeit)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) So ein bisschen Ironie

(Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Das haben wir nicht gehört!)

darf ja auch in diesem Haus erlaubt sein!

Jetzt erörtern wir aber nicht die Zukunft von Herrn Senator a. D. Borttscheller, sondern die Gegenwart und die Zukunft des Themas innere Sicherheit. Ihre Große Anfrage ist mit 31 Seiten eher so etwas, wir haben den Begriff schon ein paar Mal verwendet, wie eine Megaloberheischungsanfrage hier in der letzten Sitzung geworden. Sie haben Ihre Große Anfrage überschrieben mit „Bilanz der Innenpolitik“. Bilanz wird zum Beispiel auch bei Jahreshauptversammlungen von Unternehmen gezogen. Dort kann man sich relativ schlecht vorstellen, dass man eine Bilanz macht, ohne konkrete Zahlen auf den Tisch zu legen. Auf den 31 Seiten der Antwort des Senats haben wir im Wesentlichen lyrische oder auch prosaische Ausführungen zu Dingen, die die große Koalition auf den Weg gebracht hat. Das Ergebnis dessen, was diese Politik allerdings hervorgebracht hat, das kommt auf den 31 Seiten komischerweise gar nicht vor.

(B) Deswegen möchte ich jemanden zitieren zu der Frage „eigentliche Bilanz der Innenpolitik“, der da kompetent sein müsste, nämlich den Innensenator Herr Dr. Böse. Herr Senator Dr. Böse hat am 12. März 2003 auf seiner Pressekonferenz zur Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik PKS Folgendes zu dieser Bilanz gesagt, er hat auch das Wort Bilanz benutzt, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Mit dieser Bilanz, nämlich der Entwicklung der inneren Sicherheit in diesem Lande, sind wir nicht gerade zufrieden, betonte der Senator.“

Das ist natürlich ganz interessant, wenn Sie einerseits hier in sehr lyrischer Form eine Anfrage vorlegen und sich dann beantworten lassen, dass mit der inneren Sicherheit alles wunderbar in Ordnung sei. Der Senator, der dafür zuständig ist, stellt dann die Zahlen vor, nämlich die harten Fakten. Herr Hattig ist nicht da, er besteht ja immer darauf, dass man sich an den Fakten orientiert. Das Ergebnis und die Summe dieser Fakten ist, dass der zuständige Senator sagt, mit dieser Bilanz sind wir nicht gerade zufrieden. Das, meine Damen und Herren, ist ein interessanter Widerspruch in dieser Debatte.

Herr Dr. Böse macht dann in dieser Pressekonferenz verschiedene Faktoren für den Anstieg der Gewaltbereitschaft und den schwindenden Respekt vor fremdem Eigentum verantwortlich. Darüber haben wir schon oft in der Deputation oder auch an anderer Stelle diskutiert. Es bleibt aber unter dem Strich, wenn man Bilanz zieht, 2002 ein Anstieg der Gesamtkriminalität um 2,2 Prozent und ein, wenn auch leichter, Gott sei Dank, Rückgang der Aufklärungsquote der Verbrechen in Bremen von 45,9 auf 45,2 Prozent im Jahr 2002 übrig. Dies muss natürlich,

wenn man von Bilanz spricht, so auch einmal erwähnt werden. Ich komme auf diese Pressekonferenz und die Kriminalstatistik in meiner Rede am Ende noch einmal zurück.

(C)

Ich glaube, man kann, wenn man von Bilanz spricht, und ich habe das so ein bisschen auch aus dem Ton der Kollegen Herderhorst und Kleen zwischen den Zeilen herausgehört, wenn man sich die polizeiliche Kriminalstatistik auch im Detail etwas genauer anschaut, wohl sagen, Bremen ist nicht besser und nicht schlechter als eine durchschnittliche westdeutsche Großstadt in diesem Land. Das heißt, wir haben es mit einer relativ normalen Situation zu tun. Normal heißt im Bereich der Verbrechensbekämpfung: Wir haben besorgniserregende Tendenzen, die uns nach wie vor große Probleme machen, wir haben aber auch positive Tendenzen, die auch hier nicht in einer Rede der Opposition verschwiegen werden sollen, zum Beispiel, das finde ich am erfreulichsten von allem, dass wir bei den Kindern und Jugendlichen, und das ist ja der Anfang eines Problems, das uns dann jahre- und jahrzehntelang begleitet, einen Rückgang der Delinquenz haben. Ich denke einmal, darüber können wir alle sehr froh und zufrieden sein, dass dies in diesem Land gerade bei den Kindern und Jugendlichen der Fall ist, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. T i t t m a n n [DVU]: Reden Sie doch einmal über Ausländerkriminalität!)

(D)

Herr Tittmann, ich hoffe sehr, dass das zu den letzten Zwischenrufen und zu den letzten Beiträgen gehört, die Sie hier in diesem hohen Haus geleistet haben, was Sie gerade gesagt haben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Wenn man von einer relativen Normalität einer westdeutschen Großstadt spricht, was die Verbrechen und die Verbrechensbekämpfung angeht, dann muss man natürlich immer noch festhalten, ich denke einmal, da können Sie mir alle zustimmen, dass Kriminelle nicht von Innenpolitikern dingfest gemacht werden, sondern von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Manchmal wird das in der Debatte vergessen, und ich schließe mich sehr gern dem Dank an die Beamtinnen und Beamten hier an. Ich bin auch der Meinung, was der Kollege Kleen vorhin sagte, dass wir einiges des positiven Klimas, das wir in diesem Bereich haben, den Polizeiführungen in Bremen und Bremerhaven zu verdanken haben. Ich bin froh, dass wir hier auch in einem sehr engen Kontakt sind und dass dies an dieser Stelle so gut läuft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(A) Ich glaube, zu einer Bilanz gehört auch immer eine persönliche Bilanz. Ich selbst bin, obwohl wir uns manchmal, wie jetzt gerade dieser Tage, an dem einen oder anderen Punkt auch schon in die Wolle bekommen, der Meinung, dass dieser Innensenator, das gilt nicht für alle Vorgänger, sagen wir einmal, die in den letzten 56 Jahren dieses Amt inne hatten, fachlich kompetent und sehr engagiert seine Arbeit gemacht hat. Sehr irritierend ist, dass ich den Eindruck habe, wenn wir unter uns sind in der Innen-Deputation, wo ja keine Öffentlichkeit zugelassen ist, dass manchmal die Diskussionen und Gegensätze eher zwischen Innensenator und CDU-Fraktion zu bestehen scheinen.

(Widerspruch bei der CDU)

Man kann zumindest, das hat man auch bei der Debatte über den Sport vorgestern gesehen, sagen, dass der Innensenator, wenn überhaupt, nur sehr verhalten von seinen eigenen Reihen unterstützt wird. Das ist eigentlich schade, wenn man an der Sache entlang denkt und wenn man hier möglichst gute Ergebnisse für die innere Sicherheit erreichen will.

(B) Wir haben, glaube ich, eine Differenz, die durchaus ein bisschen über die Details hinausgeht. Sie haben, und das war natürlich auch durch Ihren Vorsitz in der IMK gefördert, da fällt einem automatisch die Rolle zu, sehr großen Wert auf, sagen wir einmal, große Politik gelegt, Terrorismusbekämpfung, internationaler Terrorismus, Al Kaida, Bin Laden, EU-Ebene und so weiter, und Sie haben sich dort ja auch massiv eingeschaltet. Für die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven ist das natürlich auch ein Punkt der Sorge. Die wichtigste Sorge ist natürlich das, was in ihrem Nahbereich, was direkt vor Ort geschieht. Da, wenn wir zur Kriminalstatistik kommen, ich muss darauf immer wieder zurückkommen, haben wir in verschiedenen Bereichen, wenn man einmal Diebstahl aus Kfz, Diebstahl von Kfz nimmt, doch besorgniserregende Anstiege. Ich denke einmal, das sind Dinge, die die Menschen vor Ort auch interessieren und die ihnen auch Sorge machen, nicht nur die große Politik, die vor allen Dingen der Innensenator in den letzten vier Jahren betrieben hat, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man die Antwort anschaut und jetzt zu einigen Themen kommt, dann muss man sagen, wir haben als Grüne dort zwei große Blöcke. Wir haben einen Block, wo wir in Prinzip Konsens haben, wo wir an einem Strang gezogen haben, wo wir auch die Abstimmungen gemeinsam durchgezogen haben, zweigeteilte Laufbahn, das Stichwort ist gefallen, Reform der Polizei, Reform der Polizeiausbildung, aber auch die Erhöhung der Stellenzahl im Nachgang auf den 11. September. Wir haben einen anderen großen Block, das waren vor allen Dingen

(C) die Debatten um die Veränderungen des Polizeigesetzes, jetzt der Streit um die Nichtergebnisse der Rasterfahndung, wo wir deutliche Dissense mit Ihnen haben und wo wir nach wie vor auch darauf bestehen werden, dass die Ergebnisse nicht so sind, wie wir sie gewünscht hätten.

Wir haben das Problem mit der Wasserschutzpolizei hier gehabt. Sie sind losgezogen und wollten Geld von Niedersachsen haben für die Arbeit der Wasserschutzpolizei auf der Weser, um damit einige Haushaltslöcher stopfen zu können. Sie sind damit wiedergekommen, dass wir die Aufgaben auf der Weser an Niedersachsen abgegeben haben. Das war auch nicht ganz das, womit wir losgezogen sind. Das ist auch eine hafenpolitische Debatte und auch eine Frage, ob wir da nicht schon einen kleinen Teil der Eigenständigkeit von Bremen mit dieser Maßnahme aufgegeben haben. Zumindest bei der Wasserschutzpolizei selbst ist es nicht besonders gut angekommen, dass wir hier so aus diesen Verhandlungen herausgekommen sind.

Wir haben große Probleme mit dem elektronischen Vorgangserfassungssystem. Auch da geht die Antwort des Senats etwas über die Realität hinweg. Der Kollege Böhrnsen hat bei der Podiumsdiskussion der GdP sehr erstaunt zugehört, welche Riesenprobleme die Einrichtung dieser neuen elektronischen Datenerfassung tatsächlich hat, er hatte nämlich vorher die Antwort des Senats auf die Große Anfrage gelesen, und darin steht, dass alles in Ordnung sei. Wir sind aber als Opposition gewohnt, dass zwischen der Realität und Ihren Antworten auf Große Anfragen doch große Unterschiede bestehen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich abschließend noch das Gesetz zur Frage der Überleitung der Beamten ansprechen! Meine Redezeit ist gleich zu Ende, aber das sollte noch erwähnt werden. Wir machen das im Konsens. Wir haben sehr früh in Gesprächen mit der GdP hier Zustimmung signalisiert. Mir ist vollkommen unklar, warum dieses Gesetz ein Dreivierteljahr gedauert hat, obwohl es eine fachliche Übereinstimmung gab. Es ist mir bis heute nicht klar, ob ausschließlich durch den Punkt, den eigenen Innensenator ärgern zu wollen, die Zustimmung so lange hat auf sich warten lassen, dass Sie bis heute, bis zur letzten Sitzung brauchten, um dieses Gesetz, das dringend notwendig ist, um unsere Beamten gut motiviert, gut honoriert und gut qualifiziert in den Dienst zu schicken, auf den Weg zu bringen. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie da etwas mehr den Innensenator unterstützt hätten. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann.

(A) Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Güldner, Herr Kleen, bei Ihrer Toleranz wundert es mich schon, dass Sie nicht ein paar kleine Erzengelchen wie zum Beispiel Mehmet aus München bei sich zu Hause aufgenommen haben, um sie zu integrieren.

Meine Damen und Herren, Ihre Bilanz der innenpolitischen Tätigkeit ist eine erschreckende Bilanz. Ihre Untätigkeit gerade im Bereich der inneren Sicherheit, man kann sie auch als Bilanz des Grauens bezeichnen,

(Widerspruch bei der SPD)

Ihre Bilanz der politischen Tätigkeit ist eine Bankrotterklärung sondergleichen.

Die Bremer Kriminalitätsstatistik belegt eindeutig Ihre politische Untätigkeit, Ihr Versagen. Die Bremer Kriminalitätsstatistik belegt mit eindeutigen Zahlen und Fakten, dass es im Land Bremen mehr Verbrechen, aber immer weniger Aufklärung gibt. Die Anzahl der Straftaten ist im vergangenen Jahr um sage und schreibe 2160 Fälle angestiegen. Somit ergibt sich eine Gesamtsumme von 95 279 Straftaten im Jahr, gleichzeitig sank aber die Aufklärungsquote von 45,9 Prozent auf 45,2 Prozent. Das ist für die Deutsche Volksunion unerträglich. Wenn Polizeibeamte mit einem Schild mit der Überschrift „Bürger, helft uns“ demonstrieren, dann, meine Damen und Herren, ist es nicht mehr fünf vor zwölf, sondern bereits zehn nach zwölf. Das ist eine weitere deutliche Bankrotterklärung Ihrer in allen Bereichen gescheiterten Politik.

(B) Wenn diejenigen, die die Bürger schützen sollen, händeringend und flehend um Hilfe bitten, ist es ein eindeutiges Zeichen, dass die völlig unterbezahlten und schlecht ausgerüsteten Polizeibeamten nicht mehr in der Lage sind, unsere Bürger ausreichend beschützen zu können. Das ist das erschreckende Ergebnis Ihrer verfehlten und gescheiterten Sicherheitspolitik auf Kosten und zu Lasten der inneren Sicherheit unserer Bürger und sonst gar nichts. Darum ist es dringend erforderlich, dass zur Stärkung der inneren Sicherheit endlich die Rahmenbedingungen für die Sicherheitskräfte schnellstens verbessert werden, zum Beispiel eine bessere Bezahlung derjenigen Beamten, die täglich mutig und unter Einsatz ihres Lebens ihren sehr schweren Dienst, und das auch noch ohne politischen Rückhalt und unterbezahlt, zum Schutz der Bürger im Interesse der Allgemeinheit verrichten.

Darum fordert die Deutsche Volksunion die Neueinstellung von zirka 250 Polizeibeamten,

(Abg. Frau **M a r k e n** [SPD]: Zirka? So!)

denn die unerträglichen Zunahmen von Straftaten sind eindeutig das Ergebnis mangelnder Polizeipräsenz. Darum ist es unter anderem auch erforderlich,

(C) dass eine Erhebung von Polizeikosten bei Fußballspielen eingeführt wird. Diese Einnahmen könnten zum Teil für eine verbesserte polizeiliche Ausrüstung und Neueinstellungen verwandt werden.

Darüber hinaus müssten Polizeiwachen und Feuerwehrcassen dringend renoviert werden. Sagen Sie jetzt ja nicht, die DVU-Forderung wäre nicht finanzierbar! Dann müsste ich Sie wieder einmal unter anderem an die unnötig verschwendeten Millionen zum Beispiel allein für den Space-Park und so weiter erinnern.

Ich habe, und das können Sie in den Protokollen seitenlang nachlesen, immer wieder vor einer steigenden und ausufernden Ausländerkriminalität eindringlich gewarnt. Alle Zahlen der Kriminalitätsstatistik belegen und beweisen die Richtigkeit meiner Mahnungen und Warnungen auf das Deutlichste. Sie wurden zum Teil sogar noch weit übertroffen. Jedes Mal haben Sie mir fälschlicherweise Ausländerfeindlichkeit angedichtet, weil Sie die Realität nicht erkennen oder nicht erkennen wollen. Sie haben mich immer unqualifiziert niedergeschrien,

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Was?)

aber das ist eben Ihre Art von Demokratie, mit der habe ich nichts zu tun.

(Zuruf von der SPD: Das wüssten wir!)

(D) Ich sage Ihnen aber gleich, dass ich Sie im Namen der DVU immer wieder auch mit den nackten Tatsachen weiterhin an Ihre verfehlte Politik schmerzlich erinnern werde, und das auch noch in der nächsten Legislaturperiode. Ich könnte Ihnen allein aus dem Jahr 2002/2003 aus drei vollen Aktenordnern zitieren, will es aber aus zeitlichen Gründen bei dem letzten Artikel belassen. Herr Präsident, ich darf zitieren.

(Unruhe)

Ja, ich glaube, dass das schmerzt! Das ist die Wahrheit, die schmerzt immer, vor allem, wenn man dafür verantwortlich ist so wie Sie! Das ist meine Bronx, da sollten Sie genau zuhören, das ist nämlich wichtig, es geht um die innere Sicherheit unserer Bürger!

„Unterwegs auf Fußstreife in der Tucholskystraße und der angrenzenden Reihensiedlung, in der verwahten Wohnanlage leben fast nur Ausländer, Türken, Libanesen, Iraker, Polen, Jugoslawen und Schwarzafrikaner. Fast alle sind arbeitslos. Gefährliche Kinder- und Jugendgangs beherrschen die Straßen. Polizeibeamter Schmidt: „Schlägereien, Abzockereien, Einbrüche, Diebstahl sind hier an der Tagesordnung, aber die Opfer erstatten aus Angst keine Anzeige.““

In was für einem Land leben wir eigentlich, wo so etwas möglich ist? Das sind die erschreckenden Er-

(A) gebnisse Ihrer gescheiterten Multikulti-Politik. Hier rate ich Ihnen dringend, die sehr gute Multikulti-Sendung „XY“ sich einmal genauestens anzuschauen und daraus zu lernen.

Selbstverständlich gibt es in Bremen und Bremerhaven eine Vielzahl solcher Stadtteile und Straßen mit den gleichen kriminellen Problemen und Verhältnissen wie in der Tucholskystraße, aber das brauche ich ja nicht extra zu erwähnen, das wissen Sie selbst. Nur, Sie wollen es nicht wissen! Sie verschließen die Augen vor den nackten Tatsachen, und das alles auf Kosten der Sicherheit unserer Bürger. Das ist ein Skandal sondergleichen!

Es steht doch außer Frage, dass sich die Sicherheitslage in Bremen und Bremerhaven seit dem 11. September 2001 dramatisch verändert hat. Tatsache ist aber auch, dass die Polizeiarbeit unter den fehlenden Beamten, die beim Objektschutz eingesetzt sind, unverantwortlich leidet. Hinzu kommt aber noch, dass der erfolgte niederträchtige völkerrechtswidrige einseitige Angriffskrieg der USA und Englands mit hochtechnischen Ausrüstungen und Massenvernichtungswaffen gegen den kleinen schutzlosen Irak zu einem verstärkten Objektschutz mit noch mehr eingesetzten Polizeibeamten auf Kosten der inneren Sicherheit unserer Bürger führen wird. An die finanziellen Auswirkungen, die wir dafür bezahlen müssen, mag ich gar nicht denken. Das dürfte sogar Ihnen klar sein. Sie sehen also, Sie werden nicht umhin kommen, die Forderung der Deutschen Volksunion, mehr Polizeibeamte einstellen zu müssen, umzusetzen, und zwar schnellstens.

(B) Meine Damen und Herren, dieser schmutzige und einseitige völkerrechtswidrige Angriffskrieg ist durch nichts zu rechtfertigen, und wir zahlen dafür die Zeche. Dazu werde ich mich aber zu einem gegebenen Zeitpunkt intensiver äußern.

Meine Damen und Herren, abschließend sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit: Sie sind gerade in dem sehr wichtigen Bereich innere Sicherheit auf Kosten der Bevölkerung, gerade der älteren Menschen, erbärmlich gescheitert. Die Deutsche Volksunion aber kämpft vehement mit Sicherheit für Recht und Ordnung zum Schutz und im Interesse unserer Bevölkerung.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Abgang!)

Die DVU ist nicht rechtsradikal, sondern wir sind radikal für Recht und Ordnung im Interesse der Bürger, und das nicht nur kurz vor der Wahl. Gerade im sehr wichtigen Bereich der inneren Sicherheit verstehe ich die unrealistische Politik der Grünen nicht so ganz. Herr Dr. Güldner, aber bei einer Partei, die immer noch glaubt, die nächste Legislaturperiode wäre eine neue Frauenkrankheit, da wundert mich überhaupt nichts mehr. – Ich bedanke mich!

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

(C)

Abg. **Herderhorst** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich auf die eigentliche Thematik zurückkomme, möchte ich doch, weil ich einfach nicht umhinkomme, kurz auf das eingehen, was der Kollege Kleen und auch der Kollege Dr. Güldner hier vorgetragen haben.

(Abg. K l e e n [SPD]: Ich höre Lob immer gern!)

Zunächst möchte ich einmal sagen, das Abschiebehaftgesetz ist gemeinsam verabschiedet worden, da ist ja wohl kein Dissens. Richtig ist aber auch, dass es einige Dinge gibt, die darin gestanden haben oder die darin stehen, die wir sogar mitgemacht haben, die aus unserer Sicht im Grunde genommen völlig daneben sind, denn eines will ich in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich sagen: Es sind Menschen, die dort vorübergehend, in der Regel wenige Tage, untergebracht werden, die nicht bereit waren, freiwillig auszureisen. Dies muss dabei berücksichtigt werden, wenn man bestimmte Regelungen für diese in Abschiebehaft sitzenden Menschen trifft.

Das Zweite ist: Es ist sicherlich ehrenvoll, wenn hier der Versuch gestartet wird, nun die SPD in Front zu bringen, wenn es darum geht, die zweigeteilte Laufbahn einzuführen, und dann auf die Basisverbereitungen von anno Kiek zurückgreift, die 1979 ausgelaufen sind. Wenn ich das einmal eben sagen darf, im Übrigen hat die Basisverbereitung nichts zu tun mit einer zweigeteilten Laufbahn. Ich will es hier nur einmal sagen, damit es klar ist. Die zweigeteilte Laufbahn ist eine haushaltsrechtliche Maßnahme, die besagt, dass diese Funktionen, die heute im mittleren Dienst vorhanden sind, in der Wertigkeit in Besoldungsgruppen des gehobenen Dienstes zu bringen sind. Darum geht es und um nichts anderes! Deswegen ist, wie gesagt, die Basisverbereitung in diesem Zusammenhang völlig daneben.

(D)

Ich will gar nicht auf das Melderecht eingehen. Das werden wir so verabschieden wie abgesprochen und wie es auch im Rahmenrecht enthalten ist. Wir hätten uns sicherlich etwas andere Möglichkeiten oder Regelungen vorstellen können, aber wie es ist, werden wir es auch vollziehen.

Zur Härtefallkommission will ich nur sagen, nach wie vor hat mir noch niemand deutlich machen können, was ein solches Instrument eigentlich soll, wofür es gut ist. Wir hatten mit den Kolleginnen und Kollegen des Petitionsausschusses Gelegenheit, mit den Präsidenten des OVG und VG zu sprechen. Sie haben uns, wie ich meine, eindrucksvoll darstellen können, welche Unterlagen sie heranziehen, bis sie -----

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) zu einer Entscheidung kommen, ob ein Asylbewerber hier bleiben darf oder nicht, ob er in der Regel ausreisen muss.

Ich habe immer gedacht, die Unterlagen begrenzen sich im Wesentlichen auf die Informationen des Auswärtigen Amtes, dem ist aber nicht so. Die Richter holen sich wirklich aus der Republik alle Informationen, die eben so zu haben sind, sogar Berichte vom Pfarrer, der in Togo war. Ich will damit nur sagen, die Entscheidungen sind, glaube ich, nicht anzuzweifeln. An der Stelle brauche ich dann auch keine Härtefallkommission mehr. Kommissionen können wertvoll sein, aber in diesem Fall sehe ich das nicht.

Ich gehe auch nicht weiter auf Integration ein, das hatten wir schon einmal. Herr Dr. Güldner war ja früher hauptamtlich in diesem Feld tätig. Ich will nur sagen, es muss an Integration gearbeitet werden, und wir müssen in diesem Feld noch erheblich vorkommen, denn ich habe den Eindruck, wir trampeln auf der Stelle. Es ist nicht das, was wir brauchen, was da läuft. Die ausländischen Mitbürger, die hier ein Dauerbleiberecht haben, die ziehen sich in sich zurück, koppeln sich selbst ab, weil sie offenbar das Empfinden haben, Integration ist hier nicht in dem Sinn gewollt.

(B) Zum Informationsfreiheitsgesetz auch nur kurz eine Anmerkung! Dies ist auf Bundesebene auch noch nicht umgesetzt, weil es wohl Ministerien gibt, die da große Bedenken haben, zum Beispiel das Bundesverteidigungsministerium. Herr Dr. Güldner, ich weiß nicht, an welcher Veranstaltung Sie jeweils teilgenommen haben, in den Deputationssitzungen Inneres, an denen ich teilgenommen habe, habe ich keinerlei Dissens zwischen Innensenator und den CDU-Innenpolitikern feststellen können, aber Sie können mir vielleicht irgendwann einmal offenbaren, an welcher Stelle das so gewesen sein soll.

Der Vorwurf, der Innensenator hätte große Politik gemacht! Die Politik, die er gemacht hat, war auf der einen wie auf der anderen Seite notwendig. Ich muss sagen, aus meiner Sicht war es ein Glücksfall, dass er Innenministerkonferenzvorsitzender wurde und jetzt Stellvertreter ist, weil er dadurch die Möglichkeit hat, nicht nur Bremen auf den Ebenen zu präsentieren, sondern insbesondere auch an den Entscheidungen mitzuwirken, die möglicherweise, in einem bestimmten Fall hoffe ich nicht, auf EU-Ebene beraten werden und möglicherweise zu Entscheidungen geführt werden.

(Beifall bei der CDU)

Insofern gebührt dem Innensenator eher Dank als negative Kritik. Was er hier im Land an Politik gemacht hat, meine ich, spiegelt sich eindrucksvoll in dieser Antwort wider. Ich kann hier gern noch eine Reihe von Punkten aufführen, die sich auch aus der Antwort ergeben, ob das die Ermittlungsgruppe Graf-

fiti ist, Sicherheitsnetz BGS, Polizei, Vermögensabschöpfung wurde personell verstärkt, EG Schwarzarbeit, Schwerpunktbildung bei Frauenhandel und Zwangsprostitution und so weiter, Opferntrup Polizei, Schleuserkriminalität wurde intensiver bekämpft!

(C)

Die Umstellung der Ausbildung der Polizei ist abgeschlossen, wobei ich anmerken möchte, das ist auch noch ein Punkt, der auf die Agenda für die nächsten Jahre gehört, dass wir doch noch einmal darüber nachdenken müssen, ob die HfÖV so freischwebend beim Senator für Finanzen dienstrechtlich angekoppelt bleibt oder ob sie nicht richtigerweise, weil an der HfÖV nur noch Polizeiausbildung stattfindet, ressortieren sollte beim Senator für Inneres. Ich meine, dass das dringend notwendig ist, und es ist unerträglich, dass bei der Personallage der Polizei ständige Abordnungen von Polizei an die HfÖV gegeben sind, die letztendlich dann hier auch den Betrieb der Ausbildung an der HfÖV hochhalten. Das kann aber kein Dauerzustand sein. Das muss geändert werden, und daran müssen wir arbeiten.

Ich will auch noch sagen, dass wir nach dem 11. September unter anderem auch 30/30/30 Beamtinnen und Beamte mehr eingestellt haben. Auch das, meine ich, muss erwähnt werden und ist, glaube ich, ein positives Zeichen für die Polizei gewesen, aber auch insbesondere für die innere Sicherheit und die Bürgerinnen und Bürger. Da fehlt es allerdings noch. Auch das muss in den nächsten Jahren bei Haushaltsaufstellungen überlegt werden, ob es nicht notwendig ist, hier dann auch finanziell zu unterlegen.

(D)

Bislang, das muss ich in diesem Fall auch einmal sagen, hat die SPD da nicht mitspielen wollen.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich erinnere noch an das Gespräch der beiden Fraktionsvorsitzenden mit beiden innenpolitischen Sprechern, in dem Herr Böhrnsen erklärt hat, nein, finanziell, das wollen wir nicht, wir stellen mehr ein, und das war dann der Kompromiss. Ich glaube, wir sind gut beraten, hier auch die finanzielle Unterlegung noch hinzubekommen.

Ich gehe jetzt auf die anderen Punkte nicht mehr ein, Hundertschaftsbildung bei der Bereitschaftspolizei et cetera. Es gibt auch noch eine Reihe von positiven Einrichtungen wie zum Beispiel im WiN-Programm die Nachbarschaftsklä rung, die Präventivbeiräte bei den Beiräten und so weiter. All das, meine ich, sind innenpolitische Erfolge, die nicht zu widerlegen sind.

Genauso denke ich, dass auch der Katastrophenschutz jetzt vermehrt wieder ins Feld der aktiven Szene gehört, weil wir feststellen müssen, dass für den Fall eines Falles, der hoffentlich nicht eintritt, hier der Katastrophenschutz entsprechend ausgebildet und ausgestattet sein muss, dabei sind wir auch. Ich denke, dass solche Einsätze wie seinerzeit im

- (A) Geschwornenweg, die Gasexplosion, zeigen, dass alle Beteiligten wunderbar und gut koordiniert miteinander gearbeitet haben und dass wir da auch keine Befürchtungen in Zukunft haben müssen. Nicht zuletzt haben wir auch noch in der Zwischenzeit ein Hilfeleistungsgesetz verabschiedet, das auch wegweisend ist in der Republik, also alles Punkte, die doch positiv, glaube ich, zu sehen sind.

Ich will jetzt zum Abschluss, ich hoffe, dass die Zeit noch reicht, auf das Überleitungsgesetz eingehen. Ich bin froh, dass alle Fraktionen hier im Haus diesem Gesetz zustimmen wollen. Das kommt ja nicht alle Tage vor, aber zum Abschluss der Legislaturperiode macht sich das ganz gut. Herr Dr. Güldner, warum hat es so lange gedauert? Da kann ich Ihnen sagen, die CDU-Fraktion hat sehr früh den etwas gekürzten Entwurf, weil er beamtenrechtlich nicht ging, der GdP an die SPD weitergegeben. Aus welchen Gründen er da ein paar Tage länger gelegen hat, weiß ich nicht.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. K l e e n [SPD]: Fragen Sie einmal den Senat! Das ist eine Legendenbildung hier, Herr Herderhorst! Das ist eine Schweinerei! Entschuldigung, wenn das unparlamentarisch ist! – Glocke)

Das nehme ich aber hin!

- (B) Dies ist nicht die Frage, es ist auch letztendlich nicht auf diese paar Wochen angekommen. Hier geht es darum, dass wir den Polizeibeamten, den Polizeivollzugsbeamten des uniformierten mittleren Dienstes dazu verhelfen, die Anerkennung zu bekommen, insbesondere die besoldungsrechtliche Anerkennung zu bekommen, die ihnen zusteht. Das ist hier mindestens das Eingangsamt des gehobenen Dienstes. Ich glaube, dies ist ein Riesenschritt nach vorn, wenn man betrachtet, dass in der Vergangenheit das Eingangsamt für den mittleren Dienst die Besoldungsgruppe A 6 war. Das ist irgendwann geändert worden, da ist dann Eingangsamt Besoldungsgruppe A 7 geworden, A 8 und A 9 mittlerer Dienst, die nach dem so genannten Schlüsselprinzip bedient wurden. Die Ungerechtigkeit steckte in der Tat darin – ich komme zum Schluss, Herr Präsident –, dass sie unterbesoldet waren und die Wertigkeit ihrer Funktionen eben höher anzusiedeln war.

Bei der Kriminalpolizei haben wir das Programm bereits vor Jahren verabschiedet. Insofern werden die Kriminalbeamten davon nicht mehr profitieren. Insbesondere werden aber die profitieren, die neu zur Polizei kommen und nach abgeschlossener Ausbildung an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung sofort in den gehobenen Dienst beziehungsweise in das Eingangsamt des gehobenen Dienstes eingewiesen werden und von daher einen Riesenvorteil gegenüber all ihren Vorgängern haben werden und hier im Vorteil sind.

(Beifall bei der CDU)

- (C) **Präsident Weber:** Als nächster Redner erhält das Wort Herr Senator Dr. Böse.

Senator Dr. Böse *): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mich zunächst sehr bedanken für Ihre Dankesworte an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden der Polizei, der Feuerwehr und des Verfassungsschutzes und auch für Ihr Lob, was die Polizeiführung in Bremen und Bremerhaven betrifft. Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür.

Meine Damen und Herren, es ist gesagt worden, seit dem 11. September ist nichts mehr, was die Sicherheit betrifft, so, wie es früher einmal war, und das trifft vor allem auch auf Deutschland zu. Wir haben eine völlige Veränderung der Sicherheitslage in unserem Land mit Auswirkungen auch auf die Bereiche Kriminalitätsbekämpfung, bürgernahe Polizeiarbeit, andere Bereiche, weil wir uns einfach in einer Situation befinden, in der der Feind unter uns ist.

Lesen Sie, was Herr Schily gestern bei der Vorstellung des Bundesverfassungsschutzberichtes gesagt hat: „Deutschland ist nicht mehr nur, das war schon einige Jahre so, Ruheraum für Terroristen, sondern ist Vorbereitungsraum für Terroristen, und seit Al Kaida“ – Schily hat das gestern noch einmal wiederholt – „im letzten Oktober gesagt hat, dass Deutschland nun auch ins Auge gefasst wird als Zielgebiet, müssen wir uns hier auch vergegenwärtigen, dass wir möglicherweise Ziel sind.“

Das bedeutet, dass Polizisten in Bremen und Bremerhaven eine Vielzahl von Objektschutzaufgaben wahrnehmen müssen, dass sie abgezogen werden von ihrer normalen polizeilichen Arbeit und eben in Bremerhaven und in Bremen vor den jüdischen Gemeindehäusern, vor der Synagoge, vor jüdischen Einrichtungen, vor britischen Einrichtungen, vor amerikanischen Einrichtungen, vor australischen Einrichtungen, vor französischen Einrichtungen Objektschutz machen müssen, ob stationär oder durch andere geeignete Maßnahmen.

Herr Dr. Güldner, weil wir eben Teil einer Sicherheitssituation nicht mehr nur deutschlandweit, europaweit, sondern weltweit sind, das ist eben auch eine Situation hier vor Ort, müssen wir auch sehen, dass wir uns Gehör verschaffen. Das kann ein Bremer Senator sehr gut, weil er nämlich unmittelbar und direkt mit diesen Dingen zu tun hat, anders als der Minister eines großen Flächenstaates, der noch seine Regierungspräsidien hat und alles, was darunter ist, und das haben wir getan, nicht nur in der Zeit, als ich Vorsitzender der Innenministerkonferenz war, sondern ich bin nach wie vor Vertreter des Bundesrates im europäischen Innenministerrat. Dort hört man auf die Bremer Stimme, und das tue ich für die Sicherheit dieses Landes, und davon haben unsere Bürger auch etwas. Da wird auch nichts

*) Vom Redner nicht überprüft.

(D)

(A) versäumt an anderen Dingen, meine Damen und Herren. Das möchte ich bitte bei dieser Bilanz, Sie haben es gesagt, noch einmal deutlich machen.

Das will ich auch in Dankesworte an diese große Koalition fassen, von der, wie Sie wissen, ich sehr überzeugt bin, und ich glaube, das Thema innere Sicherheit zeigt, dass es hier eine gute Koalition war, dass wir in dieser großen Koalition in der Tat unser Land in diesen turbulenten Zeiten halbwegs sicher, was den Terrorismus betrifft, gesteuert haben. Man kann hier über das eine oder andere, von der Busentführung bis zum Herrn Kurnaz, der jetzt in Guantanamo einsitzt, einiges sagen. Wir haben kein Feld der Innenpolitik, das bundesweit oder europaweit eine Rolle spielt, ausgelassen.

Dass das Verfassungsschutzgesetz, Herr Abgeordneter Kleen, hier nicht mehr novelliert werden konnte, tut auch mir weh, weil sich nämlich die Antiterrorgesetze, die Rotgrün auch mit Zustimmung der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag verabschiedet hat, auch hier widerspiegeln müssen. Das ist jetzt leider nicht geschafft worden, aber ich gehe davon aus, dass dies in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt wird.

(B) Meine Damen und Herren, wir haben in Bremen noch vor knapp zwei Jahren das am meisten veraltete Polizeigesetz gehabt, und wir haben mittlerweile bundesweit das modernste Polizeigesetz hier in unserem Land, ein Gesetz, in dem sowohl der finale Rettungsschuss in einer, wie auch ich meine, guten Ausformulierung als auch die Videoüberwachung, die Wohnungsverweisung und Rasterfahndung mit enthalten ist.

Herr Güldner, die Rasterfahndung ist in der Tat eine bundesweit probate Anwendung, um eben Schläfer zu erkennen, wie wir sie in Hamburg hatten. Vergessen Sie nicht, dass ein Großteil der Attentäter aus Deutschland kam und in die USA gereist ist, und Sie werden nicht erwartet haben, dass wir nun hier in Bremen eine Liste haben von Terrorist eins bis 22, die wir nun herausgefunden haben. Wir haben aber eines herausgefunden: dass in den untersuchten Gruppen eben solche Attentäter nicht sind! So viel kann ich immerhin sagen, ohne Vertraulichkeiten zu verletzen, was vielleicht andere getan haben. Jedenfalls ein Atta oder andere wurden hier nicht gefunden.

(Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Meine Damen und Herren, wir haben im Bereich der Polizei die zweigeteilte Laufbahn eingeführt. Ich halte das nach wie vor für richtig, weil ich es auch überhaupt nicht verstehen kann, dass Polizeibeamte, die einen immer komplizierteren Beruf ausüben, von denen immer mehr verlangt wird, nicht nur fachlich, sondern auch in sozialer Kompetenz, sich mit dem Hauptteil der Beamten im mittleren Dienst be-

finden, mit relativ wenigen im gehobenen und mit ganz wenigen im höheren Dienst. Die zweigeteilte Laufbahn ist ein richtiges Modell zur Qualifizierung der Polizei, und auch, um qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen.

Ich halte es für sehr richtig, dass hier heute von den drei Fraktionen ein Überleitungsgesetz verabschiedet werden soll, weil mit diesem Gesetz auch eine Anerkennung dieses Hauses der Einführung der zweigeteilten Laufbahn – das hat ja bisher gefehlt, das ist nur auf Senatsebene eingeführt worden – verbunden ist. Die zweigeteilte Laufbahn ist nicht mehr rückgängig zu machen und gehört in unsere Sicherheitslandschaft in allen Ländern, auch wenn das unterschiedlich ausgeformt ist.

Meine Damen und Herren, wir haben, wie ich meine, eine sehr gute Ausbildung unserer Polizeibeamten. Wir haben es geschafft, in dieser Legislaturperiode – und da bin ich diesem Haus sehr dankbar – ein Mehr an Mitarbeitern bei der Polizeibehörde zu haben, ein Mehr an Geld für Technik, ein Mehr auch für die Sicherheitsbehörden insgesamt, nicht nur für die Polizei, weil zum Beispiel die PEP-Quote hier ausgenommen wurde und anderes mehr. Das ist gestern auch in einer Anfrage noch einmal deutlich geworden.

Wir haben im Bereich der Technik bei der Polizei enorme Investitionen, die bereits getätigt wurden oder noch zu tätigen sind. Ich erinnere daran, dass dieses Land das einzige in der alten Bundesrepublik war, das kein Vorgangsbearbeitungssystem hatte. Die Polizei wird demnächst mit dem System EVA ein Vorgangsbearbeitungssystem haben, auch wenn es hier Probleme gegeben hat.

Herr Güldner, dazu stehe ich auch, es gibt hier technische Probleme. Die hängen aber auch damit zusammen, dass Herr Schily bei INPOL-neu die Dinge jetzt einfach auf die Länder geschoben hat, und das müssen wir jetzt vorrangig einsetzen. Am 16. August wird bundesweit INPOL-neu in Betrieb genommen, das ist das erste Ziel, das wir erreichen müssen, und dann kommt das Vorgangsbearbeitungssystem. Was aber eben auch sehr deutlich ist: Wir schaffen mit diesem Vorgangsbearbeitungssystem und mit INPOL-neu eine Technik, die viele Millionen Euro hier im Land Bremen gekostet hat.

Wir haben mit der Einführung des Digitalfunks, und Sie haben vielleicht gelesen, dass ich mich bundesweit dafür eingesetzt habe, die Notwendigkeit, eine moderne Kommunikation im Bereich des Funks zu schaffen. Es gibt immer noch Länder, die sagen, wir können Analogfunk behalten. Wir müssen hier investieren, und auch das kostet viele Millionen Euro, auch für Bremen.

Wir haben, ich will das nur am Rand erwähnen, Neubauten für die Polizei ohne Ende gehabt, wenn Sie an Huckelriede denken und was dort errichtet wurde, wir haben Renovierungen von Polizeirevie-

(C)

(D)

(A) ren, ob das in Vegesack ist oder in Schwachhausen. Wir haben eine Vielzahl von Autos angeschafft, ich werde in der nächsten Woche hier auch den Zugang von rund 80 Autos noch einmal der Öffentlichkeit vor Augen führen. Wir haben in Technik investiert, und das müssen wir auch tun, denn ohne Technik werden wir abgehängt, zum Beispiel von der organisierten Kriminalität, zum Beispiel in Kriminalitätsfeldern, die deutschlandweit Milliarden Schäden verursachen, denken Sie an Cybercrime, an Internetkriminalität. Das ist ein ganz neues Feld.

Es entstehen ständig neue Kriminalitätsfelder, auf die die Polizei eingehen muss, und wir müssen sie entsprechend ausstatten, und, das nur einmal nebenbei, wir müssen auch dafür Sorge tragen, dass sie Mitarbeiter einstellen kann, auch außerhalb des Vollzugs, die diese Aufgaben erledigen können. Wenn wir hier IT-Spezialisten haben wollen, und wir bekommen die nur zu einem Gehalt, das alles sprengt innerhalb der Polizei, dann müssen wir uns überlegen, wie wir damit umgehen. Dieses Gefüge innerhalb der Polizei, nicht nur in Bremen, ist neu zu überdenken angesichts dieser neuen Herausforderungen. Das betrifft auch die Wirtschaftskriminalität und andere Bereiche.

(B) Meine Damen und Herren, ich komme zur Kriminalitätsbekämpfung! Es ist richtig, Herr Dr. Güldner, dass ich gesagt habe, ich bin nicht zufrieden. Wie kann man das auch sein bei einer Steigerung von 2,2 Prozent, und so berauschend, das sage ich auch ganz offen, da soll nichts beschönigt werden, ist das nicht mit der Kriminalitätsbelastung in Bremen! Bremen ist die achtgrößte Stadt der Bundesrepublik Deutschland und liegt, wenn Sie die Häufigkeitsziffer nehmen, das heißt die Anzahl der Straftaten umgerechnet auf 100 000 Einwohner, an vierter Stelle. Hier gilt es, dies zu verändern, und zwar positiv zu verändern. Das haben wir aber gemacht, Herr Güldner. Die polizeiliche Kriminalstatistik wird immer als ein Maßstab für Erfolg oder Nichterfolg der Politik genommen. Das ist sie nur eingeschränkt.

Meine Damen und Herren, wir haben ein Dunkelfeld. Wenn dies durch polizeiliche Arbeit in Kontrolldelikten erhellt wird, dann haben Sie automatisch ein Mehr in der polizeilichen Kriminalstatistik, aber tatsächlich haben Sie eine bessere Polizeiarbeit, denken Sie an Rauschgiftdelikte, denken Sie zum Beispiel an die Maßnahmen, die wir im öffentlichen Nahverkehr zusammen mit anderen gegen Schwarzfahrer durchführen! Ein Mehr an polizeilicher Arbeit bedeutet ein Mehr an Zahlen in der polizeilichen Kriminalstatistik. Ich will das jetzt nicht mit anderen Ländern vergleichen, aber wir haben in diesem Jahr eine Steigerung in Niedersachsen von fast acht Prozent.

Wir haben Probleme in der Bundesrepublik Deutschland, und zwar erheblicher Art, und, Herr Tittmann, dazu gehört auch die Ausländerkriminalität, das soll auch nicht verschwiegen werden, aber

dann müssen Sie auch sagen, welche Ausländer das sind! Es gab einmal die Diskussion, bundesweit das Tätermerkmal Ausländer als Tatverdächtige aus der polizeilichen Kriminalstatistik herauszunehmen. Wir haben gesagt, das kann doch wohl nicht sein, wir müssen doch erkennen, wer diese Tatverdächtigen sind.

Wir haben das Tätermerkmal gesplittet, und es stellt sich heraus, dass die rechtmäßig hier lebenden Ausländer im Großen und Ganzen so kriminell oder nichtkriminell sind wie die Deutschen. Es sind die Touristen, die Kriminaltouristen, die zu uns kommen, ob aus Osteuropa, aus Südosteuropa oder aus anderen Ländern, und hier gilt es, länderübergreifend, international etwas dagegen zu tun. Deshalb auch mein Engagement, Herr Dr. Güldner, was zum Beispiel Europol betrifft! Ich bin einer derjenigen, die auch in früherer Tätigkeit Europol mit aufgebaut haben.

(Glocke)

Wir müssen hier also über die Grenzen hinaus etwas tun. Wir müssen, meine Damen und Herren, in der Kriminalitätsbekämpfung mit anderen zusammenarbeiten, ob das BGS ist, ob das Zoll ist, das tun wir. Wir müssen gemeinsame Ermittlungsgruppen aufstellen. Das haben wir im Bereich Bekämpfung der Schwarzarbeit, illegale Arbeit, Schleusung gemacht, gemeinsame Ermittlungsgruppen, das Know-how aller bündeln. Das haben wir getan. Wir haben uns um Ersttäter gekümmert, wir haben ein Intensivtäterkonzept erarbeitet, und ich glaube, dass wir dabei auch ganz großen Erfolg haben.

Ein Thema noch dazu: Es gehört auch Ordnung zur Sicherheit. Ohne Ordnung geht es nicht!

(Glocke)

Herr Präsident, ich komme gleich zum Schluss! Ordnung heißt, meine Damen und Herren, dass Graffiti nicht unterschätzt werden kann, denken Sie an das New Yorker Beispiel mit der Broken-window-Theorie, und wir müssen im Bereich der Prävention – ich kann jetzt darauf nicht mehr eingehen, würde es aber gern tun – hier noch mehr machen als bisher. Es ist unendlich viel geschehen, aber wir müssen auch das Verständnis von Prävention in dieser Stadt verändern. Prävention heißt nicht nur Polizeiarbeit, auch Polizeiarbeit, aber die Polizei ist nicht der Reparaturbetrieb unserer Gesellschaft. Wir müssen hier zusammenarbeiten, Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche und eine gesamtstaatliche Aufgabe, mit allen anderen betroffenen Verwaltungen.

Wenn Sie sich die Antwort auf die Anfrage anschauen, dann sehen Sie, welche Vielzahl von Projekten und Programmen wir hier mit Erfolg betreiben, denn wir haben als einziges Land in der Bundesrepublik Deutschland durch solche Präventions-

(C)

(D)

(A) arbeit die Zahl der Kinderkriminalität gedrückt. Wir müssen diesen Weg weitergehen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur beschleunigten Überleitung vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst, Drucksachen-Nummer 15/1461, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, interfraktionell wurde vereinbart, Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung vorzunehmen.

Ich lasse deshalb darüber abstimmen, ob wir jetzt die zweite Lesung durchführen wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

(B) Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur beschleunigten Überleitung vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst, Drucksache 15/1461, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Punkt zwei abstimmen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD Kenntnis.

Frieden, Freiheit, Solidarität – Für eine Verfassung der Europäischen Union

Antrag (Entschließung) der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
vom 11. März 2003
(Drucksache 15/1404)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf.

Die Beratung ist eröffnet.

Es ist verlängerte Redezeit bis zu 15 Minuten für den jeweils ersten Redner je Fraktion vereinbart.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Grundlage der heutigen europapolitischen Debatte, und das wird die letzte in dieser Wahlperiode sein, ist erneut ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und erneut ein Antrag zum Europäischen Konvent. Das ist das Gremium, das den Auftrag hat, einen Verfassungsvertrag der Europäischen Union auszuarbeiten, der dann nach der Erweiterung der Union auch tatsächlich den Namen Europäische Verfassung verdienen wird.

Dass diese Versammlung überhaupt einberufen worden ist, ihre bisherige öffentliche Arbeitsweise, die parlamentarische Prägung dieses Gremiums, die Tatsache, dass inzwischen fast alle von einer Verfassung reden, was vor zwei Jahren noch als Utopie erschien, all das ist bereits ein riesengroßer Erfolg, aber klar ist auch, die nächsten fünf, sechs, sieben Wochen werden die entscheidenden und schwierigsten sein. Die Ergebnisse müssen zusammengeführt werden, und viel Zeit bleibt auch nicht mehr.

Dabei ist der Konvent auch in den letzten Monaten in den Schatten des Irak-Krieges geraten, und viele haben die Frage gestellt: Ein Verfassungsprojekt, das nur Sinn macht, wenn es um Einigung geht, geht das überhaupt angesichts der dramatischen Uneinigkeit der EU-Staaten in der Irak-Frage? Wir Grünen sind überzeugt, das kann nicht nur ein Erfolg werden, es muss ein Erfolg werden, wenn Euro-

(C)

(D)

(A) pa diese Spaltung überwinden und handlungsfähig werden will.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt ist die historische Chance da, und so ein historischer Augenblick wird so schnell nicht wiederkommen, der Union eine dauerhafte Form zu geben, mit der wir dann auch die weltweiten Herausforderungen meistern können. Die Grünen jedenfalls wollen diese Chance ergreifen. Wir wollen einen Erfolg des Konvents, und wir arbeiten dafür, dass im Sommer ein einheitlicher Entwurf vorgelegt wird, an dem die Regierungskonferenz nicht mehr vorbeikommen kann. Für diesen Erfolg wollen wir auch die öffentliche Debatte führen, und zwar, ich sage es ganz klar, mit dem Ziel, sie hier im Landtag zu führen, damit Deutschland und auch die deutschen Bundesländer das Ergebnis, das sich jetzt abzeichnet, unterstützen. Das ist auch die Absicht des heutigen Antrags, der genau in die Zeit fällt, in der die Ergebnisse, die vorläufigen Vorschläge, auf dem Tisch liegen, aber noch um die endgültige Form gerungen wird.

Ich habe es nicht verstanden, und ich bedauere das sehr, dass die CDU und die SPD nicht auf unsere Bitte eingegangen sind, über einen gemeinsamen Antrag zu debattieren,

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und sich noch nicht einmal die Mühe gemacht haben, hier selbst einen Antrag vorzulegen. Ich meine, wenn man in dieser zentralen europapolitischen Frage nicht einmal weiß, welche Position die beiden großen Fraktionen vertreten, wie kann man sich dann am nächsten Feiertag hier hinstellen und sagen, wir wollen aber, dass die Bedeutung dieses Parlaments hier wieder richtig zur Geltung kommt! Ich meine, da muss man das eine oder das andere machen, entweder man ist der Meinung, was wir hier debattieren, oder in China fällt ein Sack Reis um. Ich bin dieser Meinung nicht. Die Chancen sind nicht groß, aber wenn wir hier nicht debattieren und sagen, was wir wollen, dann haben wir gar keine Chance.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schade, dass ich jetzt nicht mit dem Kollegen Eckhoff direkt sprechen kann! Es ist immer unangenehm, über jemanden zu reden, aber dennoch muss ich ein paar Sätze dazu sagen. Ich habe mir bei seinen neuesten Äußerungen zu Europa doch ziemlich die Augen gerieben. Er hat gesagt, Bremen verschläft Europa. Donnerwetter! Ich frage mich nur, Herr Eckhoff, da muss ich jetzt die Fraktion der CDU fragen: Wo waren denn eigentlich in den vergange-

nen vier Jahren die europapolitischen Initiativen Ihrer Fraktion in diesem Haus?

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wo war denn Ihr Kampf um ein eigenständiges Gewicht des Parlaments in europapolitischen Fragen? Wo haben Sie denn dem Senat einmal klar gemacht, dass er den Standpunkt dieses Hauses ernst nehmen muss, indem wir einmal etwas beschließen, bevor er da drüben ins Reine gekommen ist? Ich kann mich partout nicht daran erinnern! Die europapolitischen Debatten gingen immer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus. Also, ich sage Herrn Eckhoff, wo immer er ist, guten Morgen, aber ich würde vorschlagen, Sie fangen bei sich selbst an!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich kann hier unmöglich alle inhaltlichen Fragen, die die Konventarbeit betreffen, aufrollen, ich will nur einige ganz zentrale jetzt aufgreifen. Im Zentrum steht natürlich wegen des Iraks die Frage einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Wir Grünen sagen, eine solche gemeinsame Politik ist notwendig, auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik ist notwendig. Man kann und wird vielleicht mit kleinen Schritten beginnen, vielleicht mit einer europäischen Agentur für Rüstung und strategische Forschung, man wird vielleicht zusteuern auf eine europäische Armee, jedenfalls in Teilen. Viele Zwischenschritte sind denkbar, und ich glaube auch, vielleicht wird nicht jeder von Anfang an alles mitmachen.

(D)

Drei Dinge finde ich aber bei der Diskussion unbedingbar. Es darf und soll keine Veranstaltung gegen die Nato sein, das wäre Unsinn. Es geht darum, den europäischen Part in der Nato zu stärken. Da gibt es so eine unselige französische Tradition, die kennen wir seit de Gaulle, die sich immer etwas anderes dabei gedacht hat, und Präsident Chirac hat das sehr schön auf einen Begriff gebracht, er hat gesagt, diese Verfassung müsste die „Unabhängigkeitserklärung Europas“ werden. Da denkt man, soll das vielleicht das Rückspiel zu 1776 werden, der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten? Ich halte das für sehr töricht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht nur, dass es zum Scheitern verurteilt ist, es wäre töricht. Europa ist ein Projekt für etwas, für Frieden, sehr erfolgreich, für Freiheit, sehr erfolgreich, und auch für solidarische Zusammenarbeit. Dabei muss es bleiben und nicht gegen jemanden. Wenn wir über europäische Außenpolitik reden, muss man auch die nächsten Schritte darauf abstimmen, dass sie die Zerstrittenheit überwinden helfen und nicht noch vertiefen, und da sage ich ganz ehr-

(A) lich, bei einigen Treffen der letzten Zeit hatte ich da leise Zweifel.

Ganz zentral, die Außenpolitik darf nicht nur Sache der Zusammenarbeit zwischen Staaten bleiben, sondern muss Schritt für Schritt in gemeinsame gemeinschaftliche Politik überführt werden, und ein europäischer Außenminister als Teil der Kommission wäre ein guter Schritt dahin. Da werden jetzt auch Namen gehandelt. Ehrlich gesagt, diese Diskussion mit Namen ist auch nicht so furchtbar glücklich. Die Institution selbst halte ich für richtig und notwendig. Mit Namen sollte man sich vielleicht eher zurückhalten.

Aber entscheidend ist, was die Gemeinschaftsinstitutionen der EU angeht, denn nur die gewährleisteten gemeinsames Handeln, nur die gewährleisteten den Erfolg. Es ist nicht erfolgreich die Zusammenarbeit zwischen Regierungen, wo man auf Räten zusammensitzt, Tauschhandel macht und womöglich Achsen bildet, so wie wir das erlebt haben. Das ist nicht der Kernpunkt des europäischen Erfolgsrezeptes gewesen, sondern die gemeinschaftlichen Institutionen. Deswegen wird auch gerade an diesem Punkt die zentrale Auseinandersetzung im Konvent ausgefochten, und da sollte sich auch Bremen positionieren zwischen denen, die mehr gemeinschaftliche Politik wollen, und denjenigen, die nur bei der Zusammenarbeit zwischen den Staaten stehen bleiben wollen.

(B) Es ist auch kein Zufall, dass bei den Letzteren, die nur zusammenarbeiten wollen, die großen Staaten manchmal ganz vorn in der Reihe stehen, weil sie sich dadurch natürlich erhoffen, dass sie mehr Gewicht haben. Es war bestimmt kein Zufall, dass sich Deutschland und Frankreich diese Idee eines „Präsidenten“ der Europäischen Union ausgedacht haben, die bei den kleineren Mitgliedstaaten sofort auf ganz große Skepsis gestoßen ist. Ich muss Ihnen sagen, ich teile diese Skepsis.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein solcher Ratspräsident, egal, von wem er ausgedacht worden ist, das spielt gar keine Rolle, aber diese Skepsis ist da, darf daher nur, sagen wir in unserem Antrag, mit der Geschäftsführung des Rates beauftragt werden, das ist okay. Er darf keinen eigenen Apparat bekommen und darf nicht Konkurrenz zum demokratisch parlamentarisch gewählten Kommissionspräsidenten werden, denn entscheidend ist, die Gemeinschaftsorgane Kommission und Parlament zu stärken. Das gilt im Übrigen auch für die Bereiche Inneres und Justiz, wo heute, davon bin ich überzeugt, mehr Gemeinsamkeit, mehr Europa gefordert ist, mehr gemeinsame grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung, und das wird auch kommen.

Wir haben in unserem Antrag, meine Damen und Herren, eine große Reihe von Forderungen aus frü-

heren Beschlüssen der Bürgerschaft aufgeführt, auch um zu zeigen, dass wir hier früh Debatten geführt haben, die sehr wohl auf der Linie eines klugen, integrativen Kurses gelegen haben. Diese Punkte, die jetzt im Konvent konsensfähig sind, sind eher mehr geworden. Das gilt für die Aufnahme der Grundrechtecharta in die Verfassung, es gilt für das Frühwarnsystem zur Überprüfung von Subsidiarität, es geht um das gleichberechtigte Miteinander von Parlament und Rat als Bürgerkammer und Staatenkammer, es geht um den europäischen Außenminister, den ich erwähnt habe, wahrscheinlich auch um eine Austrittsklausel.

Einige Punkte aus unserem Antrag haben allerdings, das muss man ganz klar so sagen, wenig Chancen und werden es eher schwer haben. Das gilt für die Forderung nach Einbeziehung der Euratomverträge in der Art und Weise, dass ausdrücklich eine Abwendung von der Kernenergie mit der Hinwendung zu einer Energiewende definiert wird. Ich fürchte, das wird nicht kommen, so sind die Verhältnisse zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht. Wir bedauern das, aber natürlich wird daran das Unternehmen Europäische Verfassung nicht scheitern.

Ich will jetzt über die Forderungen und Erwartungen reden, die die deutschen Länder vor allen Dingen formuliert haben. Zum Teil sind das die Gleichen, die ich eben erwähnt habe. Positiv im Sinn der Länderbeschlüsse finde ich das bisher Diskutierte, was das Verfahren zur Kontrolle der Subsidiarität angeht, auch die Vereinfachung der europäischen Rechtsverfahren, auch die klarere Abgrenzung der vorhandenen Kompetenzen, das war eine Kernforderung der Länder. Allerdings, und das finde ich nun wieder ganz richtig, wird es keinen starren Kompetenzkatalog geben, der sich nicht ändern lässt, und es wird auch weiterhin genügend Flexibilität geben, auf Neuentwicklungen zu reagieren. Das wollten die Länder ganz eng fassen, eigentlich abschaffen. Gott sei Dank wird das nicht kommen. Ob es exklusive Einwirkungsmöglichkeiten geben wird wie ein Klagerrecht der Länder, das ist eher unwahrscheinlich. Auch daran, finde ich, darf es aus Sicht der Länder aber am Ende nicht scheitern.

Nicht erreichen werden die deutschen Länder aber mit Sicherheit eine Rückübertragung von Kompetenzen und Aufgaben von der Europäischen Union auf die deutschen Länder. Diese Rückübertragung war der Kern der Formulierung, die man in jedem Länderbeschluss findet, der leider über die CSU auf die Länder gekommen ist, nämlich „Beschränkung der EU auf ihre Kernaufgaben“. Da ging es immer um weniger Europa, mehr Macht den deutschen Ländern. Das war spätestens seit der Konferenz von Amsterdam immer die eigentliche politische Botschaft der deutschen Ministerpräsidenten.

Dafür aber, meine Damen und Herren, gibt es überhaupt keine Mehrheiten im Konvent. Die Überzeugung der Teilnehmer dieses Konventes, aber auch

(C)

(D)

(A) die Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger sprechen dagegen. Die Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger mit den Schwierigkeiten, mit den Herausforderungen, auch mit den Katastrophen der Gegenwart sind doch im Gegenteil der Antrieb für etwas anderes. Das können Sie immer lesen. Wenn es irgendwo eine Katastrophe gibt, der erste Ruf ist, das müssen wir europäisch regeln. Das ist auch richtig. Nicht nur in der Frage der inneren und äußeren Sicherheit, auch in Fragen der Lebensmittelsicherheit, des Gesundheitsschutzes, des Klimaschutzes, überall dort sind doch gemeinsame Regelungen gefragt. Das sehen die Menschen auch.

Ich darf zitieren: „Gemeinsam stark oder allein marginalisiert“, das ist aus dem jüngsten Beschluss der CDU-Fraktions-Länderchefs, ist aber trotzdem richtig. Man muss es nur anwenden, zum Beispiel auch beim Umweltschutz. Das wird, meine Damen und Herren, der Konvent tun, und wir sagen, das darf für die deutschen Länder kein Grund für eine Blockadehaltung werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) Wir sind heute so am Tag der Bilanzen. Deswegen will ich im letzten Drittel meines Beitrags zu einem Rückblick auf die Europapolitik Bremens in der vergangenen Legislaturperiode kommen. Ich sehe das so: Sie war auf der einen Seite geprägt durch eine solide Arbeit der zuständigen Verwaltung, vor allen Dingen der Verwaltung in Brüssel, aber auch vieler Ressortverwaltungen – wir haben gestern gerade das Beispiel der Gesundheitspolitik diskutiert –, das ist die eine Seite, und von starken Anti-Brüssel-Sprüchen des Präsidenten des Senats auf der anderen Seite. Dazwischen gab es noch ein weiteres Mitglied des Senats, Staatsrätin de luxe, Frau Kießler. Ich muss gestehen, darüber kann man nichts sagen, dazu fällt mir nichts ein. Sie war politisch nicht existent. Für die Staatsrätin ist es in Ordnung zu sagen, sie muss nur keine Fehler machen, aber von einem Mitglied des Senats erwarten wir allerdings politische Initiative, und davon war null zu sehen oder zu hören.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich bleibe nach vier Jahren bei meinem Urteil: Kein Bremer Regierungschef hatte jemals so wenig Gespür für den Wert europäischer Integration wie der jetzige. Ich darf Sie einmal an eines erinnern, ich darf zitieren! Am 23. März 2000 hat Dr. Scherf in einem Gespräch beim „Weser-Kurier“ von der „übermächtigen EU-Administration“ gesprochen und hat gesagt: „Die Deutschen haben zwei Zentralstaaten hinter sich: die Nazis und die Kommunisten! Es kann nicht angehen, dass wir jetzt in Europa in ein neues zentralstaatliches Gebilde hineinrutschen.“

(C) Meine Damen und Herren, das war so infam und so an der Realität vorbei, dass Herr Scherf es damit zu trauriger Berühmtheit unter sozialdemokratischen Europapolitikern gebracht hat. Er hat auch noch daraufgesattelt. Er hat in den Diskussionen danach nichts zurückgenommen, nein, er ist bei dieser Auffassung geblieben und hat das in verschiedenen Varianten ausgeführt. In einer dieser Debatten hier, Herr Scherf, haben Sie zu dem eher ein bisschen – ich möchte einmal sagen – kindlichen Argument Zuflucht genommen und haben gesagt: „Mit mir hat der Prodi schon gesprochen, mit dem Kuhn ja nicht.“

Ja, das stimmt! Immer wieder haben Sie gesagt: Alle 16 Länderchefs sind meiner Meinung. Ein einziger kleiner Grüner, der will es besser wissen? Ich will Ihnen einmal rückblickend sagen, Herr Dr. Scherf: Nicht Sie, sondern wir haben in den wesentlichen europapolitischen Debatten und Streitfragen der letzten Jahre Recht behalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht, weil man dazu besonders schlau sein musste, sondern weil man nur gegen populistische Versuche einmal wieder auf die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns hinweisen musste, die sich am Ende doch immer wieder als stärker und kräftiger erweisen!

(D) Wir haben Ihnen hier gesagt, dass die Bereiche der so genannten Daseinsvorsorge nicht insgesamt und undifferenziert außerhalb jeder Wettbewerbskontrolle gestellt werden können. Wenn Sie dann selbst so große ökonomische Spieler geworden sind, wie Sie es ja tatsächlich zu einem Teil sind, andere eben nicht, die Kommission hatte dafür immer eine differenzierte Betrachtung und hat sie so auch Schritt für Schritt weiterentwickelt.

Wir haben Sie davor gewarnt, die Kommission in der Frage der Landesbanken frontal anzugreifen. Was Sie da vor zwei, drei Jahren so großspurig angerichtet haben, das würde man heute mit „Friendly Fire“ bezeichnen, klassisch als Eigentor.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Ergebnis war nämlich das genaue Gegenteil von dem, was Sie wollten. Die Landesbanken werden jetzt als Großbanken behandelt, die sie auch sind. Wir haben gerade in den letzten Monaten die staatlichen Garantien abgeschafft.

Wir haben hier den Antrag eingebracht, dass Bremen nach der Erweiterung der EU an einer solidarischen Strukturpolitik festhalten soll. Sie haben hier eine Diskussion verhindert, bis sich das Rathaus dann dazu durchgerungen hatte, von dem Ausstieg daraus Abstand zu nehmen. Jetzt sind Sie zu unserer

(A) Auffassung zurückgekehrt, das begrüßen wir natürlich, aber Ihre Ausgangslage war ganz anders.

(Glocke)

Immer war Ihre Haltung defensiv, Ihre einzige Sorge war immer nur, was bedeutet das für meine Kompetenz, für meine Macht! Ich habe das nie geteilt, auch als Abgeordneter dieses Hauses nicht. Sie haben mir das einmal so gesagt: „Sie ziehen sich selbst den Stuhl weg, auf dem Sie sitzen.“ Darüber habe ich oft nachgedacht. Irgendwie sehe ich das nicht so richtig als meine wesentliche Aufgabe an, mich um meinen Stuhl zu sorgen. Ich hatte gedacht, wir kümmern uns darum, die politischen Regeln zu finden, die den Bürgern am ehesten ein Leben in Freiheit und Solidarität ermöglichen, weil unser Leben nun einmal so grenzüberschreitend ist. Heute kann man vieles nur noch gemeinsam in Europa regeln, und das ist auch der Grund für die europäische Erfolgsgeschichte.

Letzter Satz: Wir finden, dass das Land Bremen, die Bremische Bürgerschaft an dieser Erfolgsgeschichte weiter mitwirken sollte, Einfluss nehmen, gestalten und Bremen als europäische Stadt darstellen sollte. Das ist nicht nur die Aufgabe von Bürgerschaft und Senat, sondern einer aktiven Stadt insgesamt, und mit dieser Selbstverpflichtung tröste ich mich über das Ende meiner Arbeit hier an dieser Stelle und bedanke mich sehr für Ihre Geduld.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Neumeyer.

Abg. **Neumeyer** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es klingt ja so ein bisschen wie das Rufen im Walde, keiner hat mich gehört, wenn Herr Dr. Kuhn auch die letzte Debatte zu dem Thema leider nutzt, um sich im Grunde genommen nur selbst anzudienen, um auf irgendeiner Bundesliste der Grünen aufgestellt zu werden, um dort Europapolitik zu machen. Lieber Herr Dr. Kuhn, ich hätte das heute nicht gesagt,

(Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen])

aber Ihr Beitrag war eben so frech und so wenig im bremischen Interesse, dass Sie sich das leider gefallen lassen müssen: Wir sind bremische Parlamentarier, wir nehmen unsere Länderinteressen kompetent wahr

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Machen Sie es doch einmal!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

und kämpfen dafür und wollen nicht nur Herrn Fischer hinterherlaufen und der Politik der Bundesregierung.

(C)

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich will das gern machen!

Wir reden hier gerade über die Kompetenzordnung, und das ist wichtiger Bestandteil der europapolitischen Debatte, es ist Kernkompetenz unserer politischen Auseinandersetzung hier auch im Hause. Wir haben immer wieder versucht, mit Ihnen auch in einen Konsens zu geraten, weil wir eigentlich davon überzeugt sind, dass es klug ist, dass es richtig ist, sich in den Landtagen zu versammeln, sich zu vereinen und zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen, dass es klug ist, dass es richtig ist, dass die Landtage insgesamt, die Länder insgesamt gemeinsame Interessen formulieren, aber es sind eben auch Interessen, die nicht deckungsgleich sind mit den Interessen der Bundesregierung.

Die Bundesregierung verhandelt exklusiv über den Ausverkauf der Kompetenzen der Länder, und da machen wir eben nicht mit.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Was? – Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Bar jeder Kenntnis!)

(D)

Da, lieber Herr Dr. Kuhn, sagen Sie, das sei, wenn man fordert, dass wir im Landtag die Rechte, die den Ländern zugehören, hier bleiben sollen, inkompetent, was europapolitische Fragen angeht! Ich sage Ihnen, das ist Wahrnehmung berechtigter Länderinteressen, und das wird auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben hier in diesem Hause die Strukturfonds, Sie haben das Nettofondsprinzip angesprochen. Lieber Herr Dr. Kuhn, das Nettofondsprinzip ist ein Prinzip, das die Bundesregierung, das der Bundeskanzler und Ihr Außenminister verfolgt haben. Es ist ein unsolidarischer Ansatz. Es ist der Ansatz, dass die Bundesregierung weniger Geld nach Brüssel zahlt und als Dankeschön dazu sagt, dafür wollen wir auch weniger für die bedürftigen Länder haben. Das ist eben nicht im bremischen Interesse. Das ist eine Politik der Bundesregierung, die gegen die Länder im Allgemeinen, insbesondere übrigens in Ostdeutschland, aber auch gegen Bremen insbesondere handelt.

Sie haben gesagt, was schreien Sie hier herum, die Tendenz in Europa ist ganz anders, alles richtet sich gegen uns. Nehmen Sie es doch zur Kenntnis, ich darf Ihnen heute sagen: Die Diskussion ist über Sie hinweggegangen! Schauen Sie sich doch die

(A) Strukturfonds an! Die Diskussion ist heute klar. Wir haben Bündnispartner in Europa, vor allem in anderen Ländern, ob es in Spanien ist, ob es in Frankreich ist, gibt es eben auch Ziel-zwei-Gebiete, gibt es auch Ziel-drei-Gebiete, die sehr wohl das Ziel verfolgen, dass wir hier auch in Zukunft zu einer angemessenen Finanzierung für die alten EU-Staaten kommen, und das wird auch gelingen. Der zuständige Strukturkommissar hat nichts anderes erklärt, hat der Bundesregierung in Deutschland erklärt, was Sie da sagen, nehmen wir gern zur Kenntnis, es wird aber keine Mehrheit in Deutschland haben.

Nehmen Sie das auch bitte zur Kenntnis: Was Herr Fischer sagt, ist eben nicht zwingend im bremischen Interesse!

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Reden Sie mit mir oder mit Herrn Fischer?)

Ich rede mit Ihnen, weil Sie hier in Wirklichkeit versuchen, die Politik der Bundesregierung darzustellen, als wenn es bremische Politik wäre! Das ist kein Ersatz für eine eigenständige europapolitische Kompetenz dieses Landtags. Wir haben unsere eigene Rolle.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen])

(B) Wir haben nicht die Rolle, der Bundesregierung hinterherzulaufen, insbesondere dann, wenn diese Bundesregierung eben unsere Interessen zum Teil eklatant ausgrenzt.

Sie haben die Kompetenzdiskussion angesprochen. Ich bin froh, dass die Ministerpräsidenten der deutschen Länder gesagt haben, nein, wir wollen uns hier einmischen, und wir sind nicht bereit, dass die Bundesregierung über unsere Interessen hinweg zu einer Neusortierung von Kompetenzen kommt. Wenn wir nicht gesagt hätten – auch als Landtag, übrigens mit Ihnen gemeinsam –, hier müsse eine Bremse angezogen werden, dann, sage ich Ihnen, wäre alles weggegeben worden. Dann würden wir uns heute nicht mehr darüber unterhalten, dass es gesichert ist, dass die Bildungspolitik, dass die Jugendpolitik, dass die Sozialpolitik selbstverständlich die Kompetenz der Landtage sind. Das geschieht doch nicht, indem man sich „wegduckt“, das geschieht, indem man Position bezieht, indem man kämpft und sagt, wir haben unsere Interessen, und zwar als überzeugter Europäer. Als überzeugter Europäer sehen wir, dass nicht alles nur überregional zu regeln ist, sondern dass es sehr wohl regionale Kompetenzen gibt, und diese Kompetenzen werden wir auch wahrnehmen.

Ich sage dazu, wir sind noch lange nicht am Ende mit dem Diskurs. Wir wollen mehr, und im Konvent wird natürlich über mehr diskutiert werden müssen, und der Konvent ist in Wirklichkeit auch ein Aus-

druck des Scheiterns der Regierungschefs der europäischen Staaten. Nur über den Konvent haben wir überhaupt als Landtage, als Länder überhaupt eine Chance, uns einzubringen,

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann macht es doch! Wo ist denn Ihr Antrag?)

uns einzumischen und klarzumachen, dass es mehr Interessen gibt als die, die die Bundesrepublik verfolgt. Ich füge auch hinzu, und das ist eben leider ein Ausdruck nicht vorhandenen Demokratieverständnisses, den zum Teil diese Bundesregierung hat: Es ist falsch zu ignorieren, dass wir in Deutschland eine andere Ländermehrheit haben, als wir im Bund haben. Es ist falsch zu glauben, dass man sich dann im Konvent durchsetzen kann, und es ist für die Europäische Union und für die Partnerstaaten eben völlig verwirrend: Was ist eigentlich die deutsche Position?

Das ist eben auch Ausdruck dessen, dass Sie zum Beispiel ganz egoistisch bei den Kommissaren erstmalig, völlig neu, gesagt haben, nein, wir geben nicht einen Kommissar an die größte Oppositionskraft, sondern das machen wir unter uns aus, da machen wir Postengeschacher mit dem Ergebnis, dass wir zwei Kommissare haben, die für die Interessen der Länder, aber auch der Bundesrepublik Deutschland insgesamt nicht von Relevanz sind. Also, ein Wettbewerbskommissar wäre sehr wohl sehr viel interessanter, sehr viel wichtiger für die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen um uns herum, in Deutschland insgesamt gewesen.

Was möchten wir noch? Wir wollen natürlich, dass der Konvent zu einem Erfolg geführt wird. Wir sehen in dem Konvent überhaupt die Voraussetzung, unsere Interessen adäquat einzubringen, zu diskutieren und auch zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen. Selbstverständlich wird der Konvent nicht alles beschließen, was wir wollen, aber selbstverständlich wird der Konvent uns auch nur dann wahrnehmen können, wenn wir dort über die Länder – wie das ja auch geschieht –, über die Ministerpräsidenten auch unsere Positionen einbringen.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass jetzt klar ist, dass die Grundrechtecharta an den Anfang der neuen gemeinsamen europäischen Verfassung gestellt wird. Damit ist das, was insbesondere Roman Herzog zu verantworten hat, eben der geistige Ausgangspunkt für eine europäische Verfassung. Das begrüßen wir sehr!

Wir müssen natürlich aufpassen, dass wir jetzt nicht zu einer Verzettelung von Paragraphen kommen, weil vieles schon geregelt wurde. Für uns als CDU/CSU, aber hier insbesondere in der Bremischen Bürgerschaft als CDU-Fraktion gibt es eine europäische Identität. Europa ist eben weitaus mehr als eine Freihandelszone, und wir begrüßen es daher, dass Wer-

(C)

(D)

- (A) te wie Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte in den Verfassungsentwurf Einzug gefunden haben.

Ich füge auch hinzu, für uns ist ebenso wichtig das Bekenntnis – und wir arbeiten ja noch an Formulierungen – zum geistig-religiösen Erbe des Abendlandes. Das ist die Wurzel, das ist unser kultureller Hintergrund, das ist auch Ausdruck der Wertegemeinschaft, und deswegen glauben wir, dass das in eine Verfassung hineingehört, selbstverständlich auch in eine europäische Verfassung, so wie es auch in die deutsche Verfassung Eingang gefunden hat.

Ich füge hinzu, das setzt auch selbstverständlich kulturelle Grenzen der Europäischen Union. Das hilft auch zu erkennen: Wie weit ist eigentlich Europa, was ist Europa? Ist Europa nur ein loser Zusammenschluss, ein Zweckbündnis, oder ist Europa eine gemeinsame Verantwortung, eine gemeinsame Tradition, ein gemeinsames Bekenntnis zu christlichen Werten? Ich füge hinzu, für uns ist es das. Das gehört in eine europäische Verfassung hinein, und das setzt auch natürliche Grenzen, ich sage das ganz offen, in Richtung Türkei.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Für uns als Bundesländer halte ich es für ebenso wichtig, dass die föderale Ordnung in der Verfassung abgesichert wird. Wir erwarten, dass unsere bundesdeutsche Verfassungstradition auf europäischer Ebene respektiert wird. Das heißt auch im Klartext, dass es selbstverständlich zu einer Sortierung der Kompetenzen kommt, das heißt selbstverständlich, dass es dann auch heißt, dass es zu einer Beschränkung auf europäische Kernaufgaben kommen wird.

Es gibt Themen, die die Bundesrepublik Deutschland mit Sicherheit für andere Staaten sehr gut einbringen kann. Dazu gehört die soziale Marktwirtschaft mit Nennung der bewährten Sozialpartner, die wir in der Bundesrepublik Deutschland haben. Ich glaube, wir werden uns alle gemeinsam dafür stark machen, dass das auch in die Verfassung Einzug findet.

Wir hatten eben gerade eine innenpolitische Debatte, in der Senator Dr. Böse auch darauf hingewiesen hat, dass wir bei dem Thema Rechtssicherheit, Sicherheitspolitik eine abgestimmte Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch eine europäische Komponente sehen. Wir arbeiten daran. Wir sehen, dass es notwendig ist, zu einer schrittweisen Harmonisierung der Bestimmungen zu kommen, weil wir natürlich mit einer Verschiebung der Außengrenzen auch zu einer Verschiebung der Sicherheitsgrenze kommen. Deswegen brauchen wir ja eine europäische Partnerschaft. Das heißt auch, dass wir natürlich dort an den Außengrenzen der Europäischen Union auch gewünschte Zuwanderungsbeschrän-

- kungen realisieren müssen. Das geht nur mit gelebter Partnerschaft. (C)

Was jetzt allerdings die aktuelle Diskussion angeht, Herr Dr. Kuhn, Sie sprachen die Irak-Frage an, dort ist eben klar, dass hier die europäischen Staats- und Regierungschefs gescheitert sind. Da, wo es Spitz auf Knopf kommt, da, wo es über die Frage einer gemeinsamen Erklärung hinausgehend darum geht, zu konkreten politischen Handlungsschritten zu gelangen, da hat sich die Europäische Union mit sehr unterschiedlichen Positionen – siehe Regierungschefs – verhalten. Ich bedauere es sehr, und ich finde auch, dass die bundesdeutsche Rolle dabei eine sehr unrühmliche war. Ich denke, schlichter Anti-Amerikanismus ist nicht die Antwort, die wir geben müssen, sondern unsere Antwort muss sein, dass wir uns als natürlicher Partner der Vereinigten Staaten zu einer Wertegemeinschaft in der Europäischen Union zu rechtfinden.

(Beifall bei der CDU)

Leider hat die Diskussion auch kein Ende gefunden mit der Irak-Situation an sich. Ich finde die Diskussion im Anschluss mit Frankreich und wenigen kleinen Staaten genauso verwerflich, ob denn diese wenigen Staaten zu einer gemeinsamen Sicherheitspolitik gelangen. Das ist nicht europäisch!

(Beifall bei der CDU)

Das ist nicht im europäischen Interesse, sondern es leistet einen Beitrag zum Sektierertum. Sie haben eben gesagt, die kleinen Staaten fühlten sich verraten. Genau durch solche Aktionen und unabgestimmtes und nicht europäisches Handeln der Bundesregierung fühlen sich eben die kleinen Staaten nicht mehr so vertreten. (D)

(Beifall bei der CDU)

Das ist neu! Das gab es eigentlich seit Existenz der Bundesrepublik Deutschland nicht, dass eine Bundesregierung sich nicht als Anwalt gerade der Kleinen empfunden hat, und zwar egal, welche Bundesregierung, egal, ob wir einen schwarzen oder einen roten Kanzler hatten, egal, ob wir einen blaugelben oder einen grünen Kanzler hatten. Wir waren eigentlich der natürliche Interessenvertreter.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Außenminister!)

Außenminister, natürlich!

Das heißt, wir haben da eine ganze Menge an Vertrauen verloren. Die Bundesregierung muss zusehen, dass sie das Vertrauen wieder gewinnt. Die Diskussion im Konvent kann dazu einen Beitrag leisten. Ich füge hinzu, es reicht aber nicht, nur Herrn Giscard d'Estaing hinterher zu laufen. Auch er hat zum

(A) Teil Verhaltensmuster an den Tag gelegt gerade in den letzten Wochen, bei denen man sich fragen muss, ob das nur durch demokratische Mehrheitsentscheidung abgedeckt ist oder ob da doch irgendwie mehr der alte Staats- und Regierungschef noch einmal durchkommt, der sagt: „Ich sage hier, wo es langgeht!“ Ich sage hier, wo es langgeht, ist nicht die Position, die wir wollen. Wir wollen abgestimmte Positionen haben. Wir wollen, dass sich alle eingebunden fühlen, und das geht nicht, indem nur wenige sagen, das ist unsere Position, auch nicht, wenn es Herr Giscard d'Estaing ist.

Was wollen wir? Wir wollen natürlich unsere Interessen sichern. Ich hoffe, dass wir das alle gemeinsam wollen. Da bin ich auch wieder sehr stark bei Ihnen, Herr Dr. Kuhn. Unsere Interessen werden nicht nur durch die Landesregierung wahrgenommen, unsere Interessen müssen wir als Parlamentarier selbst wahrnehmen. Unsere Forderung ist, dass wir ein Klagerecht zur Absicherung der Subsidiarität bekommen. Das bedeutet, dass wir wollen, dass entweder die Mehrheit der Bundesländer dieses Klagerecht bekommt, das heißt also die Landesregierungen, oder aber auch, wenn ein Drittel der Landtage das mit Mehrheit beschließt, so dass wir als Landesregierung, als Landtag sehr wohl unsere Interessen gegenüber Überharmonisierung, gegenüber Übergestaltung auch rechtlich durchsetzen können.

(B) Wir möchten, dass wir in den dezentralen Fragen, da, wo wir zuständig sind, da, wo wir auch von den Menschen als Partner gesucht und gesehen werden, die Entscheidungskompetenz behalten. Wir möchten, dass wir rechtzeitig in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden, und das setzt selbstverständlich ein Informationsrecht des Parlamentes voraus. Ich bin da durchaus bei Ihnen. Frau Dr. Kießler hat sich da nicht besonders hervorgetan, um das einmal sehr freundlich auszudrücken. Die Abstimmung hätte noch deutlich intensiver sein können.

Bei Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union sind die Landesparlamente im Vorfeld durch die jeweiligen Landtage zu begrüßen. Das ist auch unsere Position und übrigens auch die Position der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion. Im Europäischen Parlament wollen wir, dass auch die Rechte dieses Parlaments gestärkt werden, weil wir darin die demokratische Legitimation sehen. Das heißt, wir wollen, dass es ein Mitentscheidungsverfahren für alle legislativen Maßnahmen der EU gibt. Wir sind für die Mandatsbegrenzung auf 732 Mandate auch bei einer größer werdenden Europäischen Union, wir sind für einheitliche Wahlverfahren in allen Mitgliedsstaaten, wir sind dafür, die Haushaltskompetenz zwischen dem Europarat und dem Parlament zu teilen, das heißt, also auch dem Parlament die ernsthafte Möglichkeit einzuräumen, Nein zu sagen oder zu sagen, wir wollen in diese Richtung marschieren, und wir wollen den Kommissionspräsidenten durch das Europaparlament wählen lassen, weil

wir darin eine größere demokratische Legitimation sehen. (C)

Beim Europarat begrüßen wir es, dass es sich abzeichnet, dass wir zu einer doppelten qualifizierten Mehrheit gelangen, also zur Mehrheit der Staaten auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber auch zu einer Mehrheit von drei Vierteln der vertretenen Menschen in diesen Staaten, so dass wir eine, wie ich finde, vernünftige Balance haben zwischen der Interessenswahrung der kleinen Staaten, aber eben auch zur Kenntnis nehmen, dass 80 Millionen Deutsche auch genauso ein Recht darauf haben, angemessen vertreten zu werden. Wir sind bei den Kommissaren für eine Konzentration auf 15 Kommissare, auch bei einer größer werdenden EU.

(Glocke)

Ich komme sofort zum Schluss! Wir sind beim AdR dabei, darüber nachzudenken, wir sind noch nicht abgeschlossen, Herr Dr. Kuhn, soweit wollen wir natürlich auch den Prozess weiter gestalten, ob nicht der AdR auch eine Möglichkeit sein kann, dass wir da die Subsidiaritätsrechte verankern können, dass er sich zu einer zweiten Kammer entwickelt.

Ansonsten hoffen wir sehr wie Sie auch, dass die Staats- und Regierungschefs die positiven Besprechungen aus dem Europäischen Konvent aufnehmen und dass sie klug genug sind, dann auch die richtigen Entscheidungen im Sommer zu treffen. – Danke schön! (D)

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Isola.

Abg. **Isola** (SPD *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte mir an sich eine etwas andere Rede vorgenommen und wollte ein bisschen auf die Schwerpunkte dessen eingehen, was nun im Konvent im Zusammenhang mit der Verfassung beraten wird, aber nun hat es hier am Anfang noch wieder eine Polemik seitens des Kollegen Kuhn gegen den Bürgermeister gegeben. Das muss wahrscheinlich so sein, das kultivieren und pflegen Sie ja auch wie ein wertvolles Gut über die Jahre. Das ist für Sie als Oppositionspolitiker sicher auch richtig. Nur eines habe ich nicht ganz verstanden, wie so Sie sich über die Kritik des Präsidenten des Senats oder die Warnung vor einer übermächtigen Bürokratie in Brüssel erregen können. Da hat er doch völlig Recht.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU – Abg. Dr. K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber nicht das Problem!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Das ist doch gerade die Sorge der Bürger, dass sie nicht mehr durchblicken, was dort passiert, keinen Überblick mehr haben und im Grunde genommen Ängste vor dem haben, was dort in Europa entsteht. Deswegen ist die Diskussion, was können Regionen einbringen, überhaupt entstanden. Wenn er nun als ein führender Politiker eines Bundeslandes ebenfalls die Hand in diese Wunde legt und an dieser Stelle sagt: Aufpassen, wir können kein Europa konstruieren, das sich immer mehr vom Bürger entfernt, es soll für den Bürger gemacht werden, der aber ohnmächtig davorsteht und Ängste hat, dann ist das nicht nur seine Pflicht, sondern dann sind wir sehr dankbar, dass Bürgermeister Scherf auf diesen Punkt hingewiesen hat und hier auch politisch versucht, mit seinen Möglichkeiten gegenzusteuern.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Dass ausgerechnet Sie als Grüne das kritisieren, die nun mit dem Wort bürgernah in jedem zweiten Satz herumlaufen und manchmal dann so ein bisschen bei Europa auch völlig die Fassung verlieren und alles, was Europa ist, im Prinzip erst einmal als ganz toll bezeichnen!

(B) Die Entwicklung hin zu einem größeren Europa wird auch von uns begrüßt, aber ich mache daraus auch keinen Hehl, es gibt da sicherlich Probleme, und die müssen diskutiert werden. Ich sage das ganz offen, die Entscheidung ist gefallen, aber ich war am Anfang eher skeptisch, was die große Erweiterung anbelangt, solange nicht die Vertiefung Europas auch gelungen ist. Nun gehen wir beides an, und das muss auch füglich unterstützt werden, aber führen wir die Diskussion bitte nicht ohne die Bürger, über deren Köpfe hinweg! Hier muss noch sehr viel nachgearbeitet werden.

Dennoch, und das sage ich auch deutlich für unsere Fraktion, gibt es zu dem Weg hin zu einem gemeinsamen Europa keine Alternative. Angesichts der Globalisierung sind die einzelnen europäischen Länder völlig überfordert, diesen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen auch nur annähernd gerecht zu werden. Zweitens, nur ein gemeinsames Europa ist in der Lage, den Globalisierungsprozess demokratisch mitzugestalten. Das können die einzelnen Länder nicht. Europa muss mit einer Stimme sprechen. Das ist ein hehrer Anspruch, von dem wir leider in der Realität, Sie haben darauf hingewiesen, noch sehr weit entfernt sind.

Deswegen kommen wir auch gerade zur Frage der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, bei der es nun zwingend notwendig wäre, aber die Realität hat es leider vor dem Hintergrund des Irak-Krieges anders gezeigt, im Rahmen der internationalen Politik hier zu einer gemeinsamen europäischen Politik zu gelangen. Ob der europäische Außenminister, wer auch immer das sein wird – das ist, glaube ich, völlig unwichtig –, diese Institution sein wird, die das

(C) schafft, ist eine Voraussetzung dafür, entscheidend aber ist, ob die einzelnen europäischen Länder bereit sind, Souveränitätsrechte auch in dieser Beziehung abzugeben. Das sehe ich momentan nicht, eher im Gegenteil.

Es läuft ein richtiger Riss durch Europa, was insbesondere die Beitrittsländer in ihrem Verhältnis zu den USA einerseits und in ihrem Verhältnis zu den, ich sage einmal, alten europäischen Ländern wie beispielsweise Deutschland und Frankreich auf der anderen Seite anbelangt. Hier gibt es erhebliche Meinungsunterschiede, und auch eine Verfassung wird solche Probleme nicht dadurch lösen, indem man das aufschreibt, sondern es muss auch gelebt, es muss auch entsprechend politisch gehandelt werden. Hier liegt noch sehr viel Arbeit vor uns.

Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik darf sich übrigens nicht nur auf Sicherheit im engeren Sinne beschränken. Es ist im Gegenteil von einem umfassenderen Sicherheitsbegriff auszugehen, der auch beispielsweise die Armutsbekämpfung weltweit einbezieht, der die Ursachen einbezieht, die zu mehr Unsicherheit in der Welt führen können. Die beiden Bundestagsfraktionen der SPD und der Grünen haben sich auch darauf verständigt, dass bei weltweiter Armutsbekämpfung, aber auch bei Problemen der Umwelt, der nachhaltigen Entwicklung, Hilfe für Völker und Länder und Regionen, in denen Menschen leben, wo es Naturkatastrophen gibt, geholfen wird, dass hier eine entsprechende nachhaltige Entwicklungshilfe betrieben wird, die vermeidet, dass es zu Konflikten zwischen diesen Ländern und den so genannten reichen Ländern kommt. Ich nenne zum Beispiel nur das große Problem der Wasserversorgung in diesen Ländern. Alles das gehört im Grunde genommen zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff. Die Aufstellung von neuen Armeen löst nicht solche Probleme, sondern hier muss eine Politik betrieben werden.

(Beifall bei der SPD)

(D) Aber Stichwort europäische Armee: Auch hier wird man natürlich beim Integrationsprozess auch weiter gehen. Wenn demnächst die anderen Länder beitreten, sind wir insgesamt 25 europäische Länder und haben 25 europäische Armeen mit zwei Millionen Soldaten. Die Amerikaner haben 1,3 Millionen Soldaten, sind aber militärisch viel stärker. Auch hier wird man überlegen müssen, wie man solch eine europäische Armee bildet, die wesentlich kostengünstiger, aber auch wesentlich effektiver sein kann.

Ich möchte, und das wird Sie auch nicht überraschen, auf einen anderen Punkt eingehen, der am Rande schon erwähnt worden ist, die Justiz- und Innenpolitik in der Europäischen Union. Der Konvent hat hierzu auch Vorschläge gemacht, die Frage der Grundfreiheiten der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Gemeinschaft vertie-

(A) fend zu verankern. Das hört sich wie eine Selbstverständlichkeit an, zumindest was Rechtsstaatlichkeit anbelangt. Zur Rechtsstaatlichkeit gehört auch der Schutz der Richter und ihre Unabhängigkeit. Die Realität sieht leider im alten Europa völlig anders aus. Ich habe das mit einer flachsigen Bemerkung hier schon einmal gesagt, aber es ist tiefer Ernst, was sich in Italien zurzeit abspielt – das ist das Niveau, ich hätte fast gesagt, eines afrikanischen Landes, aber dann würde man diese Länder beleidigen –, wenn ein Ministerpräsident mit einer unglaublichen Mehrheit im Parlament öffentlich zur Hetze gegen Richter aufruft, ein Ministerpräsident, der sich zu gegenwärtigen hat, dass er womöglich demnächst zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wird. Sein Gehilfe, der frühere Verteidigungsminister Previti, ist zu elf Jahren Freiheitsstrafe vor 15 Tagen verurteilt worden, einer seiner Vorgänger, Andreotti, zu 24 Jahren Freiheitsstrafe wegen Anstiftung zum Mord!

(Abg. B o r t t s c h e l l e r [CDU]: Alles nicht rechtskräftig!)

Alles nicht richtig, nein, das ist klar! Das waren alles verführte, verblendete Richter. Wie wird das eigentlich sein, wenn Berlusconi zu seiner Freiheitsstrafe, die demnächst zu erwarten ist, dann die Präsidentschaft der Europäischen Union antritt! Da gibt es noch einige Fragen zu lösen, wie man sich auch in diesem Zusammenhang verhält.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Die Frage der Rechtsstaatlichkeit ist selbst im alten Europa noch lange nicht gelöst. Hier ist es eine Sache der Europäischen Union, darauf hinzuwirken, dass zum Beispiel die Gerechtigkeit auch in solchen Ländern weiterhin eine Chance hat, dass zum Beispiel Richter geschützt werden und ihrer Tätigkeit nachgehen können. Insofern begrüße ich es ausdrücklich, dass eine europäische Staatsanwaltschaft eingerichtet wird, die die Möglichkeiten hat, nach einem Katalog von Straftaten zunächst die nationalen Gerichte zu befassen, das ist völlig klar, aber auch im europäischen Raum entsprechende Straftaten zu verfolgen.

Was dringend notwendig ist, darüber hat es inzwischen auch verschiedene Rechtskongresse gegeben, ist eine Harmonisierung der Rechtssysteme in Europa. Das ist nicht sehr einfach, wie wir alle wissen. Trotzdem werden bereits solche Anstrengungen unternommen. Ich nehme zum Beispiel das Zivilrecht. Hier ist es dringend notwendig, beispielweise im materiellen Familienrecht, dazu gehört das Namensrecht, auch das Umgangsrecht und das grenzüberschreitende Sorgerecht zu harmonisieren, damit es hier nicht zu unterschiedlichen Auffassungen kommt.

Das Gleiche gilt für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit der Strafjustiz. Auch hier muss es

zumindest zu Harmonisierungen im materiellen und formellen Strafrecht kommen. Es müssen prozessrechtliche Mindeststandards auf international anerkannter Justizgarantieebene geschaffen werden.

(C)

Last, not least, das darf ich auch noch einmal sagen, Europol, die europäische Konvention muss auf eine rechtliche Grundlage gestellt werden. Die Arbeit dieser Europol, auch sämtlicher Institutionen, die im Justizbereich stattfinden, muss gerichtlich überprüft werden können. Das ist bis heute nicht der Fall. Hier gibt es noch erhebliche Lücken.

Der Europäische Gerichtshof wird daher in seinen Kompetenzen erheblich ausgeweitet werden müssen. Ich sehe hier drei Ebenen, die künftig der Europäische Gerichtshof im Rahmen der neuen Verfassung auch wahrnehmen sollte. Die wichtigste, die wir im deutschen Bundesverfassungsgericht haben, nämlich die Wahrnehmung des individuellen Rechts des einzelnen Bürgers vor dem Europäischen Gerichtshof, das heißt das individuelle Klagerecht, dass der einzelne Bürger den Europäischen Gerichtshof, natürlich nach Beschreiten des Rechtswegs in den einzelnen Ländern, anrufen kann.

Der zweite Punkt ist die Möglichkeit der nationalen Parlamente, bei uns Deutscher Bundestag und Bundesrat, auch ebenfalls den Europäischen Gerichtshof in Fragen der Subsidiariätsverletzung anrufen zu können. Der dritte Punkt betrifft hier unmittelbar uns, unser Haus, auch das Parlament hier in Bremen, ist, dass die Länderparlamente als regionale Körperschaften ebenfalls ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof bekommen. Das sind Forderungen, und, ich denke, dahinter kann sich auch das gesamte Haus versammeln.

(D)

Lassen Sie mich zum Abschluss dann doch noch die Kurve zu dem bekommen, was wir hier vor ein, zwei Sitzungen debattiert haben, denn das gehört zusammen, nämlich die Föderalismusreformdebatte! Nicht ohne Grund hat sich die Versammlung der Landtagspräsidenten ebenfalls Konvent genannt. Hier treffen sich diese beiden Ebenen, nämlich die Frage, wie sich gerade die Länder, die Regionen, insbesondere die Landesparlamente künftig in diesem europäischen Prozess aufstellen. Dies ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Wer in dieser Woche den „Spiegel“ gelesen hat, der die aktuelle Debatte über das Grundgesetz aufnimmt, der konnte etwas lesen, ich muss sagen, das war hochinteressant, insbesondere über das Problem zwischen Landesparlament und Landesregierung, die, wie wir alle wissen, an der Bundesgesetzgebung teilnehmen, aber ohne im Grunde genommen eine demokratische Legitimation zu haben. Die Länder sind völlig außen vor, haben formell nicht einmal die Möglichkeit, durch Beschlüsse den Senat und die Landesregierung zu zwingen, in einer bestimmten Sache so abzustimmen, wie es die Volksvertreter des einzelnen Landes wollen. In den USA haben wir den Senat. Die Senatoren sind direkt vom Volk gewählt.

(A) Also, hier bedarf es unbedingt einer Handlung, um auch auf diesem Weg zu einer bürgernahen Politik zu kommen. Insofern treffen sich die beiden Dinge. Es liegt in der nächsten Legislaturperiode noch viel Arbeit vor Ihnen. Machen wir uns an die Arbeit! – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Bürgermeister Dr. Scherf.

Bürgermeister Dr. Scherf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dies ist der letzte Tag in dieser Legislaturperiode, und die drei Redner, die vor mir geredet haben, verabschieden sich eigentlich mit dieser Debatte aus ihrem parlamentarischen Leben. Alle drei kandidieren nicht mehr. Darum bin ich ganz versöhnlich und friedlich gestimmt und bin hierher gekommen, um mich bei allen dreien zu bedanken. Nun macht Herr Kuhn es mir sehr schwer. Darum will ich nicht gleich mit Herrn Kuhn anfangen, sondern erst einmal mit Herrn Neumeyer.

Herr Neumeyer, Sie gehen nun, jung wie Sie sind, um neue Arbeiten zu übernehmen. Ich habe Sie in diesem Parlament als eine ganz starke Person erlebt. Sie haben an vorrangiger Position die große Koalition in der letzten Legislaturperiode zusammengeschweißt mit unserem jetzigen Präsidenten. Ich habe das immer als eine große Unterstützung erlebt, auch wenn Sie einmal weit vor der eigenen Linie operiert haben. Ich weiß noch, wie Sie da beim „Focus“ zusammen aufgetreten sind und Fahnen miteinander getauscht haben. Ich fand das stark, ich fand das sehr hilfreich. Ich werde das nicht vergessen. Sie haben dieser Landesregierung, und ich denke, auch diesem Land einen ganz großen Dienst erwiesen. Nicht dass Sie jetzt grollen und sagen, einen Schlusstrich unter diese Geschichte! Ich werde das nicht vergessen, das war ganz große Klasse.

Das Gleiche möchte ich meinem alten Freund Horst Isola sagen. Wir kennen uns schon seit Schulzeiten. Das ist komisch, dass wir uns jetzt hier vor so einem Auditorium voneinander verabschieden. Wir sind miteinander aufgewachsen. Wir waren jahrzehntelang ganz am Rand der Politik. Eigentlich hat uns keiner zugetraut, dass wir einmal zentrale Aufgaben wahrnehmen würden, aber wir haben das geschafft. Ich habe die ganzen Jahre immer wieder erlebt, wie Horst Isola auf seine unverwechselbare Weise auch unbequem Partei ergriffen hat für Rechtsstaatlichkeit, für einen liberalen Rechtsstaat, für unbequeme Minderheiten. Auch in der Auseinandersetzung mit Rechten und Rechtsradikalen hat er immer wieder bis an die Grenze gekämpft und sich nicht einfach einschleifen lassen. Er ist nicht einer von denen, die Reden halten, von denen man sowieso schon weiß, wie sie laufen. Das war jedes Mal spannend, sich mit ihm auseinander zu setzen. Ich

hoffe, dass wir noch gute Jahre zusammen haben, egal ob in diesem Parlament oder anderswo. Ich werde das nicht vergessen.

Ich habe mich von seinem Vater verabschiedet, ein paar Tage, bevor er im Krankenhaus starb. Er wusste nicht, dass er starb, ich wusste aber, dass er starb. Da haben wir über dich und deine Arbeit geredet. Auch das werde ich nie vergessen. Das hält uns beide auch zusammen, egal, wie die Wahlen ausgehen.

Jetzt muss ich zu Hermann Kuhn etwas sagen, das ist noch komplizierter als zu diesen beiden eben.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie müssen es nicht!)

Doch, ich darf das! Das werden Sie mir erlauben müssen, dass ich etwas zu Ihnen sage. Wenn Sie ständig über mich reden, dann muss ich doch auch über Sie reden dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Hermann Kuhn, bei aller Bitterkeit, die Sie immer in Ihren Reden produzieren – auch heute in Ihrer Abschiedsrede, die war voller Bitterkeit, das merken Sie offenbar gar nicht mehr, weil die Bitterkeit Sie angefressen hat –, respektiere ich sehr diesen spektakulären Weg, den Sie von einem bekannten KBW-Funktionär zu einem hoch integrativen, für die Liberalität dieses Landes kämpfenden Parlamentarier gemacht haben. Das ist für mich ein Exempel dafür, dass das geht und dass man nicht aufgeben darf und nicht das Kreuz schlagen darf über Leute, die in jungen Jahren ganz anderes gedacht haben und die daraus Konsequenzen gezogen haben. Sie sind da für mich ein ganz vorbildlicher Parlamentarier. Ich habe Ihr Buch x-mal verschenkt, in dem Sie Ihre eigene Biographie zum Beispiel für alle, die das nachlesen wollten und nachlesen sollten, genommen haben. Ich fand das hoch respektabel.

Ich erkläre mir Ihre Bitterkeit, die Sie immer wieder, auch mir gegenüber, geäußert haben, auch in dieser Debatte heute wieder, so, dass Sie die Rollen, die wir haben, nicht sortieren können. Also, ich als der Präsident einer kleinen Landesregierung habe eigene Kompetenzen, habe eigene Verpflichtungen, und ich muss alles daransetzen, dass aus diesem kleinen Bremen in dem engen Zusammenarbeiten mit den übrigen Ländern nicht eine isolierte, hilflose, nach außen auf Rechthaberei gerichtete Position herauskommt, die am Schluss niemanden interessiert. Ich muss, und alle, die das in Zukunft machen, müssen das genauso sehen, darauf achten, dass wir mit unserer Kleinheit von den anderen verstanden werden. Sie müssen uns als diejenigen begreifen, die dafür sorgen, dass wir gemeinsam für föderale Vertretungen auftreten und dafür auch ein Mandat ha-

(C)

(B)

(D)

(A) ben. Das ist gerade in der Europadiskussion fast exemplarisch so gelaufen.

Ich habe bis heute dazu beigetragen, und ich finde, das ist gelungen, dass wir 16 Länder mit bunten Koalitionen in europäischen Fragen zusammenstehen. Da sitzen auch Grüne in den Koalitionen dabei, die tragen das alle mit.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Tatsächlich, Herr Scherf?)

Sortiert das doch einmal, ihr Grünen, dass da, wo ihr in der Regierung seid, in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein, wir bitte sehr in Europa genau an einem Strang ziehen! Wir haben wirklich allesamt, das ist eine kostbare Sache, insgesamt als 16 Länder unsere Interessenvertretung gegenüber den Europäern artikuliert. Es ist eine große Leistung, dass das gelungen ist jetzt im Konvent mit der Bundesregierung und mit Erwin Teufel, der hoch integrativ arbeitet und sich ständig quält, zum Teil wie kein anderer von uns, er ist mehrfach in der Woche in Brüssel, um dieses Mandat wahrzunehmen. Ich habe großen Respekt vor dieser Arbeit, dass er das integrativ macht und dass wir alle, die wir daran beteiligt sind, übrigens auch die Bundesregierung, auch der grüne Außenminister, wissen, dass wir in dieser Sache nur dann eine Interessenvertretung unserer bundesrepublikanischen gemeinsamen Position haben, wenn wir beieinander bleiben.

(B)

Daraus kann man doch keinen Vorwurf ableiten. Das ist doch nicht gemacht, um hier irgendwie das Parlament auszuschalten oder damit Herrmann Kuhn nicht zum Zuge kommt. So ein Quatsch! Das ist ausschließlich und allein darauf angelegt, dass wir in dieser europäischen komplizierten Verständigungsprozedur nicht auseinander dividiert und gegeneinander ausgespielt werden und dann am Schluss gar nichts bewirkt haben.

Da sind wir gut vorangekommen, und es ist bis heute so, auch die letzten Tage der Beratungen des Konvents so, dass wir dort gemeinsam votieren, gemeinsam auftreten und uns auch gemeinsam darüber klar werden müssen, dass am Schluss das Ergebnis mit Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat ratifiziert werden muss. Da sitzen Sie dann irgendwo und schreiben Artikel in der „taz“ oder so. Wir müssen dann aber diese Zweidrittelmehrheit im Bundesrat wirklich zusammenbekommen, und wir müssen auch im Bundestag diese Zweidrittelmehrheit erreichen, denn keiner von uns will über Bundestag und Bundesrat dieses große europäische Projekt einer Verfassung kaputt machen.

Auf dieser Linie arbeiten wir, und die Bremer haben sogar noch die Federführung. Wir sind federführend für die Bundesländer in der Abstimmung mit der Bundesregierung und sitzen wirklich, das hat Herr Eckhoff offenbar übersehen, Tag für Tag

dabei, diese Position abzustimmen. Wie Sie auf die Idee kommen, dass wir Europa vergessen haben, das ist mir völlig rätselhaft!

(C)

(Beifall bei der SPD)

So viel Arbeit und Abstimmungsarbeit steckt darin, dass man manchmal denkt, wir haben doch auch noch andere Aufgaben. Alle wissen das, und bisher ist das ein erfolgreiches Projekt.

Die Landesparlamente haben doch nur eine Chance, in Zukunft daran beteiligt zu sein, wenn wir die föderalen Interessenlagen der bundesrepublikanischen föderalen Ordnung einschließlich der Landesparlamente bitte sehr artikulieren. Sie haben gesagt, Sie wüssten nicht, warum ich Ihnen vorwerfe, dass Sie Ihren eigenen Stuhl absägen, doch genau deswegen. Wenn Sie in Zukunft die Rolle der Landtage bei dieser Beratung stärken wollen – das müsste eigentlich Ihr Interesse sein, besonders als Vizepräsident dieser Bürgerschaft –, dann müssen Sie doch alles tun, was in Ihrer rhetorischen und sonstigen Überzeugungskompetenz angelegt ist, um diese föderale Struktur Europas durchzusetzen. Diese müssen wir natürlich gegen die Zentralisten durchsetzen, gegen wen denn sonst? Wir müssen werben, anstatt uns gegenseitig zu denunzieren. Horst Isola hat völlig Recht, dass wir Europa nur dann mehrheitlich halten, wenn wir die Zustimmung vor Ort wirklich mobilisieren, und das geht nur über Dezentralisierung.

(D)

Wenn ihr Grünen da den Kopf schüttelt, dann habt ihr ein fundamentales Problem mit euren eigenen Grundsätzen, denn das Ganze geht nur, wenn wir eine Balance zwischen der Zentrale und den Dezentralisierten halten. Die Landtage werden nur dann eine Chance haben, wenn wir diese Dezentralisierung in Europa weiter auf der Agenda halten. Die werden wir nicht aufgeben, und wir finden, es ist ein richtiger Erfolg unserer lang angelegten Strategie. Wir, das sind jetzt alle Ministerpräsidenten, sind stolz darauf, dass wir diesen Prozess erzwungen haben über Nizza. Wir haben gesagt, wir stimmen Nizza nicht zu, wenn es zu dieser Verhandlung kommt. Die haben wir erzwungen.

Wir sind überzeugt davon, dass wir diesen Prozess begonnen haben, richtig erzwungen haben. Darum finden wir Kritik in dieser Richtung unangemessen. Wir haben von Anfang an gesagt, wir können uns nur darauf einlassen, wenn wir zu einer klaren Kompetenzklärung kommen. Da nicken Sie jetzt. Ich habe andere Reden in Erinnerung, in denen Sie gesagt haben, das ist absurd.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Was? – Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie bauen hier ständig Pappkameraden auf, Herr Scherf!)

(A) Jetzt sind wir dabei, diese klaren Kompetenzregelungen zu konkretisieren, und sind schon ein großes Stück weiter und kämpfen jetzt darum, die Befugnis auch durchzusetzen, natürlich gegen die Zentralisten, gegen wen denn sonst? Kompetenzabgrenzung macht nur Sinn, wenn man dem Zentralisten sagt, du kannst nicht machen, was du willst, so konkret wie möglich, und nicht, wie Herr Kuhn eben gesagt hat, so wenig konkret wie möglich. So konkret wie möglich brauchen wir das, um dann anschließend die von uns geforderten Klagebefugnisse durchsetzen zu können.

Wir wollen ja dann vor den Europäischen Gerichtshof über unsere Klagebefugnis, die wir übrigens noch nicht haben und wahrscheinlich nur über den Bundesrat bekommen – aber wir bekommen sie –, und dann werden wir sie über den Bundesrat einfordern und einklagen, das ist ja auch möglich. Das ist auch inzwischen beim Bundesverfassungsgericht langjährige Praxis. Warum soll das nicht genauso in Europa geschehen?

Dann brauchen wir aber natürlich, um Chancen zu haben bei zukünftigen Kompetenzstreitigkeiten, eine klare Struktur, eine klare, präzise, für Rechtsprechung überhaupt zugängliche Klärung, keine allgemeine Ermächtigung. Alles, was wichtig ist, geht in die Zentrale. So reden Sie, lieber Herr Kuhn! Sie reden da gegen unsere Interessen, Sie reden da gegen die föderalen Interessen der Bundesrepublik, Sie reden da gegen die Interessen dieses Landes.

(B)

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist unglaublich!)

Sie merken das noch nicht einmal!

(Beifall bei der SPD)

Das erschüttert mich fast, dass Sie noch nicht einmal merken, dass Sie in Ihren öffentlichen Reden die Interessenlage dieses Landes verkennen. Ich denke, wir werden in den nächsten Tagen versuchen, diese unter uns geklärte Position durchzusetzen. Es bleiben nur noch Tage, es ist nicht mehr viel Zeit. Wir werden im Juni das Ergebnis des Konvents vorgelegt bekommen und müssen dann versuchen, mit der Bundesregierung den gemeinsamen Europäischen Rat vorzubereiten. Natürlich muss das möglichst konsensuell sein. Wir versuchen, unter Konventsmitgliedern und anderen Mitgliedstaaten zu werben, dass dies eine Position ist, die Europa stärkt und nicht Europa schwächt.

Jetzt noch ein Letztes! Es gibt eine wunderbare Rede, auf die ich immer gern zurückkomme, die Joschka Fischer einmal in der Humboldt-Universität gehalten hat und die sein großer Föderalismus-

beitrag war. Lieber Dr. Hermann Kuhn, meine letzte Bitte an Sie: Lesen Sie diese Rede einmal durch!

(C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU – Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist wirklich nicht zu fassen!)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich dachte, Abschied wäre heute Abend, ich werde es jedenfalls so halten. Heute ist noch Bürgerschaft, heute ist Debatte, und dass es hier schon Erstaunen hervorruft, wenn einmal jemand eine politische Kritik am Bürgermeister, am Präsidenten des Senats übt,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

daran kann man sehen, wie weit man da gekommen ist! Wissen Sie, das ist das, was wirklich, das sage ich jetzt einmal ganz persönlich, so unangenehm ist, was Sie glauben, hier über meine innere Verfassung sagen zu können! Reden Sie über meine Politik, das ist alles in Ordnung, darüber will ich mich gern mit Ihnen auseinander setzen, aber lassen Sie das, hier Zensuren zu verteilen über Personen, das steht Ihnen in diesem Hause nicht zu!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Ich finde das ja interessant, ich will gleich anfangen mit dem ersten Teil vom Beitrag des Kollegen Isola, der noch einmal das Wort von der Übermacht, von der übergroßen Bürokratie verteidigt hat. Die wenigsten wissen wahrscheinlich, dass die Bürokratie in Brüssel erheblich kleiner ist als die Verwaltung der Stadt Köln. Vielleicht wissen einige von Ihnen wenigstens, dass die Staaten immer noch die Herren der Verträge sind. Es passiert nichts in Europa, ohne dass die Regierungschefs dem zustimmen. Wer redet denn immer von der Übermacht von Brüssel? Es sind die Regierungschefs, die Vereinbarungen treffen, die Gesetze verabschieden, nicht die da oben irgendwo! So sind die Tatsachen! Brüssel, das so genannte, kann nicht einmal Steuern erheben! Dann stellt sich ein Regierungschef hin und sagt, wir sind kurz vor einem Zentralstaat, und bringt das noch in direkte Verbindung mit einem Zentralstaat der Nazis und der Kommunisten, und das verteidigen Sie noch, Herr Kollege Isola! Also, da verstehe ich die Welt wirklich nicht mehr!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann machen Sie im zweiten Teil Ihres Beitrags Folgendes: Sie reden dagegen, da gäbe es viel zu viel Kompetenz, viel zu viel Bürokratie. Wenn Sie kon-

(A) kret werden in Bereichen, von denen Sie etwas verstehen, nämlich in den Fragen von innerer Sicherheit und von Justiz, dann sagen Sie, natürlich brauchen wir einen europäischen Staatsanwalt, natürlich brauchen wir eine Harmonisierung der Rechtssysteme, natürlich brauchen wir eine gemeinsame Grenzpolizei. Nein, nein, natürlich nicht mehr nach Europa, nicht mehr nach Brüssel, keine großen Kompetenzen mehr dahin, wir müssen ja hier alles vor Ort haben, damit der Bürger etwas davon hat! Wenn es aber etwas Konkretes gibt, dem Sie nicht ausweichen können, den Realitäten Europas, da sind Sie ja, Gott sei Dank, alle, und das geht den Fachministern auch so, so einsichtig und vernünftig und sagen, natürlich müssen wir gemeinsame europäische Regelungen schaffen. Das ist bei der äußeren Sicherheit so, das ist bei der Lebensmittelsicherheit so, das ist beim Naturschutz so, das ist bei der inneren Sicherheit so, bei der Justiz, überall, wo Sie hinschauen. Es ist so, dass die Bürger dort, wo sie ihre Interessen gewahrt sehen wollen, selbst sehen, dass es ohne europäische Regelung nicht geht.

Etwas anderes ist doch, ob der Vollzug, wo wir unsere Kompetenzen, unsere wirklich originären Aufgaben haben, hier vor Ort, wirklich bürgernah gemacht wird. Da sind wir allerdings an Ihrer Seite. Aber mit den Schlagworten Kompetenz und Bürgernähe dagegen zu argumentieren, dass wir Dinge, die europäisch geregelt werden müssen, europäisch regeln, das habe ich nicht verstanden. Man kann nicht auf der einen Seite sagen, Europa muss mit einer Stimme sprechen, aber auf der anderen Seite sagen, bloß keine Kompetenz mehr nach Europa! Das passt einfach nicht zusammen, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Kollege Neumeyer, das habe ich ein bisschen bedauert in Ihrer Rede, vor allem in den Passagen, die wirklich ohne Sachkenntnis waren. In Brüssel im Konvent treten die Bundesregierung und der Bundesrat, der Außenminister Fischer beziehungsweise sein Stellvertreter Herr Bury und der Ministerpräsident Teufel vollkommen gemeinsam auf. Es gibt keine Beschwerden darüber, dass die eine oder die andere Seite eigenmächtig agiert. Das ist völliger Unsinn!

(Zuruf des Abg. Neumeyer [CDU])

Lesen Sie einmal die Protokolle unseres Ausschusses! Ich habe nicht gelesen, dass Sie da widersprochen haben. Die Berichte über den Konvent waren von vorn bis hinten voll des Lobes über die ausgezeichnete, einvernehmliche Zusammenarbeit beider Seiten im Konvent. Ich nehme das auch so wahr.

Ich habe zwei, drei Punkte ausdrücklich in meinem Debattenbeitrag gehabt, an denen ich selbst gesagt habe, ich habe den Eindruck, dass die Politik der Bundesregierung da nicht sehr klug ist. Das war

in der Frage dieses „Pralinengipfels“, das war auch in der Frage, jetzt Personaldiskussionen in Gang zu bringen. Mit meiner persönlichen Meinung muss ich ja nicht hinter dem Berg halten, dass ich über die Art und Weise, wie die Bundesregierung selbst oder einzelne Personen die Uneinigkeit in Europa fördern, eine andere Auffassung habe als der Bundesaußenminister. Das ist doch kein Geheimnis! Das hat aber doch nichts damit zu tun, dass Sie mir hier unterstellen wollen, ich würde in europapolitischen Fragen die Position der Bundesregierung hier hineinragen.

Was Sie über die Strukturpolitik erzählt haben, das war frech! Das war nun wirklich frech, denn das Nettofondsmodell, der Ausstieg aus einer solidarischen Strukturpolitik, ist hier im CDU-geführten Wirtschaftsressort die letzten zwei Jahre gehegt und gepflegt worden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In der ersten Diskussion hier waren Sie nicht in der Lage zuzustimmen, weil das Wirtschaftsressort noch gesagt hat, nein, das halten wir uns noch offen. Dieses Nettofondsprinzip ist keine Erfindung der Bundesregierung.

(Abg. Neumeyer [CDU]: Was? Das ist doch die Position des Kanzlers! Sie haben doch gar keine Ahnung, es tut mir Leid!)

Nein, Herr Neumeyer, bleiben Sie einmal ruhig! Das ist keine Position der Bundesregierung, die sie in die Diskussion gebracht hat, sondern ein Fraktionsbeschluss der CDU und der CDU-Fraktionschefs, die gesagt haben, wir wollen den Ausstieg aus dem Strukturfonds. Inzwischen haben sie sich ja, Gott sei Dank, auf Länderebene davon verabschiedet. Bis vor drei, vier Wochen war da keine Einigung herbeizuführen, und heute, das hat mich nun besonders geärgert, liegt uns ein Antrag des Ausschusses vor, der zu vier Fünfteln die Position unseres Antrags vom September letzten Jahres übernimmt. Da wollen Sie uns erzählen, wir hätten hier irgendwie die Position der Bundesregierung vertreten, das Nettofondsprinzip? Das ist schon eine ziemliche Frechheit! Wir haben Ihnen hier im September eine Formulierung vorgelegt.

(Zuruf des Abg. Neumeyer [CDU])

Ich habe Ihnen doch erklärt, wie das gewesen ist! Ich habe mich bloß mächtig über Sie geärgert, dass Sie uns verschweigen wollen, wer diese Debatte angezettelt hat, wer sie vor allen Dingen in Bremen angezettelt hat und wer verhindert hat, dass die Bürgerschaft sich hier einvernehmlich geäußert hat. Das war das CDU-geführte Wirtschaftsressort. Das ist einfach eine Tatsache, die können Sie nicht wegdiskutieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Das wollte ich einfach nicht stehen lassen. Wenn Sie wirklich meinen, so unter Ihrem Niveau zu bleiben, hier irgendwelche Debatten über meine politische Zukunft zu führen! Wenn Sie sich die Arbeit der letzten vier Jahre ansehen, das lasse ich mir von solchen dümmlichen Bemerkungen hier nun wirklich nicht kaputtmachen!

Ich finde das nicht in Ordnung, dass wir eine europapolitische Grundsatzentscheidung, nämlich was wir an europäischer Gemeinsamkeit brauchen, und zwar nicht aus irgendwelchen Träumen allgemein, sondern aus handfesten Interessen der Bürgerinnen und Bürger, die wissen wollen, dass sie in Belgien oder Italien genauso sicher sind, sauberes, gutes Wasser zu trinken wie hier, die sicher sein können, dass Seuchen in ganz Europa bekämpft werden, die einheitliche Naturschutzstandards brauchen, die in der inneren und äußeren Sicherheit wollen, dass Europa mit einer Stimme spricht, klein reden durch so genannte Interessen des Landes. Es geht um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, vielleicht verstehen Sie das, die aufgehoben sein müssen, und nicht um die Interessen eines Gebildes wie eines Landes und schon gar nicht um die Interessen eines Ministerpräsidenten, der natürlich seine Kompetenzen behalten will, das kann ich ja verstehen!

(B) In der Tat würde ich diesem Parlament sehr empfehlen, seine Kompetenz zur Formulierung und auch Kontrolle europapolitischer Positionen mehr wahrzunehmen als bisher. Das ist ja auch ein Prozess, da muss man vielleicht auch verfassungsmäßig nachlegen und sagen, der Senat wird gezwungen, solche Positionen auch fest zu berücksichtigen. Das wollen ja auch Sie, das finde ich gut. Ich habe im Licht dieser Überlegungen bis vorhin nicht verstanden, warum Sie entweder unseren Antrag nicht unterstützen oder selbst nicht versucht haben, einen eigenen zu machen. Das, was Herr Isola und Herr Scherf hier vorgebracht haben, steht doch alles in unserem Antrag!

Ich kann jede Wette eingehen, dass Herr Scherf keinen Blick in diesen Antrag geworfen hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was er uns hier zu klareren Kompetenzabgrenzungen erklärt hat, all diese Dinge sind doch darin formuliert, die stehen da! Um Gottes willen, warum stimmen Sie diesem Antrag dann nicht zu? Es ist genau das, was er von uns gefordert hat. Das ist meine Enttäuschung, die ich in der Tat auch an diesem letzten Tag nicht verhehlen will, denn, wie gesagt, Verabschiedung ist heute Abend, und zwar durch den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Neumeyer.

Abg. **Neumeyer (CDU)*:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Dr. Kuhn, Sie machen es einem wirklich nicht leicht, Sie in angenehmer Erinnerung zu behalten.

(C)

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Warum auch?)

Sie haben es leider auch mit diesem zweiten Beitrag nicht geschafft, dieser Debatte die Sachlichkeit einzuhauchen, die wir eigentlich gemeinsam hätten erzielen können. Gerade angesichts der Tatsache, dass wir in dem Ausschuss, wie Sie es zu Recht zitieren, weit überwiegend, zu, ich sage einmal, 90 Prozent, die gemeinsame Position haben, die wir alle zusammen diskutieren, wenn wir dann aus dem Ausschuss herauskommen hier ins Parlament und dem erstaunten Plenum eine völlig zerrissene, zerstrittene europapolitische Debatte liefern, ist das keine glaubwürdige Umsetzung von Politik. Das ist im Grunde genommen der Versuch, Schnäppchen zu schlagen, der Versuch, vermeintliche Wahlkampfpositionen einzunehmen, aber das ist nicht der Versuch, die Chance zu realisieren, dass wir hier kurz vor der nächsten Regierungskonferenz eine große europapolitische Debatte haben.

Das haben Sie mit Ihrem Eingangsstatement schon kaputtgemacht, als Sie eigentlich nichts anderes getan haben, als eine persönliche Verunglimpfung vorzunehmen.

(D)

(Zuruf des Abg. **D r . K u h n** [Bündnis 90/Die Grünen])

Von dümmlich reden Sie und keine Ahnung! Wissen Sie was, das ist alles so dumm in Wirklichkeit und schlägt auf Sie selbst zurück!

(Beifall bei der CDU)

Ich will gern noch wieder den Versuch machen, von mir aus ein paar sachliche Richtigstellungen und Bemerkungen zu machen! Einmal zur Frage der europapolitischen Kompetenz der Landesregierung! Es ist richtig, dass die Landesregierung sich zu Recht im Einklang mit den Ministerpräsidenten aller Landesregierungen befindet. Es ist klug, Bündnisse zu schaffen, gerade wenn man ein kleines Land ist, gerade wenn man ein Land ist, das auch von der Strukturförderung der Europäischen Union abhängig ist, sich Bündnispartner zu suchen.

Es ist insbesondere vor dem Hintergrund klug, dass eben die Bundesregierung nicht unsere Position vertritt. Das können Sie doch auch nicht wegdiskutieren, das ist doch die Realität! Die Bundesregierung, der Bundeskanzler ist für das Nettofondsmmodell. Das Nettofondsmmodell heißt nichts anderes, als

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) dass die Bundesrepublik Deutschland weniger Geld an die Europäische Union zahlt und erzählt, dass das Geld, das sie einspart, dafür auch nicht mehr an die Länder gezahlt werden muss.

Es geht der Bundesregierung in Wirklichkeit um eine versteckte Neusortierung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Das muss man doch mitbekommen, und das darf man doch sagen. Wir vertreten doch hier Länderinteressen und nicht die Interessen der Bundesrepublik Deutschland, nicht die Interessen der Bundesregierung. Wir vertreten die Interessen des Landes, für das wir hier gewählt sind. Wir sind überzeugte Europäer, aber wir haben ein Mandat, bremische Interessen durchzusetzen. Es muss möglich sein mitzuteilen, und das müssen Sie auch zur Kenntnis nehmen, dass die Bundesregierung hier klar gegen bremische Interessen ist.

(Beifall bei der CDU)

Das geht weiter! Ich will einmal einen Satz zur Kritik von Herrn Eckhoff sagen! Das bezieht sich natürlich auch auf die Darstellung unserer europapolitischen Situation und die zuständige Staatsrätin, die Sie angesprochen haben, ich will das nicht vertiefen, was Sie gesagt haben. Da gibt es deutlich Nachbesserungsbedarf. Die Kollegin war in den seltensten Fällen im zuständigen Europaausschuss, obwohl das originäre Zuständigkeit ist. Einen wirklichen Austausch, wie Sie ihn auch zu Recht einfordern, konnten wir dort nicht vollziehen, was nicht heißt, das sage ich ausdrücklich, dass die Verwaltung sich hier auch nur ansatzweise nicht kompetent einbringt, im Gegenteil! Die Behörde, die dahinter steht, macht eine wunderbare Arbeit, mit wenig personellem Einsatz, mit wenig finanziellen Ressourcen wird unglaublich viel für Bremen erreicht. Das will ich an dieser Stelle auch ausdrücklich sagen.

(B) Ich will aber noch einmal zum Nettofondsmodell zurückkommen. Nachdem nun auch der Letzte begriffen hat,

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Letzte war Herr Hattig!)

dass dieses Modell keine Mehrheit in Europa findet, ist die Bundesregierung auf den nächsten Zug gesprungen. Der nächste Zug heißt Konzentrationsmodell, wieder brutal gegen bremische Interessen.

Was heißt Konzentrationsmodell? Das heißt in Wirklichkeit Konzentration auf Ziel-eins-Förderung. Ziel-eins-Förderung haben zurzeit die ostdeutschen Länder. Wenn das mit der 75-Prozent-Grenze bleibt, werden sie in Zukunft auch keine Ziel-eins-Förderung mehr bekommen. Unterstellen wir einmal, es bliebe so, das heißt, dass die Bundesregierung dafür eintritt, die Ziel-zwei-Förderung zu streichen, das sind die Förderungen für den strukturellen Wandel, den wir in Bremerhaven dringend brauchen, um der

Werftenkrise zu begegnen, die wir in Gröpelingen dringend brauchen, um da den Strukturwandel voranzubringen, diese Ziel-drei-Förderung will die Bundesregierung streichen. Das ist immer noch die aktuelle Debatte in Berlin. Es ist nicht die Position der CDU/CSU, das ist aber die Position von Rotgrün. Das müssen wir doch einmal zur Kenntnis nehmen!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Ich darf Ihnen sagen, wir haben starke Bündnispartner. Die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion tritt für eine angemessene Fortführung der Ziel-zwei-Förderung ein, also der Förderung, von der wir als Bremer maßgeblich profitieren, und zwar in der gleichen Relation, wie Ziel-zwei- und Ziel-drei-Förderungen gegenüber Ziel-eins-Förderung heute bestehen. Das heißt, das sind bremische Interessen, das sind die Interessen, für die wir uns einsetzen, denn das ist das, was wir benötigen, um den strukturellen Wandel auch in Zukunft erfolgreich fortführen zu können.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich noch einmal etwas zum Antrag sagen, weil Sie auch mehrmals gefragt haben, warum stimmen Sie dem nicht zu! Ich will das ganz freundlich sagen, es ist kein Ausdruck besonderer Klugheit, wenn man in einem Antrag, der über vier Seiten geht, auf drei Seiten auf alte Beschlüsse verweist und sich immer wieder gern selbst zitiert. Das ist möglicherweise eine Geschmackssache. Sie haben sich heute auch immer wieder gern zitiert. Das soll jeder auch so machen, vielleicht hofft man, dass man dann in Erinnerung bleibt.

(D)

Unsere Art ist das nicht. Wenn es nichts Neues zu verkünden gibt, dann muss es auch nicht noch einmal beschlossen werden. Was wir gemeinsam beschlossen haben, haben wir gemeinsam erarbeitet, dazu stehen wir, aber es wird nicht besser, wenn wir es heute noch einmal wieder beschließen. Wir haben es in diesem Parlament beschlossen, und ich finde, wenn wir nichts Neues dazupacken – das einzige Neue, was Sie dazu gepackt haben, ist die Forderung, dass wir den Atomausstieg nun europaweit voranbringen wollen –, nehmen Sie es mir nicht übel, aber das ist ein Recycling-Antrag, den Sie hier vorgelegt haben! Wir haben es schon ein paar Mal beschlossen, und wir brauchen ihn nicht erneut zu beschließen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer

(A) 15/1404 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Abg. H e n k e l [fraktionslos] und Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Reformprozess des bremischen Finanzmanagements Sachstandsbericht – Dezember 2002

Mitteilung des Senats vom 18. März 2003
(Drucksache 15/1416)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schrörs.

(B) Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! 1995 haben wir die dezentrale Haushaltssteuerung eingeführt und haben seitdem jährliche Berichte über den Stand der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen des Reformprozesses erhalten. Nun liegt der Bericht aus dem Jahr 2002 vor. Es ist jetzt eine gute Gelegenheit, nachdem wir acht Jahre lang die dezentrale Haushaltssteuerung praktizieren, einen kleinen Moment zu verweilen und zu schauen, was wir dort eigentlich erfolgreich gemacht haben.

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt den Vorsitz.)

Ich habe mir im Vorfeld der Debatte überlegt, wie man diese Debatte kontrovers anlegen könnte, entweder mit den Sozialdemokraten oder mit den Grünen, habe aber festgestellt, das funktioniert bei diesem Thema nicht, weil wir – und das sieht man auch an diesen Berichten – gemeinsam dieses Projekt vorangetrieben haben.

Es ist auch sicher kein Thema – auch dieses kleine Büchlein, das Sie alle bekommen haben –, das sich als Urlaubslektüre eignet. Es ist sicherlich auch kein Thema, das die allgemeine Aufmerksamkeit erregt, sondern mehr etwas für Spezialisten wie Frau Wiedemeyer, Herrn Mützelburg oder wie mich, die sich mit diesen Fragen beschäftigen und die sehr daran interessiert sind, dieses, wie wir zumindest fin-

den, aber ich hoffe auch, der Rest des Parlaments, wichtige Thema voranzubringen. (C)

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]: Jeder kennt einen, der weiß, was darin steht!)

Ich möchte deswegen den Beitrag mit einem Lob für eine Person beginnen, die wesentlich dazu beigetragen hat, dass dieser Teil der dezentralen Haushaltssteuerung entwickelt und umgesetzt wurde: Ich möchte ganz besonders Günter Dannemann hervorheben.

(Beifall – Abg. K l e e n [SPD]: Pensionsverbot!)

Ich denke, dass der Staatsrat im Finanzressort der wesentliche Motor dieses Projektes gewesen ist. Er hat auch uns als Parlamentarier immer wieder darauf hingewiesen, dass wir, wenn wir uns einmal zu der dezentralen Haushaltssteuerung entschlossen haben, sie auch konsequent weiterführen müssen. Ich denke, dass wir alle eine Menge Anregungen bekommen haben. Ich möchte dabei aber natürlich auch nicht vergessen, die restlichen Mitarbeiter des Finanzressorts, die in wesentlichem Maße dazu beigetragen haben, dies voranzubringen, auch zu erwähnen und mich zu bedanken.

(Beifall)

(D)

Ich kann meinen Beitrag relativ kurz halten, aber ich möchte den ersten Teil der Vorlage, nämlich den Beitrag von Herrn Dannemann, doch noch einmal zum Anlass nehmen, um zumindest ein paar Kollegen, die sich daran erinnern können, weil sie etwas länger im Parlament sind, und diejenigen, die noch nicht so lange im Parlament sind, daran zu erinnern, wie früher im Haushaltsausschuss die entsprechenden Vorgaben waren und wie man dort gearbeitet hat.

Ich zitiere jetzt aus diesem Beitrag von Herrn Dannemann einige wenige Sätze, aus denen deutlich wird, wie es damals in Bremen und im Finanzressort insgesamt zugeht: „Es gab 30 Mitarbeiter, fünf Prozent der Zeit wurden für die mittelfristige Finanzplanung verwandt,“ – fünf Prozent der Arbeitszeit! – „25 Prozent für die Haushaltsaufstellung und 70 Prozent für den Haushaltsvollzug.“ Das heißt, mit den sieben Prozent der Gesamtausgaben beschäftigte man sich wochen- und monatelang, der Ausschuss tagte vierzehntägig, die Nachbewilligungen nahmen kein Ende. Das war die eigentliche Tätigkeit des Haushaltsausschusses. Die Kontrolle interessierte niemanden. Wenn es am Ende des Jahres nicht stimmte, dann stellte man das fest, und dann wurden zusätzliche Schulden aufgenommen.

Die Personalverwaltung war so gestaltet, dass Stellen unterjährig geschaffen wurden. Wenn man dann am Schluss des Haushaltsjahres feststellte, irgend-

(A) wie klappte das mit der Finanzierung nicht, dann wurde die Finanzierung sichergestellt. Ansonsten fand keine Kontrolle statt, und gesteuert wurde auch nicht. Dieser Vorwurf gilt allen Parlamentariern. Das gilt nicht nur für Sozialdemokraten oder die, die in der Ampel regiert haben, sondern es gilt – ganz bewusst sage ich das – für alle Parlamentarier.

Das ist heute anders. Heute gehen wir von einem mittelfristigen Finanzplan aus. Heute haben wir Instrumente der Steuerung, wobei ich allerdings, und das sage ich auch noch einmal ganz bewusst zu den Kollegen, die nicht Mitglied des Haushaltsausschusses sind, und alle Haushälter sich doch wünschen würden, dass die Kollegen in den anderen Fachbereichen sich häufiger einmal – ich sehe auch ein Nicken bei meinen Kollegen – dieser Instrumente auch bedienen würden, weil es für die Haushälter hilfreich wäre.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde auch den Beitrag, der vom Ressort verfasst worden ist, also von Herrn Schanz, deswegen beachtlich, weil dieser Beitrag eben nicht nur auf Positives hinweist, sondern genauso darauf hinweist, was besser hätte laufen können. Also hier durchaus ein kritischer Ansatz, an dem man auch sehen kann, was wir eigentlich zukünftig machen müssen und wohin wir kommen müssen! Trotzdem empfehle ich jedem noch einmal, diesen Teil zu lesen, nämlich das, was tatsächlich erreicht worden ist. Ich denke, das ist, wenn man es mit anderen Bundesländern vergleicht, schon beachtlich.

(B) Auf den Beitrag aus der Sicht der Parlamentarier geht Frau Wiedemeyer ein. Ich komme dann auch schon nahezu zum Ende, indem ich kurz auf den Rechnungshof eingehe. In diesem Zusammenhang spielt der Rechnungshof eine große Rolle. An dieser Stelle ist wichtig festzuhalten, dass der Rechnungshof nachhaltig den Umsteuerungsprozess begrüßt. Er befürwortet das neue Steuerungsinstrument. Ich glaube, über die vielen Jahre ist der Rechnungshof auch diesen Weg mitgegangen. Es gibt eine neue Welt, diese neue Welt trifft auch im Rechnungshof, wie es früher in den anderen Ressorts war, auf eine alte Welt. Ich denke, der Rechnungshof muss sich mit dieser neuen Welt auseinander setzen, und das tut er auch.

Nach acht Jahren Reformprozess, bei dem wirklich das Bundesland Bremen mit an der ersten Stelle in der Republik steht, wollte ich dies hier noch einmal würdigen und denjenigen dafür danken, die dafür gesorgt haben, dass wir so weit sind, wie wir heute sind. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Reformbericht Finanzen 2003 ist der Titel einer doch recht umfangreichen Drucksache. Ich hoffe, dass möglichst viele von Ihnen auch die Gelegenheit hatten, ihn zu studieren. Ich muss sagen, es lohnt sich. Allein die Zusammenstellung der Berichte zeigt, wie wichtig dieser Prozess von allen Beteiligten und von allen Autoren angesehen wird. Herr Dr. Schrörs hat eben einige Ausführungen zu den Veränderungen gemacht.

Was mir ganz wichtig ist und was ich als sehr positiv empfunden habe, auch in den letzten acht Jahren im Haushaltsausschuss, vorher in der Finanzdeputation, ist, wie selbstbewusst alle Parlamentarier, und zwar aller Fraktionen, auch die der Opposition, sich diesem Prozess gestellt haben und wie wir gemeinsam, finde ich, auch gute Arbeit geleistet haben. Dass wir gemeinsam als Parlamentarier in diesem Werk mit einem Aufsatz vertreten sind, denke ich, zeigt, dass es über Parteigrenzen im Interesse aller hier im Land Bremen und vor allen Dingen auch im Interesse der Sanierung des Landes Bremen möglich ist.

Ich möchte jetzt eigentlich gern auf die inhaltlichen Aspekte zurückkommen, auch auf die Fragen: Wo finden wir uns als Parlamentarier eigentlich wieder? Was hat sich für uns verändert?

Das Finanzmanagement ist integraler Bestandteil der finanziellen Sanierung unseres Bundeslandes, und ich denke, das sollte wichtiges Ziel aller Politiker in diesem Haus sein. Es geht darum, Bremen und Bremerhaven zukunftsfähig zu machen. Das bezieht sich nicht nur auf Arbeitsplätze, auf attraktive Wohngebiete, auf Freizeit- und Kultureinrichtungen, sondern und vor allem auch auf eine moderne, leistungsfähige und bürgerfreundliche Verwaltung, und der Prozess der Verwaltungsreform ist auch direkt gekoppelt an den der Reform des Finanzmanagements.

Bis Ende der achtziger Jahre – es wurde eben schon beschrieben – hatten wir eine reine Inputsteuerung. Einziges Kontrollinstrument war bei den Haushaltsberatungen ein Soll-Ist-Vergleich. Ich kann mich noch ganz gut an meine ersten Haushaltsberatungen erinnern: Wir sind waschkorbeweise mit Ordnern anmarschiert, und irgendwann hatte ich das Gefühl, dass ich die Einzige war, die tatsächlich versucht hat, die einzelnen Zahlen, die dort auf jeder einzelnen Seite standen, auch noch miteinander zu vergleichen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Der Sinn hat sich dort wirklich nicht oft ergeben. Es konnte vorkommen, dass dort mit einem Mal irgendwo eine Null im Anschlag stand, weil das in der Summe sonst nicht mehr hingekommen wäre.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Es hatte aber überhaupt nichts damit zu tun, dass bestimmte politische Aufgaben zu finanzieren waren. Es war schlichtweg einfach nur ein Zahlenwerk.

Der klassische kamerale Haushalt erlaubte weder eine fachliche noch eine politische Bewertung und schon gar nicht eine Beurteilung der Wirtschaftlichkeit des Mitteleinsatzes. Die Diskussion über neue Steuerungsmodelle wurde bundesweit geführt, 1997 wurde das Haushaltsrechtsfortentwicklungsgesetz erlassen, und 1996/1997 waren wir in Bremen so weit, dass wir flächendeckend die Flexibilisierung eingeführt und auch stetig weiterentwickelt haben. In unserem Gesetz zur Sicherstellung der Sanierung des Landes Bremen haben wir 1999 der Reform des Finanzmanagements eine wichtige Rolle eingeräumt und gesagt, das ist ein ganz wichtiges Instrument auf dem Weg der Sanierung.

Mit der Einführung der Produktgruppenhaushalte, das war im Jahr 2000, Haushalt 2000/2001, hatten wir ein richtig wichtiges parlamentarisches Steuerungsinstrument in der Hand. Es war der Weg hin zur outputorientierten Steuerung, und wir konnten erstmalig als Parlamentarier auch ganz klar den Zusammenhang zwischen Ressourcen und Leistungen erkennen. Dieser Prozess dauert an. Das ist auch nichts, was man mit einem Federstrich machen kann, sondern es ist etwas, was sich die Kolleginnen und Kollegen in den Deputationen auch ein Stückchen weit erobern müssen. Es macht Spaß festzustellen, wie mit jedem Haushalt und mit jeder Produktgruppe auch Veränderungen stattfinden und wir immer mehr dazu kommen, dass wir wirklich Leistungen festschreiben, dass wir Leistungsziele vereinbaren, dass wir Kontrakte haben.

(B)

Mit der Flexibilisierung ging natürlich bei den Haushaltern, aber auch bei den anderen Parlamentariern erst einmal die Sorge einher, dass das Budgetrecht ausgehöhlt werden könnte und dass man etwas weggibt, weil man nicht mehr über jede einzelne Zahl und damit über jede einzelne Mark – D-Mark war es damals noch – zu entscheiden hatte. Es gab fortan ein periodisches Berichtssystem, und auch das ist ein dynamischer Prozess, der heute immer noch weiterentwickelt wird. Wir erhalten eigentlich bei jeder Diskussion im Haushaltsausschuss immer wieder Anregungen, geben Anregungen und äußern Wünsche, wie wir uns zukünftig Veränderungen vorstellen.

Es sind Anreizmechanismen eingeführt worden. Viele erinnern sich vielleicht noch: Die ersten großen Anreizmechanismen haben wir im Schulbereich geschaffen, als es darum ging, ein Bewusstsein für Ressourcen wie Müllgebühren – ein immenser Posten –, Strom und Heizung herbeizuführen. Die Verbrauchskosten waren eigentlich überhaupt nicht im Blickfeld der Schulen. Wir haben ein Anreizsystem eingeführt, nach dem diejenigen, die eingespart haben, ich glaube, 50 Prozent der Einsparung waren es dann, diese 50 Prozent tatsächlich behalten durf-

ten. Das war ein ganz großer Erfolg. Das war auch der Grundstein für ein Umdenken, glaube ich, in ganz vielen Verwaltungen, weil da vorgemacht wurde, dass jeder Einzelne etwas davon haben kann, wenn er sparsam mit unseren knappen Ressourcen und Finanzen umgeht.

(C)

Wir haben ein umfassendes Beobachtungssystem. Ich möchte hier lobend das Ressort Soziales erwähnen. Das Ressort hat es schon frühzeitig – das war noch zu Zeiten der Finanzdeputation – geschafft, insbesondere auch unter unserem Staatsrat Arnold Knigge, das Beobachtungssystem so zu verfeinern, dass es wirklich handelbar war. Wir haben damals in der Finanzdeputation genau diesen ersten umfangreichen Bericht mit den vielen Diagrammen an die anderen Ressorts weitergegeben und gesagt, seht euch das einmal an, das ist etwas, was früher gar nicht vorstellbar gewesen wäre, handelt es sich in diesem Bereich doch vielfach um gesetzlich verpflichtete Ausgaben. Trotzdem ist es gelungen, und wir sind heute so weit, dass wir auch im Bereich Soziales Haushaltskontrakte haben. In Zeiten kameraler Haushaltsführung war das schlicht unmöglich. Das hätte man nie zu glauben gewagt.

Es ist, das muss man ja leider als Erfolg verkaufen, im Rahmen der Verwaltungsreform auch etwas im Personalbereich passiert. Wir haben den Personalbereich in Bremen um 15,5 Prozentpunkte gesenkt. Das ist im Bereich der Verwaltungsmodernisierung als Erfolg zu werten, auch wenn man im Einzelfall leider feststellen muss, dass damit die Arbeitsplätze weggefallen sind. Wir haben mittlerweile, glaube ich, aber gute Ansätze für ein gut durchdachtes Personalmanagement.

(D)

Nun ist aber noch nicht alles getan, und ich möchte an dieser Stelle auch einen Ausblick wagen. Wir werden immer mehr dazu kommen, dass das Finanzmanagement ein strategisches Steuerungsinstrument im Konzern Bremen sein muss. Mit all unseren Anstrengungen, auch mit den vielen Privatisierungen, die wir nicht ideologisch begründet vornehmen, und immer im Hinblick auf die Aufgabenkritik, welche öffentlichen Aufgaben müssen wir eigentlich selbst erbringen, wie können sie erbracht werden und wie können sie vor allen Dingen auch zum Nutzen der Bürger erbracht werden, werden wir das Finanzmanagement immer mehr auch als Steuerungsinstrument in einem Konzern Bremen zu begreifen haben.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist, dass wir uns, gerade als Parlamentarier, natürlich bei diesen vielen Ausgliederungen auch Gedanken darüber machen, wie man sie kontrollieren kann. Es hat immer den Anschein, es geht zu viel nach außen weg, das entzieht sich unserem Zugriff.

Es war gerade die SPD-Fraktion, die frühzeitig angefangen hat, sich über die Kontrolle der Ausgliederungen Gedanken zu machen. Im Jahr 2000 gab

(A) es die ersten Pressemitteilungen unseres Fraktionsvorsitzenden, und es lag ein Gutachten zur Frage der Beteiligung von Parlamentariern im Privatisierungsprozess vor. Im Jahr 2002 waren wir so weit, dass wir, und zwar über alle Fraktionen hinweg, einen gemeinsamen Antrag gestellt haben, der die Optimierung des Beteiligungscontrollings zum Ziel hatte.

Wir sind im Augenblick mitten im Prozess. Wir haben vom Finanzressort, und zwar in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsprüfern erarbeitet, aber immer auch im Diskussionsprozess mit Parlamentariern, einen ersten Entwurf eines Beteiligungshandbuchs vorgelegt bekommen. Ich möchte mich dafür an dieser Stelle noch einmal recht herzlich bedanken! Ich bin ganz zuversichtlich, dass wir, egal in welcher Konstellation auch immer, in der nächsten Legislaturperiode diesen Prozess weiterführen werden und auch, was die Frage der Beteiligung und des Controllings betrifft, auf einem guten Weg sind.

Die nächsten vier Jahre werden finanzpolitisch garantiert nicht einfach. Wer heute die Zeitungsmeldungen liest, fürchtet sich vor den nächsten Tagen, wenn auf die Steuerschätzung für die Bundesrepublik Deutschland erfahrungsgemäß die Regionalisierung folgt. Ich glaube, das wird alles kein Honigschlecken, und deshalb ist es umso wichtiger, dass wir vorgesorgt und ein Instrumentarium aufgebaut haben, das uns als Parlamentarier dann auch erlaubt, wirkungsvoll unsere knappen Ressourcen zielgerichtet einzusetzen.

(B) Ich denke, dass wir auf einem guten Weg sind, dass wir mit diesem neuen Finanzmanagement die richtigen Instrumente haben, um nicht nur unsere Ausgaben zu steuern, sondern auch zu kontrollieren, wie effektiv und wie effizient der Mitteleinsatz ist, und dass wir damit gemeinsam einen wichtigen Schritt auf dem Weg der Haushaltssanierung gegangen sind.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, wir haben zwar keine Wortmeldungen mehr – –.

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch!)

Dann rufe ich auf als nächsten Redner den Abgeordneten Mützelburg auf.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben ja in diesem Haus gelernt, dass es nicht naturgemäß ist, wenn Regierung und Koalition übereinstimmend argumentieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Vom Redner nicht überprüft.

In dieser Frage handelt es sich um einen Prozess der Verwaltungsreform, der seit zehn Jahren, Frau Wiedemeyer hat zu Recht darauf hingewiesen, läuft. Herr Dr. Schrörs hat auch darauf hingewiesen, wer der wesentliche persönliche Motor war. Seitdem Herr Dr. Dannemann seit 1993 oder 1994, ich weiß es gar nicht mehr genau, Staatsrat im Finanzressort ist, ist dieser Prozess des Umdenkens und Umsteuerns in der Verwaltungsreform eingeleitet und durchgeführt worden, aber natürlich noch nicht abgeschlossen. Insofern ist es natürlich richtig, dass er sich in den Details einer politischen Bewertung entzieht, weil wir versucht haben, hier die Trennung zwischen Exekutive und Legislative deutlicher zu vollziehen als in der Vergangenheit. Das ist aber nur ein Aspekt der ganzen Angelegenheit.

Ein zweiter Aspekt ist natürlich, und Frau Wiedemeyer hat das nur sehr vorsichtig angedeutet, dass das neue betriebswirtschaftliche Denken leicht dazu führen kann, dass die Vorgaben der Verwaltung die Politik dominieren, aber nicht umgekehrt die Politik die Vorgaben macht, nach denen die Verwaltung wirtschaftlich zu handeln hat. Die Auseinandersetzung haben wir nur gelegentlich in Zeiten der großen Koalition geführt, meistens nur dann, wenn die Grünen sie initiiert haben, das war insbesondere bei der Frage der Beteiligungen, darauf gehe ich gleich noch einmal ein, der Fall.

Ein Problem, das das Parlament insgesamt auch weiter haben wird, ist, dass die Instrumente, die wir geschaffen haben, nicht die Politik und die politischen Entscheidungen dominieren, sondern dass es auch weiterhin umgekehrt ist. Es ist egal, ob die Haushalte kameral oder betriebswirtschaftlich geführt, verwaltet und organisiert werden und die Finanzen gemanagt werden. Wenn wir diese Priorität des Parlaments über das Budgetrecht, nicht nur das Budgetrecht, sondern auch andere politische Entscheidungen, nicht wahrnehmen, dann helfen uns diese Instrumente letztlich auch nicht weiter.

Meine Damen und Herren, wir haben, Frau Wiedemeyer hat das schon angedeutet, in der heutigen Presse lesen müssen, dass es sicherlich gut ist, wenn wir wie in der Frage des Finanzmanagements, in der Organisation der Regierungsarbeit im UEFA-Cup spielen – das ist ja sozusagen ein bundesweiter Führungsplatz, den wir da haben –, wenn wir aber letztlich in dem, was dem zu Grunde liegt, nämlich in der Frage der Steuereinnahmen, in der Ausgabenpolitik, die wir machen, nicht oben stehen, dann nützt uns das beste Finanzmanagement, das wir haben, nichts. Dann bleiben wir weiterhin in der Situation, in der die Bundesrepublik Deutschland in Europa und das Land Bremen auch in Deutschland ist, am Ende der Rangliste der einzelnen Bundesländer beziehungsweise der europäischen Staaten zu stehen. Also, noch einmal: Die politischen Entscheidungen in diesem Haus sind mindestens genauso wichtig wie die Organisation des Finanzmanagements.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Ich sage das hier aus einem ganz besonderen Grund in Bezug auf die heutigen Berichte. Wir können gern – das steht nun heute nicht zur Debatte – über die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung diskutieren, mir juckt es da manchmal auch in den Fingern, über das, was sich dort nicht schnell genug bewegt, aber auch über das, was von der Opposition blockiert wird, zu reden. Ich würde eigentlich auch gern die Frage der Gemeindefinanzreform diskutieren, die gerade heute der Deutsche Städtetag diskutiert, wo es natürlich auch viele Blockaden bei der dringend nötigen Erweiterung der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer gibt, die so genannte Revitalisierung oder Wiederbelebung, die den Gemeinden helfen könnte, aber auch das steht heute nicht auf der Tagesordnung. Ich will nur zu einem Punkt ganz kurz sprechen: Wenn man heute die Zeitung aufschlägt, hat man den Eindruck, dass sich die CDU-Seite der Landesregierung in heller Auflösung befindet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vor zwei Tagen hatten wir in der Stadtbürgerschaft schon die Situation, dass ein Innensenator sich hier aufführt, als ob er der Abteilungsleiter des Staatsratsvorsitzenden Hoffmann sei,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) der ihm Anfragen zusammenstreicht, und heute in der Zeitung haben wir den Eindruck, als ob der Finanzsenator im Wirtschaftsressort sitzt, der im „Weser-Kurier“ verkünden kann, dass die Sanierung gescheitert sei! Wenn es damit etwas auf sich hat, dann erwarte ich, dass der Finanzsenator das hier selbst für den Senat erklärt

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau!)

oder dass er ihm deutlich widerspricht.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Kann er ja nicht!)

Das wäre dann die Sache der Regierung. Ich erwarte das einfach nur. Das hat etwas mit der Rolle des Parlaments in der Haushalts- und Finanzpolitik gegenüber dem Finanzmanagement zu tun.

Erlauben Sie mir dennoch einige Bemerkungen zum Reformprozess des Finanzmanagements! Einer der Kernpunkte, den wir in den letzten Jahren hier mehrfach debattieren mussten, ist die Frage des Beteiligungsmanagements gewesen, das Beteiligungscontrolling. Ich sage auch ganz stolz für die Arbeit der Opposition sowohl in der letzten Legislaturperiode, aber insbesondere in dieser Legislaturperiode:

Es hat schon etwas mit unserem wirklich hartnäckigen Drängen, unserem hartnäckigen Treiben zu tun, dass wir so weit gekommen sind, und zwar so weit, dass wir interfraktionell, und zwar gemeinsam mit allen, Regeln aufgestellt haben und die Verwaltung so gearbeitet hat, dass wir jetzt ein umfangreiches Beteiligungscontrolling und Beteiligungsmanagement haben. Dieses Beteiligungscontrolling und Beteiligungsmanagement ist nämlich mehr, es sagt auch etwas darüber aus, wie kommen Beteiligungen zustande und wann sind Beteiligungen vielleicht auch aufzugeben. Dass wir das haben, das war einmal gemeinsame parlamentarische Arbeit. Das war wirklich einmal eine Situation hier im Parlament, in der die Regierungsparteien nicht wie der treue Schäferhund hinter dem Herrn Senat hinterher gelaufen sind, sondern selbständig mitgeholfen haben, dass wir einen kräftigen Schritt in der Sicherung der Rechte des Parlaments weitergekommen sind.

Ich will mich auch ganz herzlich bei Frau Wiedemeyer und Herrn Dr. Schrörs bedanken, dass sie da nicht gemauert haben. Wir haben, ehrlich gesagt, genug Maurer in dieser Frage.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wer in den Aufsichtsräten der Gesellschaften sitzt, kann erleben, dass gerade große Beteiligungsgesellschaften wie die Bremer Straßenbahn AG oder die BIG dauernd Bedenken dagegen gehabt und bis zuletzt versucht haben, durch Vereinbarungen unter der Hand, durch Nebenabreden und sonst etwas sich ein bisschen aus diesem gemeinsamen, für alle verbindlichen Controlling hinauszuschleichen.

Ich glaube, mit dem Beschlossenen, das hier angedeutet worden ist, das noch nicht in dem Bericht vorgetragen, auch noch nicht zu Ende durchgeführt worden ist, das eigentlich jetzt erst vor der Praxis steht, nämlich eine tatsächliche langfristige Umsetzung des Beteiligungsmanagements und des Beteiligungscontrollings, sind wir einen Schritt weitergekommen, und diesem Schritt kann und darf sich eigentlich keine bremische Gesellschaft in der nächsten Legislaturperiode mehr entziehen. Darauf müssten wir, das sage ich auch an Sie alle, hier achten, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein wunder Punkt ist für mich noch, dass, wenn ich diesen ganzen Bericht durchlese, nicht die allgemeinen Ausführungen, sondern die konkreten das Dilemma sind, dass die Stadtgemeinde Bremerhaven eigentlich nur eine geringe Rolle spielt und es eher das Land und die Stadt Bremen sind, um die es im Großen und Ganzen geht. Ich weiß nur, dass Bremerhaven die freieste Gemeinde der Welt ist und eigentlich tun und lassen kann, was sie will. Aber gerade diese Freiheit verpflichtet natürlich auch nach

(C)

(D)

(A) den Idealen der Französischen Revolution zu Brüderlichkeit und Gleichheit.

Ich fände es gut, wenn die Stadtgemeinde Bremerhaven selbständig, wie sie ist, künftig die Instrumente, die hier vorgesehen sind, flächendeckend, wie wir es in Bremen vorgesehen haben, auch in der eigenen Verwaltung in allen Bereichen einschließlich der kommunalen Gesellschaften verwirklicht. Dann wären wir einen beträchtlichen Schritt weiter.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau B e r k [SPD]: Schauen wir einmal!)

Ja, schauen wir einmal! Ich werde das ja nicht mehr in diesem Parlament erleben können.

Ich habe noch einen letzten Punkt, der in diesem Bericht nur angedeutet ist: Die große Koalition hat gegen unsere Stimmen in der Vergangenheit bis zum gestrigen Tag zahllose Sondervermögen eingerichtet. Der Prozess ist noch nicht ganz am Ende. Diese Sondervermögen führen natürlich auch zu einer besonderen Verpflichtung im Umgang mit Geld, weil es städtisches Vermögen ist, das in neuer Form gebündelt wird.

Es ist zwar angedeutet worden, dass dafür ein Teiligungscontrolling entwickelt werden wird, das, glaube ich, reicht aber nicht aus. Wir müssen hier tatsächlich einen Bereich schaffen, in dem Planung und Controlling besser vernetzt werden als bisher, damit alle Parlamentarier sowie die Verwaltung überhaupt wissen, wer zu welchem Zeitpunkt über welches Vermögen verfügt. Ist dies nicht der Fall, erleben wir entweder eine Überverschuldung der Stadtgemeinde und des Landes Bremen, nämlich dadurch, dass alle Sondervermögen ihr Vermögen zur Kreditaufnahme heranziehen, oder wir erleben einen Ausverkauf, indem jeder versucht, das, was er an Grundeigentum und Immobilien zur Verfügung hat, so schnell wie möglich zu veräußern, um Ressorthaushalte abzusichern.

Ich glaube, bei den Sondervermögen müssen noch Sicherungsmöglichkeiten geschaffen werden, die bis jetzt nur unzulänglich vorhanden sind. Wir sind am Anfang dieses Prozesses, wir Grünen sind demgegenüber sehr kritisch. Ich glaube, die nächste Legislaturperiode hat auch in dieser Frage noch einen erheblichen Arbeitsauftrag zu bewältigen.

Meine Damen und Herren, ich bin jetzt am Ende dieses Beitrags, die sachlichen Ausführungen haben ja die Kolleginnen und Kollegen von SPD und CDU gemacht. Ich nehme an, dass der Finanzsenator in seiner bewährten und eloquenten Art Stellung nehmen wird. Ich habe jetzt einmal ausnahmsweise eine Bitte zum Abschluss meiner parlamentarischen Arbeit, meiner vielen Auseinandersetzungen und Debatten mit Herrn Senator Perschau: Bitte schicken Sie uns heute nicht wieder durch das Fegefeuer Ihrer verbalen Eitelkeiten!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort Bürgermeister Perschau. (C)

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Mützelburg, wie immer Sie das betrachten wollen, da müssen Sie durch, daran führt nichts vorbei.

Meine Damen und Herren, die Reden waren mild und freundlich, und sie beschreiben mild und freundlich einen Prozess, den wir gemeinsam gehen. Ich bin seit acht Jahren dabei, einige begleiten ihn bereits seit zehn Jahren. Professor Dr. Dannemann hat in seinem Beitrag dazu auf die Überlegenheit des betriebswirtschaftlichen Rechnungswesens hingewiesen und daraus natürlich auch die Notwendigkeit, ein integriertes öffentliches Rechnungswesen zu schaffen, abgeleitet. Ich glaube, dass das im Einzelnen sehr präzise dargestellt ist.

Sie haben den Prozess erlebt, insbesondere die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses, die natürlich hier auch sehr viel intensiver befasst waren, in dem wir eigentlich sukzessive diese einzelnen Maßnahmen ergriffen haben, die Produktgruppenhaushalte, die Zusammenführung von Personal- und Ressourcenverantwortung und Fachverantwortung, die Veränderung und Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung, die Umstellung in Produktgruppenhaushalte selbst mit Kennziffern, mit allen einzelnen Merkmalen. Wir haben den Weg zum Konzern Bremen beschritten, und wir gehen diesen Weg Schritt für Schritt konsequent weiter. (D)

Wir haben gerade die Umstellung auf SAP R3 hinter uns mit allen möglichen Kleinbeben, Kleinproblemen und Nebenproblemen, mit ganz vielen Schnittstellen, die abgearbeitet werden müssen, und wir bewegen uns auf das integrierte öffentliche Rechnungswesen zu. Wir sind dabei, die Konzernstrukturen zu festigen, das Teiligungscontrolling, das Teiligungsmanagement neu aufzubauen.

Wir haben auch bei dem Handbuch hierzu etwas Besonderes geleistet. Das muss man eben einfach sagen, ich lobe meine Mitarbeiter sehr gern für das, was in dem Bereich erarbeitet worden ist. Wir müssen die Balance finden, auch gerade, was Ihre Kontrolle angeht, die Balance in der Frage finden: Wie viel Bürokratie ist nötig und nicht, wie viel Bürokratie ist möglich! Wenn man das Handbuch nimmt, dann werden wir das im Einzelnen erproben müssen, auch im Dialog mit den Gesellschaften, die es anwenden müssen. Wir werden dann sehen, welche Formen der Nachweise, der Kontrolle der einzelnen Maßnahmen erforderlich sind, welche Formen der Kontrakte erforderlich sind.

Ich glaube, dass wir uns hier insgesamt auf einem konsensorientierten gemeinsamen Weg befinden. Der große Vorteil des betriebswirtschaftlichen Rechnungswesens liegt eben darin, dass wir Benchmarks benötigen, dass wir uns in allen unterschiedlichen Positionen vergleichen, dass wir nicht nur die wirt-

(A) schaftliche Plausibilität prüfen, sondern dass wir auch sehr viel dezidierter prüfen können, wo wir im Vergleich zu anderen stehen. Ich glaube, dass das für Sie als Abgeordnete eine ganz außerordentlich wichtige Information ist. Natürlich ist es so, dass wir hier ein Stück vorweg laufen und wir nicht in allen Bereichen die Datenstruktur zur Verfügung haben, auch im Vergleich zu anderen Ländern, weil wir uns ja nur mit denen vergleichen können, die ihre Daten und Fakten auch so aufarbeiten wie wir und sie uns auch zur Verfügung stellen. Ich glaube, dass es ein spannender Prozess ist.

Ich sage aber auch, wie das hier im Parlament ist. Es gibt im Parlament einige Abgeordnete, die sich ganz intensiv damit befasst haben, und sicherlich auch einige, die sich damit nicht so intensiv befasst haben, einige, die das System sozusagen angenommen haben, und einige, die es noch nicht angenommen haben. So ist das auch in der Verwaltung. Es ist ein mühsamer Prozess, weil das natürlich eine ganz andere Denkweise ist und weil er natürlich auch an die Führungsaufgaben, an die Vermittlungsaufgaben, an die Ausbildungsaufgaben eine Fülle von neuen Herausforderungen stellt.

(B) Wir sind dabei, Zug um Zug, diese Umstellung im Denkprozess bei unseren Mitarbeitern erfolgreich zu schaffen, aber wir sind noch ein gutes Stück davon entfernt, sagen zu können, das ist verarbeitet, das ist sozusagen alles auf dem Weg, das macht kein Problem. Es ist nach wie vor so, dass diese Veränderungsdynamik, die wir hier entwickeln, natürlich eben auch viele unserer Mitarbeiter bis an die Grenze ihrer Verständnisbereitschaft fordert.

Ich bedanke mich auch hier bei denen im Parlament, die diesen Prozess unterstützt haben, auch für die Solidarität im Haushalts- und Finanzausschuss. Den drei Haushaltssprechern, die hier gesprochen haben, gebührt natürlich eine besondere Anerkennung, allein deswegen schon, weil sie für die Notwendigkeit des Systemwechsels in ihren Fraktionen geworben haben. Dass das erforderlich ist, darüber müssen wir miteinander, glaube ich, nicht lange streiten.

Meine Damen und Herren, heute wird die Steuerschätzung bekannt gegeben. Ich habe gerade die ersten Zahlen gehört. Das heißt, für uns in Bremen wird das Ergebnis der Steuerschätzung wie in allen anderen Ländern sein, dass wir unsere Einnahmen für dieses und das nächste Jahr, soweit wir sie bereits irgendwie prognostiziert haben, weiter herunterkorrigieren müssen. Es wird in diesem Jahr für Bremen ein Betrag um etwa 45 Millionen sein, und es wird im nächsten Jahr für Bremen ein Betrag um etwa 70 Millionen sein, der nach unten korrigiert werden muss.

Das BMF hat heute darüber Auskunft gegeben, dass dieses Jahr bisher nicht die positive Seite des Wachstums erreicht hat, sondern dass wir zurzeit bei

etwa minus 0,2 Prozent Wachstum liegen. Wir können nur gemeinsam hoffen, dass es in diesem Jahr gelingt, das zu verändern, denn sonst müssten wir im November bei der nächsten Steuerschätzung noch einmal nach unten korrigieren. Sie wissen, dass wir im November des letzten Jahres schon einmal dramatisch nach unten korrigiert haben und dass dieses Herunterkorrigieren von Einnahmeerwartungen Bremseffekte auf unserem Sanierungsweg hinterlässt. Das darf eigentlich niemanden überraschen, Herr Mützelburg, und das überrascht Sie auch nicht, weil Sie wissen, dass diese Bremseffekte entstehen, und wir werden nicht alle diese Dinge durch Einsparungen erreichen.

Natürlich ist es so, dass wir auch diese Minder Ausgaben letztlich mit dem Bund im Rahmen der Gesamtdebatte über den Kanzlerbrief, die natürlich geführt werden muss, diskutieren und besprechen müssen. Ich denke, dass wir vermutlich wieder ein gewisses überdurchschnittliches Wachstum haben, aber trotzdem natürlich von der bundesweiten Konjunktur, die sich im Moment eher auf eine Rezession zu bewegt, eingeholt werden und davon betroffen sind. Deshalb denke ich, dass wir über diese Dinge ganz selbstverständlich und auch offen reden müssen.

Sie müssen doch die Entscheidungen als Gesetzgeber treffen, Sie müssen doch als Parlamentarier die Entscheidungen treffen, wo Sie die Grenze der Sparsamkeit setzen wollen. Wir haben ja sehr deutlich gesagt, wenn wir das Sanierungsziel erreichen wollen, müssen wir in den nächsten beiden Jahren im konsumtiven Bereich pro Jahr 1,9 Prozent einsparen, 1,9 Prozent minus!

(Abg. Frau W i e d e m e y e r [SPD]: Das war noch vor der Steuerschätzung!)

Das war vor der Steuerschätzung. Nun erhöht sich dieser Betrag durch die Steuerschätzung, und ich gehe davon aus, dass die nächste Koalition, die nächste Regierung darüber einen Beschluss fassen muss, wie noch die Sparrate in den nächsten Jahren sein soll, und daran orientiert sich der Zeitpunkt, wann wir einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen können.

Das ist eine ganz einfache Entscheidung, die Sie treffen, die Sie auch treffen müssen, weil das natürlich auch etwas mit unserer gemeinsamen Verantwortung zu tun hat. Wir können ja nicht einfach immer fröhlich Ausgaben definieren, die wir gern tätigen wollen, sondern wir müssen im Grunde zunächst einmal den Gesamtrahmen festsetzen, und das wird jetzt auch nach dieser erneuten Steuerschätzung und den Ergebnissen zu tun sein, die im Grunde genommen vorhersehbar waren.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich bei Ihnen allen abschließend für das große Verständnis, das Sie dem Reformprozess im Finanzmanagement

(C)

(D)

(A) entgegengebracht haben. Ich bedanke mich auch für meine Mitarbeiter für die lobenden Worte, die Sie für meine Mitarbeiter gefunden haben. Ich kann mich dem freudig anschließen. Ich weiß, dass wir diesen schwierigen Weg in der nächsten Legislaturperiode weitergehen müssen, und wünsche ihnen dafür auch guten Mut!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/1416, Kenntnis.

Meine Damen und Herren, es ist vereinbart worden, dass wir vor der Mittagspause keinen neuen Tagesordnungspunkt aufrufen. Ich möchte Ihnen aber mitteilen, dass eigentlich der Tagesordnungspunkt 14, Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen, aufgerufen werden müsste.

Wir haben vereinbart, dass wir diesen Tagesordnungspunkt an das Ende der Tagesordnung stellen und nach der Mittagspause nunmehr Tagesordnungspunkt 15, Mehr Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven durch Wirtschafts- und Strukturpolitik, aufrufen.

(B) Ich gehe davon aus, das ist ja interfraktionell vereinbart worden, dass das einstimmig im Haus getragen wird. – Das ist der Fall.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.47 Uhr)

*

Vizepräsident Dr. Kuhn eröffnet die Sitzung wieder um 14.31 Uhr.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Mehr Lebensqualität in Bremen und Bremerhaven durch Wirtschafts- und Strukturpolitik

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. März 2003
(Drucksache 15/1412)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. April 2003

(Drucksache 15/1469)

(C)

Als Vertreter des Senats Herr Senator Hattig, ihm beigeordnet Frau Staatsrätin Winther.

Herr Senator, möchten Sie diese Antwort des Senats mündlich vortragen?

(Senator H a t t i g : Nein, möchte ich nicht!)

Das ist nicht der Fall.

Ich gehe davon aus, dass in eine Aussprache eingetreten werden soll. – Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir bedanken uns ganz herzlich bei dem Senat für die Beantwortung dieser Großen Anfrage. Diese Große Anfrage liefert Fakten, Fakten, Fakten. Dafür möchten wir uns ganz herzlich bedanken, und ich kann das Resümee relativ kurz machen: Wir haben viel getan, und es gibt noch viel zu tun!

(Zurufe von der SPD: Oh!)

In diesem Sinne vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gut, ich nehme das einmal als ein Zeichen, dass die CDU hier in Bremen nicht mehr viel zu sagen haben will!

(Beifall bei der SPD)

Aber vielleicht ist das auch nur die Potenzierung dessen, was man gestern in einer Bemerkung in der „Nordsee-Zeitung“ lesen konnte, da hat ein anonym gebliebener Staatsrat gesagt, jedenfalls wird er so zitiert: „Einige Große Anfragen gingen ihm und anderen Staatsräten ziemlich auf den Geist.“ Einmal unabhängig davon, ob ein Staatsrat sich so äußern darf, aber ich vermute, er muss diese Anfrage der CDU gemeint haben.

Wenn Sie sich anschauen, was die zentrale Frage der CDU in dieser Großen Anfrage ist, dann lesen Sie: In welchem Umfang haben die Bremer und Bremerhavener von der Wirtschaftsstrukturpolitik pro-

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) fitiert? Eigentlich hätten wir das etwas konkreter formulieren können, so nach dem Motto: Wie viel Gutes haben wir für die Bremer und Bremerhavener getan? Dann wäre das eine Anfrage gewesen, die, glaube ich, das getroffen hätte, wie Sie es mit dieser Einfachheit beantwortet haben.

Die SPD-Fraktion hat das, obwohl wir manches im Wahlkampf für zulässig und auch für möglich halten, für peinlich gehalten. Wir haben uns an dieser Peinlichkeit nicht beteiligt, und deswegen haben wir diese Große Anfrage nicht mit eingebracht.

(Beifall bei der SPD)

Aber anders als Sie, Herr Eckhoff, will ich mich an der Debatte über diese Antwort des Senats beteiligen, zumal diese Große Anfrage doch weitgehend nichts anderes ist, als dass Sie den Versuch unternehmen, auf einen fahrenden Zug aufzuspringen, denn es war doch in den vergangenen vier Jahren die SPD, die immer wieder klar gemacht hat, dass die Sanierungspolitik eben kein technokratischer Vorgang ist, der nur an Zahlen zu messen ist, sondern der etwas mit den Menschen zu tun hat, eine Politik, die für die Menschen ist, vor allen Dingen auch mit den Menschen gemacht werden muss. Dass Sie augenscheinlich so ein bisschen zu dieser Einschätzung gekommen sind, das mag uns dann doch am Ende zusammenführen.

(B) Meine Damen und Herren, wenn ich über Lebensqualität spreche, dann nicht zuerst über die Verschönerung in den Innenstädten Bremens und Bremerhavens. Das ist auch alles sehr hübsch, und das schätzen wir, aber die Grundlage von Lebensqualität ist, dass die Menschen Arbeit haben und nicht ausgegrenzt werden. Deswegen steht bei uns im Mittelpunkt, dass wir uns mit einer Arbeitslosigkeit von 40 500 im Lande Bremen nicht abfinden können und dass alle unsere Investitionsanstrengungen darauf gerichtet sind, mehr Beschäftigung für Bremen und Bremerhaven zu schaffen. Wir waren es, die am Anfang dieser Legislaturperiode letztlich mit einem einstimmigen Beschluss der Bürgerschaft dafür gesorgt haben, dass die Beschäftigungseffekte das maßgebliche Kriterium sind, an dem wir die Notwendigkeit von Investitionen messen, und das wird auch in der nächsten Legislaturperiode unsere Politik sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man über Wirtschaftsstrukturpolitik und die Wirkungen spricht, dann kann man nicht umhin, Herr Senator Hattig, auf Ihre bemerkenswerten Äußerungen von gestern zu sprechen zu kommen. Jedenfalls wäre es unvollständig, wenn man es nicht täte, und deswegen will ich das vorweg auch gern tun. Das Stichwort Space-Park spielt sicher auch in diesem Zusammenhang eine nicht ganz unwesentliche Rolle.

(C) Ich kann nicht beurteilen, ob das Einkaufszentrum im Space-Park, wie es Senator Hattig gesagt hat, tatsächlich gestorben ist. Ich würde es für bedauerlich halten, wenn Herr Senator Hattig Recht hätte. Er hat es aber gesagt, und er wird seine Gründe dafür haben. Ich spreche es deswegen an, weil Herr Senator Hattig noch etwas anderes gesagt hat, nämlich: Wir müssen uns etwas völlig Neues einfallen lassen. Da ist meine Frage: Wer sind in diesem Zusammenhang eigentlich wir? Sind das wir, die Politik? Sind das wir, der Senat?

(Abg. Teiser [CDU]: Wir, der Senator für Wirtschaft!)

So weit sind wir noch nicht, Herr Teiser!

Meine Damen und Herren, es muss doch völlig klar sein, dass die Frage eines neuen, gegebenenfalls anderen geschäftlichen Konzeptes für den Space-Park eine Sache der privaten Eigentümer und der privaten Betreiber ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir übernehmen doch – und da kann man ja fast Herrn Senator Hattig aus früheren Debatten zitieren – keine Verantwortung für den geschäftlichen Erfolg des Space-Parks und erst recht keine zusätzlichen Kosten. Der Space-Park war kein Staatsunternehmen, und er wird kein Staatsunternehmen werden, und das muss sicher sein.

(Beifall bei der SPD)

(D) Meine Damen und Herren, ich will aber gern noch hinzufügen, vermutlich muss das auch mit Blick auf die nachfolgenden Reden gesagt werden: Das alles, was wir darüber jetzt neu hören, ist doch kein Anlass für Häme, Schadenfreude oder rechthaberisches Gerede. Wer jemals auf dem Gelände des Space-Parks gewesen ist, der weiß, damit dürfen wir uns nicht abfinden. Wir dürfen uns erst recht nicht schadenfroh darüber hermachen, dass so große Gebäude irgendwann leer stehen werden oder könnten, sondern es muss auf diesem Gelände etwas passieren, es muss Leben herrschen, das alte AG-„Weser“-Gelände war viel zu lange tot, deswegen brauchen wir Leben, und deswegen muss unsere Hoffnung dahin gehen, dass auf diesem Gelände auch etwas passiert, was gut für die Stadt, gut für Gröpelingen und gut für das Land ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte zur Großen Anfrage beziehungsweise zur Beantwortung durch den Senat kommen! Die CDU hat in ihrer Anfrage jenseits der Frage der Schlichtheit, auf die ich schon eingegangen bin, die Lebensqualität als eine

- (A) Art erfreuliches Nebenprodukt einer auf Haushalts-sanierung gerichteten Wirtschaftspolitik betrachtet. Diese Sicht, das will ich hier ausdrücklich sagen, teilen wir nicht, weil diese Sicht falsch ist. Vielmehr ist es umgekehrt richtig. Alle Sanierungsanstrengungen ziehen ihre Berechtigung daraus, dass es um die Verbesserung der Lebensverhältnisse in Bremen und Bremerhaven geht. So müssen wir Sanierungspolitik verstehen, und genau das ist unsere Aufgabe, an der wir uns auch messen lassen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich verstehe die Antwort des Wirtschaftssenators so, dass er seine Parteifreunde durchaus darüber belehrt, dass Wirtschaftsentwicklung und Lebensqualität – so heißt es, glaube ich, ausdrücklich in der Antwort des Senats – die beiden Seiten der Sanierungsmedaille sind, und so ist es richtig, meine Damen und Herren.

Übrigens, die SPD vertritt diese Überzeugung schon lange, allerdings, auch darüber darf man hier einmal sprechen, anfangs unter dem durchaus manchmal sogar hämischen Widerspruch oder der hämischen Begleitung durch die CDU. Ich darf daran erinnern, dass wir ja geradezu als Abweichler, fast sogar als Verräter der Sanierungsidee beschimpft worden sind, als wir unter der Überschrift „Für Bremen und Bremerhaven begeistern“ gewisse Feinjustierungen der Sanierungspolitik gefordert und durchgesetzt haben. Das wird auch die Politik der nächsten vier Jahre bestimmen.

- (B) Meine Damen und Herren, es ist aber durchaus erfreulich, wenn man in der Antwort des Senats liest, dass wir uns am Ende dieser Legislaturperiode in der Koalition durchaus einig sind, dass das Sanierungsprogramm beide Aspekte beinhaltet, erstens, Unternehmen durch verbesserte Rahmenbedingungen an Bremen und Bremerhaven zu binden, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, und zweitens, die Städte so zu entwickeln, dass wir Einwohner halten und gewinnen.

Ich lese die Antwort des Senats so, dass die Mitteilung des Senats uns in der Absicht unterstützt, das Thema der Lebensqualität und der Einwohnergewinnung noch stärker zu gewichten, und deshalb werden wir die Entwicklung der Stadtviertel in den nächsten vier Jahren zu einem Schwerpunkt unserer Politik, zu einem Schwerpunkt der Investitionspolitik machen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das Investitionssonderprogramm, das ISP, ist ohne Zweifel ein Erfolgsmodell. Das gilt nahezu ohne Einschränkung, aber, auch darauf muss man immer hinweisen, das entbindet die Politik nicht von der Pflicht, das Programm und vor allem seine Schwerpunkte fortlaufend auf Zielerreichung und Effizienz zu über-

- (C) prüfen, wo nötig, muss man Umsteuerungen vornehmen. Vor uns liegt ja auch als große Aufgabe, das Anschlussinvestitionsprogramm zu definieren und in seinen Schwerpunkten zu bestimmen.

Die Realisierung touristischer Großprojekte, davon ist in dieser Antwort des Senats ja sehr viel die Rede, hat ohne Zweifel zusätzliche Gäste in die Städte gezogen, allerdings, auch das muss man sagen, war ja nicht jedes touristische Großprojekt ein Erfolg. Auch darüber haben wir hier gesprochen, und das darf man nicht verschweigen. Umso mehr hat es mich gewundert, dass der Wirtschaftssenator kürzlich, offenbar unbeeindruckt von diesen Erfahrungen, neue, und ich darf es so offen sagen, Herr Senator Hattig, aus meiner Sicht durchaus obskure Tourismusprojekte in die Debatte geworfen hat. Ich denke, wir müssen doch, und das darf man auch einmal am Ende einer Legislaturperiode und vor neuen vier Jahren Legislaturperiode sagen, auch aus unseren Fehlern lernen, und wir müssen mit neuen Ideen und neuen Vorschlägen unsere Städte voranbringen, aber nicht krampfhaft an alten Konzepten festhalten wollen.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass wir diese Debatte noch etwas weiterführen, dass die CDU vielleicht doch noch Lust bekommt, das eine oder andere zu sagen, dass sie sich aus dieser wichtigen Debatte nicht abmelden will. Deswegen will ich am Ende nur Folgendes zusammenfassend sagen: Ich glaube, dass das Investitionssonderprogramm dazu beigetragen hat, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern und damit die Defizite bei der Wirtschaftsentwicklung und dem Wirtschaftswachstum in Bremen zu verringern. Ich glaube auch, dass die Verbesserungen für die Bremerinnen und Bremer und für die Bremerhavenerinnen und Bremerhavener durchaus spürbar sind. Investitionen und unsere Anstrengungen in die Wirtschaftsstruktur und Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit dem Ziel von mehr Arbeitsplätzen bleiben wie bisher, einschließlich der Förderung von Mittelstand und Existenzgründern, auch ein Schwerpunkt unserer Sanierungspolitik.

Aber, und das wiederhole ich noch einmal, das Sanierungsprogramm muss weiterentwickelt werden, dazu haben wir Gelegenheit, das in dieser Zäsur von zwei Legislaturperioden zu tun. Die SPD-Fraktion hat diese Aufgabe angenommen und das Programm „Vitale Stadtviertel“ entwickelt. Künftig werden Investitionen in die Stadtviertel deren Qualität als Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsräume verbessern und privates Kapital für die dezentralen Wirtschaftszentren akquirieren.

Unternehmen und Einwohner durch gutes Investitionsklima und Lebensqualität an die Städte zu binden ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen

(C)

(D)

- (A) Sanierungskurs. Das gilt für die Innenstädte und für die Stadtviertel, und dies umzusetzen wird die Aufgabe der kommenden Legislaturperiode sein. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wir als SPD-Fraktion sind darauf vorbereitet, wir haben diese Aufgabe angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bis gestern beziehungsweise bis heute Morgen war ich davon ausgegangen, dass diese Loberheischungsanfrage der CDU nach dem Motto „Was die CDU schon immer einmal fragen und was das Wirtschaftsressort schon immer einmal antworten wollte“ war.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, aber dann kam die Pressekonferenz des Wirtschaftsensors von gestern Mittag und die Presseberichterstattung von heute Morgen: Space-Shopping kommt nicht, Sanierungsziel nicht erreichbar.

- (B) Meine Damen und Herren, das ist schon eine Leistung besonderer Art zehn Tage vor der Landtagswahl und ein Geschenk für die Opposition, wenn der Wirtschaftsensor sozusagen by the way verkündet, die Grundlegitimation der großen Koalition, nämlich 2005 einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen, ist leider nicht erreichbar, und eines der absoluten Vorzeigeprojekte der großen Koalition, der Space-Park mit der Riesen-Shopping-Mall von 44 000 Quadratmetern, Entschuldigung, haben uns leider geirrt, war nicht so gemeint! Das ist der Offenbarungseid in der Wirtschaftspolitik der großen Koalition!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben ja schon vorgestern anlässlich der sportpolitischen Debatte eine Abschiedsrede gehört, und zwar die vom Senator für Inneres, Kultur und Sport Herrn Böse, der ist offensichtlich auch kein Parteisoldat genauso wenig wie Herr Hattig, der es offensichtlich nicht mehr aushalten konnte, nicht endlich einmal die Wahrheit zu sagen. Kann ich, ehrlich gesagt, gut verstehen bei dem, was immer schöngeredet worden ist. Der Einzige, der noch immer alles schönredet, ist Herr Perschau, der glaubt ja immer noch, aus jedem Schrottplatz eine Goldschmiede machen zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Wir kommen ja gleich noch zur Debatte über Ihre Entrümpelungsinitiative. Da kann ich allerdings nur sagen, der damalige Wirtschaftsensor Herr Perschau hätte seinen Schreibtisch ein bisschen entrümpeln sollen, denn dann hätte Wirtschaftsensor Hattig weder das Musical noch den Space-Park auf seinem Schreibtisch vorgefunden. Es ist nicht so, dass ich finde, dass auch er hätte etwas wegwerfen können, aber es wäre natürlich noch viel besser gewesen, die Entrümpelungsinitiative der Koalition hätte sich so ausgewirkt, dass man Projekte, die keine wirklichen Zukunftsinvestitionen sind, nicht in Beton gießt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte eines gleich noch vorweg sagen, meine Damen und Herren, das sage ich mit vollem Ernst: Es ist nicht schön, Recht gehabt zu haben, vor allem dann nicht, wenn es für Bremen so schlimm ist, wenn wir eine Investitionsruine haben, aber es ist immer noch besser, als Unrecht gehabt zu haben.

Ich komme jetzt erst noch einmal zurück zu dieser Großen Anfrage. Wir haben von Anfang an, die SPD-Fraktion hat in weiten Teilen das dann aufgegriffen, immer gesagt, man darf die Sanierungspolitik nicht so eng denken, nicht im Sinne nur einer halben Modernisierung, dass ökologische und soziale und die Lebensqualität betreffende Investitionen nicht mit in die Sanierungsphilosophie hineingehören. Herr Böhrnsen hat völlig Recht, wenn er jetzt noch einmal sagt, dass nur ein solches Verständnis von Sanierungs- und Modernisierungspolitik, das die ganze Stadt im Auge hat, eine wirkliche Modernisierung und um Arbeitsplätze zu schaffen und den Standort interessant zu machen, sowohl für Unternehmen wie für die Einwohner wirklich zukunftsweisend ist.

Nur, die SPD hat in den letzten Jahren nicht so gehandelt. Wenn Sie sich jetzt hier hinstellen und sagen, Sie sind oft angegriffen worden, wenn Sie die Lebensqualität ins Feld geführt haben, darf ich Sie an die Auseinandersetzung um das Musical und den Space-Park in der Wirtschaftsdeputation, den Wirtschaftsförderungsausschüssen und hier im Parlament erinnern. Wie oft haben Sie mich denn im Regen stehen lassen mit meinen kritischen Nachfragen, die ja offensichtlich nicht so ganz zu Unrecht waren, bei der Diagnose von Herrn Hattig, er würde das Musical nicht noch einmal machen, und auch der Space-Park ist angesichts der Situation des Einzelhandels eine falsche Entscheidung gewesen!

Die ganze Legislaturperiode ging der Streit darum, was sind eigentlich wirklich Zukunftsinvestitionen. Ich kann heute nur feststellen, dass Teile auch richtig gemacht worden sind wie Forschung und Entwicklung, dass aber wesentliche Vorzeigeprojekte im Bereich Tourismus schlicht falsch gewesen sind

(C)

(D)

- (A) und gerade Bremen nicht nach vorn gebracht haben und keine neuen Arbeitsplätze geschaffen haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben seit Jahren betont, dass es gerade um die richtige Mischung der Angebote geht, um diesen Ansatz neue Technologien, junge Talente und gesellschaftliche Toleranz. Studien aus den USA und anderen europäischen Ländern haben gezeigt, dass nur die Regionen ökonomisch wirklich erfolgreich sind, die genau diesen Ansatz in dieser Mischung von Clustern von anregenden Milieus verfolgen. Das ist der richtige Weg und eben kein Konjunkturprogramm in Beton, wie es für den Space-Park geheißen hat.

Letztens hatte ich eine Podiumsdiskussion, was in diesen Tagen ja oft vorkommt, mit Herrn Böhrnsen. Da hat er sich hingestellt und sehr deutlich gesagt, die Sanierungspolitik ist technokratisch geworden. Das ist nach acht Jahren Wirtschaftspolitik der großen Koalition eine bittere Diagnose, nur, die Anstrengungen der Sozialdemokraten, das zu ändern, sind doch begrenzt gewesen. Ich sage einmal McDrive, an dem Punkt hat man natürlich etwas geheilt, aber an wie vielen anderen großen Entscheidungen haben die Sozialdemokraten leider die Investitionspolitik der großen Koalition und des Wirtschaftsressorts mit gestützt bis zu einem Punkt, der für Bremen nicht mehr erfreulich gewesen ist!

(B)

Wenn man sich jetzt noch einmal die Antwort auf die Große Anfrage anschaut, da loben Sie sich sozusagen noch ganz eindeutig, was alles Sie toll und richtig gemacht haben. Da tauchen allerdings auch nur die Projekte auf, die in diesem Hause immer unumstritten waren, nämlich der Ausbau der Schlachte, das Universum, der Technologiepark an der Uni und die Airport-City. Es hat hier niemanden gegeben, der diese Projekte in Frage gestellt hätte. Komischerweise äußern Sie sich aber nicht über die wirklich kniffligen Punkte und das, was die Sozialdemokraten ja auch in den letzten Jahren immer gefordert haben, dass man sich nicht auf die nur ökonomischen Aspekte reduzieren darf, sondern dass die Frage natürlich ist, wie machen wir unsere Stadt für Arbeitsplätze und für Einwohner wirklich interessant, wie gewinnen wir neue Bürgerinnen und Bürger, und wie halten wir die anderen in unserem Bundesland.

Besonders perfide, wenn es um Lebensqualität geht, finde ich allerdings, wenn Sie dann auf den Ausbau des CT IV zu sprechen kommen. Ich diskutiere jetzt nicht die ökonomische Frage, die man aus Sicht der Hafenwirtschaft sicherlich diskutieren muss, sondern wenn Sie dann sagen, das stärkt die Lebensqualität der Leute vor Ort. Ich glaube, dass die Anwohner in Weddewarden das in den letzten Jahren ein bisschen anders gesehen haben. Da finde ich, bei allem Eintreten für die ökonomischen Inter-

essen, angesichts der Anwohner vor Ort sollte man da doch auch mit solchen Antworten etwas sensibler sein.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich kann nur feststellen, diese Anfrage ist sozusagen das Papier von gestern. Wir sind mittlerweile einen deutlichen Schritt weiter. Der Wirtschaftsminister hat ja mit seinem Coming-out von gestern in aller Deutlichkeit eingeräumt, mit welchen großen Problemen er zu kämpfen hat. Ich kann nicht anders, als festzustellen, dass das, was Senator Hattig gestern verkündet hat, seine Abschiedspressekonferenz war. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Schramm.

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir, dass ich nach 16 Jahren Wirtschaftspolitik aus der lokalen Sicht eines Standorts an der Küste noch ein paar Aspekte zu dieser tragenden Debatte beitragen möchte! Wir haben sehr oft über den Erfolg des Investitionsprogramms in den beiden Städten debattiert, gerade auch in der letzten Sitzung ausführlich. Von daher denke ich, dass bei dieser Großen Anfrage der CDU für mich nicht so sehr eigentlich die Sicherung der Arbeitsplätze, das ist ein ganz wichtiger Aspekt, in den Mittelpunkt zu stellen ist, sondern, das will die CDU wohl auch mit der Anfrage erreichen, die Lebensqualität in den beiden Städten zu fördern und zu verbessern. Als Rückkehrer in die normale Stadt habe ich natürlich ein großes Interesse daran, dass die Lebensqualität dort erhöht wird, wo man sich dann zukünftig mehr aufhält.

(D)

Meines Erachtens will die CDU sich einbringen in die Debatte, die ja lange auch hauptsächlich von Seiten der Grünen und von Seiten der SPD geführt wird, über die Neujustierung des ISP. Aber ich denke, die CDU hat es sich sehr leicht gemacht mit der Interpretation oder mit der Definition des Begriffs von Lebensqualität, indem sie nämlich auch die Große Anfrage auf die wirtschaftliche Entwicklung reduziert. Für sie, also die Fraktion der CDU, ist alles Lebensqualität, was der Wirtschafts- und Verkehrsminister in der letzten Zeit bewegt hat oder bewegen will, das ist eben genannt worden, von CT IV über die Gewerbeflächenentwicklung bis zur Fischereihafenschleuse, die wir nun zum hundertsten Mal für alle möglichen Erfolgsgeschichten heranziehen müssen, vom Straßenbau bis zur Existenzgründung gilt alles der Erhaltung oder Verbesserung der Lebensqualität.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Für uns ist interessant, was der Deutsche Städte- tag in seiner neuesten Veröffentlichung über die Lebensqualität in Städten zum Mittelpunkt macht. Für den Deutschen Städtetag ist eben eine lebenswerte Stadt die soziale Stadt und vor allen Dingen die kul- turelle Stadt und eine lokale demokratische Stadt. Man kann die Entwicklung der Lebensqualität eben nicht nur auf wirtschaftliche Großprojekte und Ver- kehrsinfrastruktur reduzieren, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die CDU verfährt nach dem Motto, alles, was wir bewegen, bringt Lebensqualität, frei nach dem fran- zösischen Philosophen Descartes, ich bewege mich, also lebe ich, meine Damen und Herren.

Dass viel Individualverkehr oder Ausbau von Stra- ßen die Lebensqualität auch negativ beeinflussen kann, wird in der Antwort natürlich nicht reflektiert. Fehlinvestitionen, zum Beispiel wenn es darum geht, Geld oder Fehlallokation von Geld einzuschränken und wenn das Geld für den Ausbau von Lebensqua- lität fehlt, werden in der Antwort des Senats auch nicht reflektiert. Wir haben das Großprojekt CT IV eben schon vernommen, das Gleiche gilt für die Köllmann-Investition. Ziel müsste unserer Meinung nach in der Wirtschaftspolitik, wenn man sich dar- auf reduziert, sein, die Verbindung von Ökonomie und ökologischer Erneuerung hinzubekommen, qua- litatives Wachstum für beide Städte zu generieren, meine Damen und Herren.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dazu gehören weiche Standortfaktoren, Kulturför- derung wie Grünflächen, Natur und natürlich auch die Erhöhung der Bildungsqualität. Wenn man sich jetzt die Antwort des Senats genauer anschaut, ich habe das aus dem Blickwinkel Bremerhavens getan, dann, denke ich, hat der Senat für die Entwicklung Bremerhavens, was die Lebensqualität angeht, nicht viel zu bieten.

Naturflächen werden nur als Kompensationsmaß- nahmen für die Entwicklung von Gewerbeflächen er- wähnt. Aus dem Ökofonds werden fast keinerlei Pro- jekte für Bremerhaven finanziert, ausgenommen die Altlastensanierung. In der Antwort zur Frage Num- mer zehn, immerhin beschäftigt sich auch der Wirt- schaftssenator mit der Kulturlandschaft in Bremen, taucht das Wort Bremerhaven in keiner Silbe auf. Dabei ist es natürlich wichtig für das Image einer Stadt, kulturelle Vielfalt zu entwickeln, meine Da- men und Herren. Professor Dr. Haller hat in seiner neuesten Studie ja festgestellt, dass in Bremerha- ven bestenfalls ein Null-Image vorherrscht, und das, denke ich, kann man nicht als einen Erfolg von Wirt- schaftspolitik definieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Man kann festhalten, 13 Prozent Investitionsquo- te sind hoch, man kann eigentlich sagen, es hat sich viel bewegt, aber trotzdem wird über die Ursachen zum Beispiel des Einwohnerverlusts der Stadt Bre- merhaven überhaupt nichts berichtet. Warum wol- len denn so wenig Bildungsbürger, und darum geht es in der Hauptsache, nicht nach Bremerhaven? Das hat doch mit dem Stand von Lebensqualität zu tun, meine Damen und Herren. Sie führen auch einige touristische Projekte auf, das ist in Ordnung, aber Lebensqualität gilt eben nicht nur für angereiste Tou- risten, sondern auch für die Bewohner dieser Stadt, die die Lebensqualität am Standort genießen wol- len. Für die Bremerhavener Einwohner ist die Erhö- hung der Lebensqualität ebenso entscheidend wie die touristische Entwicklung.

(C)

Sie müssen bei der Aufzählung aller Museen, mit denen Bremerhaven ja nicht so reich gesegnet ist, auch berücksichtigen, dass die Besucherzahlen seit 1997 rapide sinken. Das gilt für alle Museen in der Stadt, und ich habe keine konzeptionellen Überle- gungen in der Antwort des Senats gesehen, die die- sem Trend entgegenwirken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stichwort Auswanderermuseum, auch zum hun- derten Mal hier zu erwähnen, ein wichtiges Pro- jekt für diese kulturelle Entwicklung der Stadt Bre- merhaven! Eine Entscheidung über dieses Museum haben Sie wahrscheinlich auf einen Termin nach der Wahl verschoben. Wir befürchten, dass aus diesem Projekt nichts werden wird.

(D)

Sie erwähnen in der Antwort des Senats einige Beispiele, und man kann dem Wirtschaftssenator im- merhin wirklich zugute halten, dass er in der Wirt- schaftspolitik auch darauf eingeht, was zum Beispiel die Entwicklung von Radwegen für die wirtschaftli- che Entwicklung einer Stadt bedeutet. Das ist ja so- zusagen auch ein Novum. Nur, dass ausgerechnet ein Ausbau des Radwegenetzes für die Stadt Bre- merhaven hier als wirtschaftspolitischer Erfolg ge- feiert wird, denke ich, ist doch wirklich ein Treppen- witz der Geschichte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wer sich wirklich einmal mit dem Fahrrad in Bre- merhaven bewegt hat, weiß, dass es ein Radwege- netz hier bei allem Wohlwollen wirklich nicht gibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grü- nen]: Das kann ich beschwören!)

Es gibt noch nicht einmal Fahrradständer in der neu entwickelten Innenstadt,

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/ Die Grünen)

- (A) so dass die wahllos abgestellten Fahrräder die Attraktivität, die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt doch wohl stark beeinträchtigen.

(Abg. K n ä p p e r [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Ich weiß, dass es Angebote gegeben hat, ein Fahrradparkhaus einzurichten. Diese Einrichtung des Fahrradparkhauses ist von der BIS, der Investitionsfördergesellschaft in Bremerhaven, und von dem privaten Investor des Columbus-Centers abgelehnt worden, obwohl hier ein großes Potential für den Fahrradtourismus vorhanden ist. Sie verzichten auf die Potentiale des Fahrradtourismus, und ich frage mich, ob Bremerhaven es sich in dieser Situation leisten kann.

Noch bemerkenswerter ist die Entwicklung der ÖPNV-Linienführung durch die Innenstadt. Auch das wird als großer ökologischer, die Lebensqualität fördernder Erfolg der Wirtschaftspolitik angesehen. Ich denke, die Zielsetzung ist ja auch das, was wir befürworten, und das ist auch durchaus zu akzeptieren. Nur, Sie wissen doch ganz genau, dass gerade diese Zickzackführung durch die Innenstadt ein fauler Kompromiss zwischen CDU und SPD war und mit einem ÖPNV-Konzept in keiner Weise in Verbindung zu bringen ist.

- (B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich erinnere an die Debatte über die Regionalbahn Bremerhavens, um die Region anzubinden in Richtung Norden, Süden, Westen, Osten! Keinerlei Anstrengungen, eine Regionalbahn in oder für Bremerhaven einzurichten! Das ist eben nicht die Politik, die den ÖPNV stärkt, sondern das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann versteifen Sie sich noch darauf, den Erfolg der Wirtschaftspolitik darauf zu konzentrieren, die Schienenanbindung Bremerhavens zu loben. Ich bitte Sie wirklich! Wir hatten hier mehrere Debatten, die die Bahnpolitik und die Nah- und Fernverkehrsanbindung Bremerhavens zum Inhalt hatten. Dann zu sagen, es gibt ja jetzt einen Regionalbahnexpress von Bremen nach Bremerhaven, das wäre der große wirtschaftspolitische Erfolg, denke ist, ist der zweite Witz, den diese Antwort enthält!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann fragen Sie bitte einmal die Pendler und Fernreisenden, was sie von der Anbindung Bremerhavens halten, dann wissen Sie zumindest, was der Erfolg Ihrer Politik ist!

- (C) Dann noch ein Punkt, der mir am Herzen liegt! Sie erwähnen die Innenstadt, das finde ich in Ordnung. Die Innenstadt Bremerhavens hat sich gut entwickelt, es ist sehr viel Geld investiert worden. Immer wieder wird aber kritisiert, dass natürlich der südliche Anhang der Innenstadt im Moment noch nicht entwickelt ist. Dafür fehlt ebenfalls jede Konzeption. Es fehlt jede Konzeption, die Ost-West-Achsen mit der Innenstadt zu verbinden, aber das nur nebenbei! Wichtig ist, dass man nicht nur die Innenstadt entwickelt, sondern eben auch die Nebenzentren. Die Entwicklung der Nebenzentren gehört wie bei der Innenstadt unmittelbar zur Steigerung der Lebensqualität dazu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Glocke)

Ich komme sofort zum Schluss! Ein Wort wollte ich aber noch verlieren über das Nebenzentrum des Stadtteils Lehe. Da kann man wirklich nicht sagen, dass sich hier das Nebenzentrum entwickelt hat, nur weil man eine Schule mit mehreren Türmchen aus dem Urban-zwei-Projekt finanziert hat. Hier gehört ein Gesamtkonzept dazu, die Lebensqualität in den Städten zu erhöhen, und ich denke, dass der Stand der Entwicklung in Lehe eher einem Elendsquartier gleicht als der Entwicklung eines Nebenzentrums.

- (D) (Abg. T e i s e r [CDU]: Wir können doch die Bevölkerung nicht austauschen!)

Von daher haben Sie hier noch sehr viele Aufgaben für die Zukunft, Herr Teiser, und Sie an vorderster Stelle, hier tätig zu werden, die Nebenzentren wirklich attraktiv zu gestalten.

Zum Ergebnis, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal zusammenfassen!

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Herr Schramm, ich dachte, Sie wären fertig!

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen): Erlauben Sie mir meine letzten zwei Minuten in diesem hohen Haus!

- (Abg. K a s t e n d i e k [CDU]: Du kannst dich ja noch einmal melden, dann hast du zehn Minuten!)

Unserer Meinung nach hat die CDU wirklich ein eingeschränktes Verständnis, eine eingeschränkte Definition von Lebensqualität. Die Antwort des Senats hat die Entwicklung des Zentrums Bremerhavens völlig unterbelichtet, was die Erhöhung der Lebensqualität betrifft, hat die Entwicklung Bremerhavens weitgehend ausgeklammert. Das verstehen wir

(A) eigentlich nicht unter Erhöhung von Lebensqualität, und ich hoffe, dass eine neue Konstellation in einer neuen Farbenlehre die Erhöhung der Lebensqualität wirklich zum Inhalt und zum Zentrum ihrer Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik macht. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne eine Gruppe der AWO-Beggnungsstätte Walle und Findorff. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Nächster Redner ist der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den Redebeiträgen meiner drei Vorredner möchte ich dann doch noch auf die Fakten, die man in dieser Antwort auf unsere Große Anfrage wiederfindet, eingehen und das eine oder andere, was auch zum Beispiel der Kollege Böhrnsen angesprochen hat, doch einmal zu rechtrücken.

(B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir über Lebensqualität sprechen, gerade hier auch im Haus der Bremischen Bürgerschaft, müssen wir, glaube ich, eines sehr ernst diskutieren, das ist die Tatsache, dass in erster Linie für viele in diesen beiden Städten, nämlich für über 40 000, Lebensqualität ganz konkret mit einem Problem zusammenhängt: Sie finden nämlich keinen Arbeitsplatz. Dies müssen wir auch für die kommenden Jahre weiter in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Lieber Herr Böhrnsen, ich sage Ihnen ganz deutlich: In erster Linie, wenn wir über die Lebensqualität in unseren beiden Städten sprechen, müssen wir darüber reden, wie wir neue Arbeitsplätze schaffen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der CDU)

Nur, falls Sie es vergessen haben, Herr Böhrnsen, ich glaube, da haben wir gemeinsam eine ganze Menge erreicht. Sie haben ja gesagt, oder Frau Dr. Trüpel sagte das, man habe hier verschiedene Abschiedsvorstellungen gehört, von Herrn Dr. Böse, von Herrn Hattig vielleicht heute in der Presse, in Teilen habe ich Ihre Abschiedsvorstellung hier gehört vom Grundsatz Sparen und Investieren, lieber Herr Böhrnsen!

(Beifall bei der CDU)

Aber wie sind die Fakten? Ich finde, darüber sollte man reden! Ende 1999, zu Beginn der letzten Legislaturperiode, hatten wir in Bremen 380 000 Er-

werbstätige, Ende des Jahres 2002, trotz der schwierigen Situation dank der rotgrünen Bundesregierung im Bereich der Wirtschaftspolitik, hatten wir 390 000 Erwerbstätige hier in Bremen, plus 10 000! Das sind die Fakten, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion, über die wir sprechen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Eine Grundlage dafür ist natürlich auch die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Da will ich gar nicht die Zahlen vom letzten Jahr erwähnen, aber sehen Sie sich die Zahlen von 1996 bis 2002 an, die letzten acht Jahre! Wie sieht es aus mit der Wirtschaftsentwicklung?

(Abg. **K l e e n** [SPD]: 1996 bis 2002, die letzten acht Jahre?)

In Ordnung! In diesem Zeitraum von sechs Jahren, Herr Kleen, Entschuldigung! Wie sieht es aus in diesen sechs Jahren?

(Abg. Frau **H a m m e r s t r ö m** [SPD]: Pisa!)

Sie rufen zu Recht Pisa! Das kann einem ja einmal passieren. Auch ich bin hier in Bremen zur Schule gegangen und musste das SPD-Bildungssystem genießen, liebe Frau Hammerström.

(D)

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Von 1996 bis 2002 bundesweit eine Steigerung von neun Prozentpunkten, in Bremen eine Steigerung von elf Prozentpunkten! Das sind die Fakten, über die wir reden, das können Sie sich doch auch stolz an die Brust heften, lieber Herr Böhrnsen!

(Beifall bei der CDU)

Die vier Jahre davor möchte ich nicht betonen, das weiß, glaube ich, mittlerweile jeder, wie es aussah: Wir waren Schlusslicht zusammen mit dem Saarland mit weitem Abstand hinter den anderen Bundesländern. Auch das waren die Fakten in den Jahren 1991 bis 1995. Deshalb, liebe Frau Dr. Trüpel, erzählen Sie uns nicht immer etwas über richtige Wirtschaftspolitik! Ersparen Sie uns diese richtige Wirtschaftspolitik!

(Starker Beifall bei der CDU – Abg. Frau **S t a h m a n n** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das macht doch die Schulden auch nicht weniger, Herr Eckhoff!)

Einen ganz wichtigen Punkt möchte ich an dieser Stelle auch ansprechen: In den Jahren 1998 bis 2002 sind in Bremen insgesamt 5000 neue Existenzen ge-

(A) gründet worden. Im Jahr 2001 waren es allein 1224. Auch das ist leider im Jahre 2002 aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurückgegangen. In diesen Betrieben entstehen die Arbeitsplätze der Zukunft, und deshalb ist es richtig, dass wir den Schwerpunkt auf die Existenzgründung legen.

(Beifall bei der CDU)

Dann hat ja die SPD-Fraktion in den letzten Jahren – Herr Böhrnsen sprach da immer von der Feinjustierung der Sanierungspolitik – versucht zu sagen, auf der einen Seite steht Investieren und Sparen, und auf der anderen Seite steht die Lebensqualität der Bürger und Bürgerinnen Bremerhavens und Bremens. Ganz davon abgesehen, dass der Grundsatz, den ich gerade zu den Arbeitsplätzen gesagt habe, sicherlich richtig ist, wenn Sie sich diese Fakten hier anschauen, finde ich, gehört schon viel dazu zu sagen, das sei ein Widerspruch zu den Interessen in den Stadtteilen. Letztes Wochenende haben Sie zum Beispiel gesehen, wie erleichtert die Bevölkerung im Stadtteil Hemelingen war, dass nach 25 Jahren Versprechungen durch die CDU-Senatoren endlich der Hemelinger Tunnel realisiert wurde. Das sind die Fakten!

(Starker Beifall bei der CDU)

(B) Wir können das Ganze ja hier durchgehen: Veränderung der Pappelstraße, meinen Sie, das ist keine Lebensqualitätsverbesserung für die Einwohner in der Neustadt? Vierspuriger Autobahnzubringer in Horn-Lehe, meinen Sie, das ist keine Verbesserung für die Bewohner in Borgfeld?

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Linie vier!)

Wir können das alles so fortsetzen. Meinen Sie, an die Schlachte kommen nur Leute, die nicht in Bremen wohnen? Meinen Sie, ins Universum gehen nur Leute, die nicht aus Bremen kommen? Das ist Lebensqualität, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD!

(Starker Beifall bei der CDU)

Selbst wenn wir uns so kleine Beispiele aus der Antwort herausnehmen wie Parkleitsystem für die Messe- und die Stadthalle: Meinen Sie, das hat nichts mit Lebensqualität in Findorff und Schwachhausen zu tun, dass die Suchverkehre abgenommen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD?

(Beifall bei der CDU)

Auch das ist Lebensqualität! Deshalb sagte ich bereits, Fakten, die für sich sprechen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben doch eine

ganze Menge in den letzten acht Jahren gemacht, und deshalb bitte, Herr Böhrnsen, verabschieden Sie sich nicht von diesem erfolgreichen Kurs! Sie werden damit zu kurz springen, ich sage es Ihnen voraus.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt in den nächsten Jahren noch viel zu tun. Wir haben da unsere Schwerpunkte gesetzt. Wir haben schon einiges beschlossen, aber es gibt noch eine ganze Menge zu tun. In der Bremen-Nord-Debatte ist dies, finde ich, sehr gut angesprochen worden, was entwickelt wurde, aber was noch zu entwickeln ist.

Es gibt darüber hinaus noch andere große Herausforderungen. Ich nehme nur einmal den Bereich Kultur, der auch massiv aus dem Haus des Wirtschaftssenators gefördert wurde. Da haben wir zum Beispiel einen Vorschlag der Grünen, die Bewerbung als Kulturhauptstadt, aufgenommen. Ich sage Ihnen das immer wieder, auch zum Abschluss dieser Legislaturperiode: Gute Vorschläge der Grünen werden wir auch in den kommenden Jahren gern aufnehmen, Frau Dr. Trüpel.

(Beifall bei der CDU)

Das ist für uns eine große Herausforderung, uns wirklich so zu positionieren, Kultur so zu platzieren, dass es in allen Ressorts verstanden, begriffen und diese Bewerbung als Kulturhauptstadt entsprechend unterstützt wird. Ich bin mir sicher, dass wir mit unserem kulturellen Angebot eine Chance haben, tatsächlich auch Kulturhauptstadt Europas zu werden. Deshalb lassen Sie uns alle gemeinsam nach diesem Ziel streben, und lassen Sie uns anpacken, damit wir dieses Ziel auch erreichen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Da gibt es natürlich auch Bremerhaven. Auch dies ist eine besondere Herausforderung, Herr Schramm, ich werde Ihre Reden vermissen hier im Parlament.

(Abg. Frau M a r k e n [SPD]: Ich nicht!)

Ich denke immer, Sie leben in einer ganz anderen Stadt als ich, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Grünen!

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich glaube, wenn Sie in Bremerhaven durch die Gegend fahren, gehen, auf dem Fahrrad, mit dem Auto, wo auch immer, dann erleben Sie diese Stadt merkwürdigerweise ganz anders, als es die Bürgerinnen und Bürger tun. Es ist doch endlich gelungen, auch

(C)

(D)

(A) dank der Politik der großen Koalition, einem sicherlich schwierigen Problem, nämlich die Wiederbelebung des Gebiets Alter/Neuer Hafen, eine konkrete Zukunftsperspektive zu geben. Das ist doch eine Chance für Bremerhaven. Lassen Sie uns dies doch auch gemeinsam realisieren, und halten Sie doch nicht immer Ihre Moserreden, Herr Schramm!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das heißt, die Fakten sprechen für sich. Wir haben viel getan, es gibt noch viel zu tun. Lassen Sie uns das gemeinsam anpacken! – Herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD) *): Herr Präsident, Herr Kollege Eckhoff, meine Damen und Herren! Zunächst bin ich einmal froh, dass wir heute von der CDU noch etwas gehört haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir hatten schon den Eindruck, sie würde sprachlos bleiben und unter dem Eindruck der gestrigen Erklärung des Wirtschaftssenators nichts mehr zu sagen haben.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte auch gern von Ihnen, Herr Eckhoff, gehört, wie das denn nun mit der Zukunft des Wirtschaftssenators ist.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht bekommen wir ja insofern eine Antwort auf diese Frage in dieser Debatte.

Meine Damen und Herren, lieber Herr Kollege Eckhoff, ich glaube, Sie haben immer noch nicht verstanden, was der Kern von Sanierungspolitik ist. Was meinen wir eigentlich damit, wenn wir Bremen sanieren wollen? Das können Sie übrigens schon in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1992 nachlesen, was wir damit meinen. Wir wollen auf der einen Seite unsere Haushaltslage verbessern. Wir wollen mit dem, was wir an laufenden Steuereinnahmen haben, auch unsere laufenden Ausgaben bestreiten können. Das ist die eine Aufgabe. Diese Aufgabe hängt mit der zweiten zusammen, dass wir davor so viel Steuerkraft in unserer Wirtschaftsstruktur generieren müssen, dass wir dazu in der Lage sind, das zu tun.

(Beifall bei der SPD)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Das sind die beiden Dinge, die zusammengehören. Ich habe Ihnen gesagt, ein technokratisches Verständnis von Sanierungspolitik ist, wenn wir uns an bloßen Zahlen von Gewerbeflächenquadratmetern oder Hektarzahlen von Büroflächenquadratmetern berauschen würden oder wenn wir uns auch damit zufrieden geben würden, was ein schöner Erfolg ist, aber eben nur ein Teilerfolg, dass wir in unserem Wirtschaftswachstum über dem Bundesdurchschnitt liegen. Wunderbar! Auch dass wir mit unserer Zunahme von Beschäftigung über dem Bundesdurchschnitt liegen, ist wunderbar!

(C)

Aber, meine Damen und Herren, Sanierung hat auch die Seite, und das, Herr Eckhoff, nehmen Sie doch bitte einmal zur Kenntnis, dass wir mit den Menschen in Bremen und Bremerhaven daran arbeiten, dass unsere Städte auf einer gesicherten finanzpolitischen und wirtschaftlichen Grundlage zukunftsfähig und attraktiv sind!

(Beifall bei der SPD)

Weil das so ist, deswegen gehört die Zunahme von Beschäftigung, die Umstrukturierung unserer Wirtschaft zusammen mit der Entwicklung unserer Stadt und unserer Stadtteile und auch damit, dass wir uns wohl fühlen in unseren Stadtteilen, dass wir eine soziale, freizeitmäßige und kulturelle Infrastruktur in unseren Stadtteilen vorfinden. Das gehört zusammen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Eckhoff, ich bin doch weit davon entfernt, nicht das Erfolg nennen zu wollen, was auch ein Erfolg ist. Natürlich haben wir eine Menge erreicht in diesen letzten vier oder acht Jahren. Da braucht man doch nur durch unsere Stadt zu gehen vom Norden bis zum Süden, vom Osten bis zum Westen. Da ich aus Bremen-Nord komme, fange ich immer im Norden an. Sehen Sie sich an, was wir auf dem Vulkan-Gelände erreicht haben, auf dem vor sieben Jahren, als der Bremer Vulkan in Konkurs gegangen ist, zuletzt noch 1700 Menschen gearbeitet haben! Da haben ja einmal 5000, 6000 Menschen gearbeitet, Hasso Kulla weiß das von uns am besten. Jetzt arbeiten auf diesem Gelände wieder Menschen, 1200 Menschen, aber nicht in einem, sondern in 59 Unternehmen.

Das beschreibt den Erfolg, aber gleichzeitig auch die Aufgabe, nämlich die Aufgabe, dass wir Arbeitsplätze sehr kleinteilig, sehr mühsam schaffen müssen. Dass wir unsere Wirtschaftsstruktur verändern müssen, erlebt jeder, der in die alten Hafenreviere geht. Wer alter Bremer ist oder noch nicht so alt, aber hier geboren ist, dem kommen die Tränen, sagen manche, wenn er durch diese alten Hafenreviere geht und sich erinnert, was hier einmal war. Dort kann man sich doch die Notwendigkeit, aber auch die Ansätze und den Erfolg der Umsteuerung in unserer

- (A) Wirtschaftsstruktur ansehen. Technologiepark, Universität, darüber reden wir doch auch als Erfolg. Airport-City, darüber reden wir als Erfolg. Maritime Biotechnologie in Bremerhaven, ein Erfolg!

Wir machen doch zweierlei, und das ist auch richtig. Wir knüpfen an unsere Stärken an, die in Bremerhaven zum Beispiel darin liegen, dass wir Seehafen sind, dass wir Kreuzfahrts- und -abreisestation sind, deswegen haben wir einen Kreuzfahrtterminal geschaffen, und wir arbeiten daran, dass wir, um unsere Strukturen zu verändern, City of Science werden. Deswegen IUB, deswegen Technologiepark!

(Beifall bei der SPD)

Herr Eckhoff, worum es geht, ist, dass wir unsere Sanierungspolitik so weiterentwickeln, dass wir das Ziel erreichen, das ich beschrieben habe, mit den beiden Teilen Haushaltsnotlage überwinden und Wirtschaftsstruktur so gestalten, dass wir auf dieser Struktur eine gesicherte Grundlage haben. Darüber müssen wir nachdenken. Ich erwarte von Ihnen, Herr Eckhoff, nicht nur eine Aufzählung von Erfolgen, die da sind, sondern auch die Kreativität für neue Vorschläge für die Zukunft. Die fehlen bei Ihnen total!

(Starker Beifall bei der SPD)

- (B) Stichwort Gewerbeflächenpolitik: Ihnen fällt nur ein, hektarmäßig an dieses Problem heranzugehen. Gehen Sie doch einmal so heran, dass Sie sich ein Beispiel an uns nehmen, wenn ich das unbescheiden sagen darf, und entwickeln Sie ein Konzept, wie wir zum Beispiel den Technologiestandort Bremen und Bremerhaven so weiterentwickeln, dass die Menschen sich einerseits in der Stadt wohl fühlen, Arbeitsplätze finden und die Qualitäten dieser Stadt erhalten bleiben!

(Beifall bei der SPD)

Dann werden Sie merken, hoffentlich jedenfalls, dass Ihr Verständnis von Wirtschaftspolitik antiquiert ist und dass das, was andere sagen, lasst uns vernetzte Strukturen in dieser Stadt schaffen, lasst uns auf die Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft an verschiedenen Standorten in Bremen und Bremerhaven setzen, die moderne Wirtschaftspolitik ist, die dazu führt, die urbanen Qualitäten zusammenzubringen, die Leben, Wohnen, Arbeiten heißen und in einem solchen Konzept gegründet sind. Ich lade Sie ein mitzumachen, Herr Eckhoff!

(Starker Beifall bei der SPD)

Dann habe ich noch zwei Stichworte in Erinnerung, Hemelinger Tunnel und Sanierung Hemelin-

- gen. Herr Eckhoff, mit aller Zurückhaltung, das ist unverschämt, was Sie hier behauptet haben! (C)

(Beifall bei der SPD)

Es ist unverschämt, dass Sie sich diesen fraglosen Erfolg vor das Tor legen und sagen, das ist unserer gewesen. Soviel Souveränität muss bitte schön sein, daran haben wir gemeinsam gearbeitet.

Aber es gibt einen Erfolg, den hängen wir uns ganz allein ans Revers, das ist zum Beispiel die Linie vier.

(Beifall bei der SPD – Abg. Frau Stammann [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau-so unverschämt!)

Gut, wir nehmen die Grünen mit ins Boot, das wollen wir gern tun, meine Damen und Herren. Aber ich erinnere mich doch noch gut, was wir hier für Debatten hatten, dass diese große Koalition, wenn es nur nach der Meinung Einzelner gegangen wäre, beinahe nicht zustande gekommen wäre – ich mache dazu jetzt keine Fußnote, ob das gut oder schlecht gewesen wäre –, weil Sie die Linie vier nicht wollten und für eine Katastrophe gehalten haben. Sehen Sie sich an, was daraus geworden ist! Es ist eine tolle Sache. Gut, dass sie gebaut worden ist, gut, dass die Widerstände der CDU überwunden worden sind, meine Damen und Herren!

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss meines zweiten Beitrages, vielleicht gibt es auch noch einen dritten Beitrag.

(Abg. Teiser [CDU]: Das kann noch bis morgen dauern!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, um da noch einmal mit Herrn Senator Hattig zu sprechen, eine richtige Analyse aufgrund einer sorgfältigen Betrachtung der Fakten, nicht der Kommentare, zu machen und daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, aus Fehlern auch zu lernen, auch das ist selbstkritische Politik, und auch das gehört zu einer erfolgreichen Politik. Dann auf der Grundlage der Fakten und der gewonnenen Erfahrungen Sanierungspolitik weiterzuentwickeln, ich glaube, wir haben dafür gute Rezepte und sind bereit, sie nach dem 25. Mai auch umzusetzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Henkel.

(A) Abg. **Henkel** (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

(Abg. Frau **K r u s c h e** [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo ist der Schäferhund?)

Das ist ein Wolf, das ist ein kleiner Unterschied!

Wenn das, Herr Böhrnsen, was Sie eben zur Qualität einer Stadt, zum Verhältnis von Wohnen und Arbeiten, zur Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft ausgeführt haben, alles ernst gemeint ist,

(Abg. **B ö h r n s e n** [SPD]: Immer ernst gemeint!)

dann wüsste ich aber gern von Ihnen, warum ausgerechnet von Ihnen, von der SPD, von einem Unterbezirksparteitagsbeschluss der SPD die Initiative zur Westerweiterung zulasten der Uniwildnis ausgegangen ist. Dann müssten Sie doch der Erste sein, der jetzt hier sagt, es ist dummes Zeug! Von Ihnen ging doch die Initiative aus! Jetzt stellen Sie das so dar, als wäre es ausschließlich CDU-Politik. Sie irritieren mich zumindest. Das wüsste ich dann noch einmal gern, wie ich das einzuordnen habe. Sie predigen hier etwas anderes als das, was Sie dann tatsächlich in der politischen Praxis tun. Das tut mir Leid, aber vielleicht können Sie mir das noch erklären.

(B) Ich wollte eigentlich noch auf einen anderen Gesichtspunkt hinweisen. Ich glaube, es wäre natürlich wirklich albern und reine Polemik, und dazu habe ich überhaupt keine Lust. Ich halte es auch für sinnlos, hier in der Bürgerschaft Wahlkampf zu machen, weil jeder, der hier sitzt, sowieso weiß, was er wählt. Also können wir uns das sparen.

(Heiterkeit – Abg. **B ö h r n s e n** [SPD]: Das stimmt!)

Es wäre natürlich Unsinn, der großen Koalition bestreiten zu wollen, dass wirtschaftliche Erfolge erreicht worden sind, wie das hier dargestellt wird. Das muss man alles nicht wiederholen. Da gab es auch Fehleinschätzungen, daran waren wir alle beteiligt. Ich war ja noch bis vor kurzem involviert.

Es gibt, da gebe ich Ihnen auch Recht, den Grünen und Ihnen, aber bei Ihnen warte ich dann noch auf die Realisierung, eine gewisse Einäugigkeit bei der CDU nur unter dem Gesichtspunkt von Wirtschaftlichkeit, und dass der hier häufig konstruierte Gegensatz zwischen Arbeitsplätzen und Lebensqualität so gar nicht existiert. Der wird hier künstlich hochgepuscht, um zu polarisieren gegen Leute, die eben einen größeren Anspruch haben an Stadtentwicklung als den reinen Flächenverbrauch und die reine Bedienung einseitiger wirtschaftlicher Interessen.

(C) Ein Punkt fehlt mir aber in der ganzen Debatte hier, und da bin ich auch richtig neugierig, dazu etwas zu hören. Ich fand ja den Beitrag von Herrn Hatting, der so veröffentlicht wurde, erfrischend offen. Ich hatte, wenn der eine oder andere es gelesen hat, ein paar Tage vorher für die „taz“ einmal einen Beitrag geschrieben und schon darauf hingewiesen, dass ich auch fest davon überzeugt bin, dass jeder hier im Hause weiß, dass es eine Sanierung Bremens als Bundesland nicht gibt. Man kann lange darüber philosophieren, warum das so ist und wer daran schuld ist. Tatsache ist, die Siedlungsstrukturen haben sich so entwickelt, wie sie sind, und ich denke einmal, es ist ein strukturelles Problem. Es kann so, bei der Steuerverteilung, der Siedlungsstruktur, keine dauerhafte Sanierung geben.

Die Frage ist doch die, worauf die Bürgerinnen und Bürger einmal eine Antwort erwarten dürfen: Es ist doch nicht der Untergang der Stadt Bremen für die Bürgerinnen und Bürger, wenn man darüber redet, ob es noch zeitgemäß ist, dass Bremen auf Dauer unbedingt ein eigenes Bundesland bleiben muss. Ich bin 1976 aus einem Flächenland hierher gezogen, aus Münster, Westfalen. Ich kann Ihnen versichern, es ist heute noch so, dass sie dort nicht im Elend dahinvegetieren und dass es auch in Westfalen keine Duodezfürsten mehr gibt und auch im katholischen oder schwarzen Münster keinen Erzbischof oder so mehr, dessen Willkür die Bürger ausgeliefert sind. Der Lebensstandard ist dort mindestens genauso hoch wie hier.

(D) Ich denke einmal, dass in der nächsten Legislaturperiode bereits die Party zu Ende ist, das wissen wir doch alle, da laufen die Bundesmittel aus, eine Anschlussfinanzierung ist nicht in Sicht. Woher soll denn Kanzler Schröder, selbst wenn er seine Zusagen einhalten wollte, das Geld nehmen? Wir wissen doch alle, wie die Situation ist, und von den anderen Bundesländern, die auch riesige Probleme haben, vor allem im Osten, erwarten Sie doch nicht allen Ernstes, dass irgendeines bereit ist, hier noch weiterhin Bremen zu sanieren!

Also, in zwei Jahren ist die Party zu Ende, vielleicht in drei Jahren, weil man die Zeit noch einmal mit Schulden überbrückt, aber dann muss es doch eine Anschlusslösung geben. Eine Anschlusslösung muss den Bürgern doch einmal vorgestellt werden, und das wird hier völlig ausgeblendet. Es wird aus der Diskussion ausgeblendet, das wird aus dem Wahlkampf ausgeblendet, und ich finde, das ist doch eine Frage, über die man reden muss, wenn man hier schon über die Zukunft in der nächsten Legislaturperiode redet und nicht über einen Zeitpunkt in 20 Jahren. Den kann man vielleicht ausblenden, weil der eine oder andere diesen – ich wahrscheinlich einschließlich – nicht mehr erleben wird.

Was aber in zwei Jahren, während der künftigen Legislaturperiode, anliegt, wo wir doch alle die Fakten kennen, da machen wir uns doch nichts vor, das

(A) sollten wir hier deutlich und offen sagen! Ich bin Herrn Hattig ausgesprochen dankbar dafür, weil er sich da eben nicht so sehr von politischen Opportunitäts Gesichtspunkten leiten lässt, sondern so ist, wie er ist, dass er dazu auch einfach einmal ganz offen Stellung genommen hat und es so deutlich gesagt hat, wie es gesagt werden muss. – Vielen Dank!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Henkel, Sie haben gesagt, dass sich in der Bürgerschaft jeder sicher ist, wen er wählt. Bei 99 Kollegen bin ich mir sicher, dass sie es wissen, bei Ihnen wissen wir nicht genau, ob Sie bis zum 25. Mai vielleicht noch einmal die Seite wechseln, lieber Herr Henkel!

Lieber Herr Böhrnsen, ich fand Ihre Rede schon bemerkenswert,

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

denn Ihre Erinnerung scheint tatsächlich erst 1995 irgendwo mit Ihrem Einzug in die Bürgerschaft anzufangen. Ich gestehe Ihnen ja auch zu, dass Sie vorher vielleicht nicht ganz so intensiv das politische Geschehen verfolgt haben.

(B) Aber zu den Fakten! Die stehen nun nicht in der Antwort, aber ich finde, darüber sollten wir auch reden. Wie war es denn mit dem Hemelinger Tunnel? Wann hat denn Ihre Partei, lieber Herr Böhrnsen, ihn in Hemelingen versprochen? Ende der siebziger Jahre! Wie lange ist dann nichts passiert? Wer war es dann in den Koalitionsvereinbarungen 1995 und anschließend im Koalitionsausschuss, wo das durchgesetzt wurde? Es war der Kollege Neumeyer im Koalitionsausschuss, der dann noch darauf gedrängt hat, es war der Bausenator Dr. Schulte, der die Planungen dafür gemacht hat. Es trägt alles CDU-Handschrift. Sie haben es 15 Jahre versprochen, und wir haben es umgesetzt!

(Beifall bei der CDU)

Oder wie war es mit dem ÖPNV?

(Abg. Frau **H a m m e r s t r ö m** [SPD]:
Linie vier!)

1974 hat es die letzten Verlängerungen von Straßenbahnlinien in Bremen gegeben, nach Huchting.

(Zuruf des Abg. **P f l u g r a d t** [CDU])

Der liebe Herr Kleen weiß das wahrscheinlich besonders gut. Dann ist 20 Jahre lang überhaupt nichts passiert, bis die CDU in die Regierung eintrat und

die Planungen zu einem vernünftigen Anschluss der Universität im Bereich der Linie sechs durchgesetzt hat. Auch das hat etwas mit Lebensqualität zu tun, Herr Böhrnsen!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Bei der Linie vier wollen wir uns gar nicht verstecken, um Gottes willen, denn wie die Linie vier umgesetzt wurde, dass die Linie vier überhaupt noch mit einem vernünftigen Fluss des Individualverkehrs umgesetzt wurde, das ist auch der CDU zu verdanken. Sie hätten dort ganze Stadtbezirke mit dem Individualverkehr abgeklemmt, lieber Herr Böhrnsen.

(Beifall bei der CDU – Abg. **B ö h r n s e n**
[SPD]: Unterste Schublade!)

Wie sah es denn vorher aus? In den Jahren 1982 bis 1995 sind 150 Millionen DM Bundesmittel, die zur Gemeindeverkehrsfinanzierung anstanden, durch die damaligen SPD-geführten Senate, entweder allein regierend oder in der Ampelkoalition, gar nicht abgefordert worden. Das Geld, das für die Verlängerung der B 74 zur Verfügung stand, ist verfallen. Das Geld, das für den Fly-over zur Verfügung stand, ist verfallen. Das ist die Realität Ihrer gescheiterten Politik, lieber Herr Böhrnsen!

(Beifall bei der CDU)

(D)

Lieber Herr Böhrnsen, wenn ich das für mich persönlich sagen kann, was für mich persönlich der wichtige Antrieb ist, dass wir die Sanierung schaffen, und was für mich die Grundlage ist, Sie haben das, finde ich, sehr technokratisch gesagt: Als obersten Antriebspunkt, und ich hatte das gerade schon gesagt, finde ich, müssen wir uns darum kümmern, hier neue Arbeitsplätze entstehen zu lassen, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass hier neue Arbeitsplätze durch Unternehmer geschaffen werden, eine entsprechend investitionsfreundliche Politik zu verstärken.

Mein lieber Herr Böhrnsen, ich glaube, wir dürfen über dieses Problem nicht technokratisch reden. Das ist das, was die Menschen bewegt. Wenn ich mir anschau, dass wir es in den letzten Jahren hier tatsächlich geschafft haben, mehr Erwerbstätige zu haben, dann ist das auch die Herausforderung für die nächsten Jahre, und daran müssen wir auch unsere Politik ausrichten. Da haben wir es mit Rahmenbedingungen zu tun. Diese Rahmenbedingungen, und das wissen Sie selbst auch, durch den Bund sind im Endeffekt katastrophal.

Während die Arbeitslosenzahl in Bremen im Vergleich zum Vorjahr Gott sei Dank nur um 1,7 Prozent zugenommen hat, waren es im Bund 5,4 Prozent. Wir haben mittlerweile im Bundesgebiet 500 000 Arbeitslose mehr als im letzten Jahr. Das sind die

(A) schlimmen Rahmenbedingungen, unter denen wir hier im Moment Wirtschaftspolitik machen und damit auch Arbeitsplätze zu schaffen versuchen. Wir müssen dafür alles tun.

Ich kann Ihnen zur Zukunft von Josef Hattig nur einen Satz sagen: Ihre Bundesregierung wäre froh und glücklich, wenn sie einen Menschen mit dem wirtschaftspolitischen Verstand von Herrn Senator Hattig in ihren Reihen hätte, lieber Herr Böhrnsen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Als Kronzeugen dafür möchte ich ein Zitat vortragen, ich hoffe da auf die Genehmigung des Präsidenten: „Es hat uns nicht an sozialer Kompetenz gefehlt, sondern an ökonomischer.“ Gerhard Schröder, Bundeskanzler, zur Politik seiner Regierung in den vergangenen Monaten! Lieber Herr Böhrnsen, das ist die Realität, das sind die Rahmenbedingungen, unter denen wir hier im Moment versuchen, Wirtschaftspolitik zu gestalten.

(Abg. S c h i l d t [SPD]: Ja, dann nehmen wir Herrn Hattig auf!)

(B) Sie haben gesagt, Sie wollen mit uns darüber diskutieren, wie man Leben, Arbeiten und Wohnen zusammenbringen kann, wir haben die Vorschläge mit einem Technologiestadtteil gemacht. Das ist genau das, wo das zusammengebracht wird. Aber nein! Auch Sie trauen sich nicht, den schwierigen Weg zu gehen, auch die Umweltschützer davon zu überzeugen, dass natürlich dieses Erfolgsmodell Technologiepark, in dem mittlerweile mehr als 6000 Menschen in den letzten Jahren Arbeit gefunden haben, auch fortgesetzt werden kann. Wir wollen es fortsetzen – auch über die Autobahn hinaus – und dort 10 000 neue Arbeitsplätze entstehen lassen, Sie wollen es leider nicht. Auch das müssen wir den Wählern vor dieser Wahl sagen.

(Beifall bei der CDU)

Eines muss man auch feststellen: Natürlich sind bestimmte Projekte schwieriger geworden, es macht keiner einen Hehl daraus, Sie haben auch selbst das Thema Musical hier in Ihrer Rede angesprochen. Einen Schluss darf man daraus aber nicht ziehen: Wenn man weiß, dass der Tourismus in den nächsten Jahren zunehmen wird, insbesondere auch der Städtetourismus, dass der Tourismus der Bereich ist, der mit die meisten Arbeitsplätze generiert, wo die meisten Arbeitsplätze entstehen können, dass wir in den letzten Jahren in Bremen im Bereich des Tourismus auch eine erfreuliche Entwicklung hinter uns haben und auch zusätzliche Arbeitsplätze entstanden sind, darf man nicht, wenn ein Projekt wie das Musical scheitert, sagen, ich stecke jetzt den Kopf in den Sand

und will überhaupt keine neuen Tourismusprojekte mehr. Dies ist der falsche Weg, (C)

(Beifall bei der CDU)

wenn Sie eine generelle Absage an Großprojekte für die nächste Legislaturperiode oder die nächsten Jahre erteilen, auch dies müssen wir den Leuten sagen.

Wir müssen jeden Projektvorschlag, den es gibt, genau prüfen, genau analysieren, was er bringt,

(Abg. Frau D r . T r ü p e l [Bündnis 90/ Die Grünen]: Allerdings!)

und wenn er neue Arbeitsplätze nach Bremen bringt, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, müssen wir auch weiter solche Projekte entsprechend umsetzen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. B ö h r n s e n [SPD] – Abg. T e i s e r [CDU]: Aber prüfen kann man es doch!)

Wir werden in den nächsten Jahren unsere Anstrengungen darauf konzentrieren, weiter neue Arbeitsplätze in Bremen zu schaffen. Dafür haben die Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit, am 25. Mai, das sage ich so ganz deutlich, das Kreuz bei der CDU zu machen. Nur sie ist der Garant für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und damit auch für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. – Vielen Dank! (D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster erhält das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Parlament kann ja richtig Spaß machen, ich werde mich bemühen, meinen Beitrag zu leisten.

Lieber Herr Schramm, auch von dieser Stelle aus, ich weiß gar nicht, ob mir das zusteht, alles Gute! Sie scheiden aus dem Parlament aus. Sie liefern mir immer wieder Vorlagen, bei denen ich als alter Sportler nicht widerstehen kann, ich schieße den Ball ins Netz. Das versuche ich jetzt auch einmal mit Ihrer Bemerkung: Bremerhaven und was habt ihr Bremer damit gemacht! Übrigens ist es für Bremen sowieso gut, schon gar für einen bremischen Senator, dass er mit Bremerhaven so beginnt, dass alle glauben, dass der Stadtstaat aus zwei Städten besteht, Bremerhaven und Bremen.

Ich fange jetzt also einmal an, ich habe mich gerade bemüht, aus dem Kopf heraus alles zu erinnern. Ich war in letzter Zeit ja so oft in Bremerhaven, dass es mir fast schwer fällt: Innenstadt verändert, das Bioinstitut, das Fischereiökologieinstitut aus Ham-

- (A) burg geholt, das Designzentrum eröffnet, Alter und Neuer Hafen in einen finanziellen Rahmen gelegt, dass die Bremerhavener kaum wissen, was sie zuerst umgraben sollen!

(Heiterkeit)

CT III a, CT IV, Wilhelmshaven, Osthafenerweiterung und nun auch noch die Kaiserschleuse!

(Abg. Frau **W i e d e m e y e r** [SPD]: Aussichtsplattform!)

Ich bin in diesem Parlament in meinen Erwartungen ja schon sehr zurückhaltend. Ich erwarte weder, dass Sie mich zum Ehrenbürger ernennen noch erwarte ich, dass Sie mir eine Plakette verleihen, aber ich hätte wenigstens gedacht, dass Sie mir zum Abschied sagen würden, Hattig, Sie waren super, wir gehen in Bremerhaven einmal zusammen „umzu“!

Leider ist das nicht der Fall, aber erlauben Sie mir noch eine Feststellung! Ich führe mit dem Finanzsenator, der seinen Job verdammt ernst nimmt und aus meiner Sicht hervorragend macht, eine harte Diskussion zu der Frage, können wir vor der Wahl die Osthafenerweiterung beschließen, können wir die Kaiserhafenschleuse planen. All das setze ich durch! Da laufen doch nicht zwei Parteibücher aufeinander, die sich schon deswegen zunicken, sondern es kommen zwei Köpfe, die Sachverantwortung für ihre Ressorts haben. Dass wir sparen müssen, ist doch hier jedem klar, und dass der Wirtschaftssenator investieren muss und dass das gelegentlich unüberbrückbar erscheint, setzt doch voraus, dass man sich miteinander verzahnt, dass man diskutiert. Die Diskussion mit Herrn Perschau ist auf dem Sektor nicht ganz einfach, der sitzt auf dem Geld, so wenig er auch hat, aber er sitzt darauf.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Wenn das alles gelingt und mir hier jemand erzählt, was tut ihr eigentlich für Bremerhaven, kann ich Herrn Eckhoff nur wiederholen. Haben wir eine gestörte Wahrnehmungsfähigkeit, und wenn ja, sollen wir unsere Brillen austauschen? Vielleicht ist meine bei Ihnen besser aufgehoben als Ihre bei mir.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. **S c h r a m m** [Bündnis 90/Die Grünen]: Klarsichtbrille!)

Nachdem das gesagt ist, wende ich mich dem Anlass zu, Lebensqualität! Lieber Herr Böhrnsen, dass Lebensqualität und Wirtschaft eng miteinander verbunden sind, ich glaube, das muss ich hier nicht länger ausführen. Lösen wir uns einmal von unseren bremischen Zirkularbetrachtungen und nehmen wir

das einmal in einen größeren Kontext! Ich sage ja nur Bundesrepublik, ich will gar nicht weiter in die Welt hineinziehen, dann können wir doch überhaupt nur noch die Zeitung aufschlagen oder die Steuerschätzung des Finanzsenators nehmen, um festzustellen, dass der Satz, Wirtschaft und Lebensqualität haben eine enge Beziehung zueinander, sie sind im Gegensatz zu Ehen nicht scheidbar, stimmt. Das muss man doch einfach einmal aufnehmen und festhalten.

In diesem Zusammenhang habe ich gestern einen Jahreswirtschaftsbericht vorgelegt. Erste Frage, die ich zu beantworten hatte: Macht man das vor der Wahl? Dann zeigen doch alle mit dem Finger, wenn die Zahlen gut sind, und sagen, der macht doch nur Lärm vor der Wahl. Ich habe also gesagt, Sachentscheidungen haben nichts mit Wahlen zu tun, sondern sie sind Fakten, das war der Grund, warum ich es getan habe. Dann habe ich es so getan, wie ich es gelernt habe: Wenn Sie mir erlauben, ohne jede Eitelkeit, wer mit über 30 Jahren Führungsverantwortung und Führungserfahrung arbeitet, nimmt Zahlen nüchtern auf, analysiert sie und setzt sie in einen Kontext. Das ist das, was ich gestern getan habe. Diese Zusammenfassung des Kontexts heißt schlicht und einfach, wir – und wir heißt hier große Koalition – sind erfolgreich, und das ist keine Momentaufnahme, sondern lässt sich an den Fakten der letzten Jahre belegen.

Natürlich kann ich doch nicht umhin festzustellen, dass Bremen nicht eine Insel der Seligen ist, sondern wir sitzen in der Bundesrepublik und sind von den strukturellen Bedingungen so abhängig, dass man sich manchmal fragt, sollten wir den Stadtstaat nicht unter den Arm nehmen, in den Ozean auf eine Insel gehen, da wären wir bei den gegebenen Strukturverhältnissen möglicherweise besser. All das habe ich gestern getan in der mir eigenen Nüchternheit, jedenfalls was die Orientierung zu dem Inhalt angeht, und habe die Fakten dargelegt.

Nun bin ich allerdings auch weit davon entfernt, Herr Böhrnsen, den Ausdruck habe ich aufgenommen, mich daran zu berauschen, wie Sie das eben genannt haben. Wenn schon Rausch, dann auf andere Art und Weise, aber nicht an solchen Entwicklungen!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich bin ja schließlich lange Jahre für so ein Unternehmen verantwortlich gewesen. Ich habe eine Menge Aufnahmefähigkeit zu dem Thema, also, wenn schon berauschen, dann an anderen Dingen, aber doch nicht an Fakten. Aber ich muss doch gelegentlich, erlauben Sie mir, das zu sagen, bei den Versuchen, hier ständig eine Friedhofstimmung zu erzeugen, den Eindruck erwecken, dass dieses Leben in Bremen fröhlich ist und dass wir vital dabei sind, die Stadt vital zu halten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(C)

(D)

(A) Das wird man wohl noch sagen dürfen! Dann gibt es noch eine Grunderfahrung, Frau Trüpel, dabei schaue ich Sie mit aller Freundlichkeit, die mir eigen ist, ein wenig an, ich bemühe mich zumindest. In bremischen Zeitungen Fakten und Kommentare auseinander zu halten ist eine Praxis, die man schon generell üben muss. Vielleicht, kann man sagen, ist das in bremischen Zeitungen ein besonders empfehlenswerter Vorgang.

Damit ich jetzt aber nicht in den Verdacht komme, Journaille zu beschimpfen, ich bin weit davon entfernt, sage ich dies: Natürlich schreibt der Kommentator auch eine Eigenverwirklichung seiner Absichten, wie gut oder wie schlecht oder wie weniger gut, das alles kann dahin stehen, nur, wir sollten uns an die Fakten halten. Die Fakten sind stimmig. Natürlich wünschte ich mir die Fakten gelegentlich auch besser, als sie sind, aber – das ist ja in dem Kontext der ganzen Diskussion immer wieder deutlich geworden – wir haben in Bremen den Job zu machen in einer langen, fast erstarrten Tradition, diese aufzubrechen, sie wirtschaftlich zu orientieren und daraus Vernunft zu machen.

Jetzt nur zwei Stichworte, denn meine Zunge weigert sich allmählich, zum Thema Space-Park hier längere Ausführungen zu machen! Frau Trüpel, wie sehr Sie auch an dem Grabesriemen aus Ihrer Sicht drehen, ich habe überhaupt keinen Grund, selbigen ständig anzunehmen. Aber was habe ich gestern gesagt? Ich habe nichts anderes gesagt, und das mehr in einer Nebenkomentierung als wirklich im Mittelpunkt, ich habe nichts anderes gesagt, wir unterscheiden Entertainment und Shopping. Shopping ist der Begriff geworden, der sich über sieben Jahre eingebürgert hat. Wir fragen uns heute, ist er noch bei völlig veränderten Umständen die angemessene Antwort.

(B) Ich bitte Sie, das ist unternehmerisch so selbstverständlich, wie es denksportlich selbstverständlich ist, dass man sich nach sieben Jahren normativer Kraft des Faktischen – soll ich Ihnen einen Vortrag über den Einzelhandel halten, ich könnte es, versage es mir aber – dann fragt, gibt es dazu keine Alternativen, über die man nachdenken muss, erste Feststellung!

Zweite Feststellung: Das bin nicht ich, sondern das ist die Allianz, das ist die Dresdner Bank, das ist die Degi, die haben jetzt die Verantwortung. Ich betrachte es durchaus als einen Erfolg, dass ich das hier so formulieren kann.

Die nächste Feststellung: Ich bin ein Unternehmer, ich habe das noch nicht vergessen, noch nicht völlig verlernt und unterhalte mich mit den Top-Allianz-Leuten auch über so ein Thema, ohne dabei die Verantwortung zu vermischen. Die Leute auf der anderen Seite sehen das genauso, nämlich wenigstens einmal die Alternative zu befragen, um festzustellen, ob sie eine solche ist. Ich wiederhole mich, das

ist ein so selbstverständlicher Vorgang unternehmerischer Art, dass ich das jetzt nicht weiter kommentieren möchte.

(C)

Allerdings diesen Satz auch, Staatsunternehmen, verehrter Herr Böhrnsen! Von den rund 600 Millionen sind 450 privates Investment, die Hälfte von den verbleibenden 150 sind Revitalisierung, die wir ohne jeden Zweifel hätten auch so machen müssen. Wenn ich den Strich darunter mache, wünsche ich mir mehr Projekte, die eine solche Art von privatrechtlicher Orientierung hätten.

(Beifall bei der CDU)

Eine Bemerkung zur Sanierung! Als Ziel unverändert und unabdingbar, darin sind sich Scherf, Perschau und Hattig, wenn ich die drei Namen nennen darf, so einig, dass Sie keine Rasierklinge dazwischen bekommen. Nur sind die Gesamtumstände so kompliziert geworden – lesen Sie doch Zeitung, das tun Sie ja, um das zu wissen! –, dass wir ein gesamt schwieriges Umfeld haben, und die Perspektive, jedenfalls die kurzfristige, ist alles andere als freundlich.

Wenn ich dazu auch noch die Steuerschätzung des Finanzsenators, die eigenen Probleme Bremens, Häfen, die Soziallasten sehe, die ja vom Bund immer fröhlich, jedenfalls die letzteren, auf die Städte abgelagert werden, wenn ich dann feststelle, dass wir noch keine hinreichende vernünftige Finanzreform haben, die auch den Föderalismus impliziert, dann, sage ich vor dem Hintergrund, jetzt bitte ich doch, genau zuzuhören, und zweimal unterstreiche ich den Satz, ist der Zeitpunkt 2005 für mich zumindest mit einem großen Fragezeichen versehen.

(D)

Das habe ich gestern gesagt, und da ist überhaupt kein Unterschied zwischen Herrn Perschau und mir, der, ich sage das ausdrücklich, unnachsichtig auch den entscheidenden Punkt, nämlich das Sparelement so in dieser Stadt zu verankern, dass daraus Kraft wird, weiterführt. Wir haben die Konsumausgaben, jetzt rede ich für die große Koalition, in einer Weise gedeckelt, dass wir wirklich sagen können, vorbildlich passiert! Das einmal zu dem Gestrigen!

Muss ich aufhören?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das war nur ein Hinweis!

Senator Hattig: Schade, jetzt war ich gerade so schön im Fluss! Aber ich bemühe mich, es ganz kurz zu machen!

Lieber Herr Böhrnsen, was mir an Ihrem Beitrag auffiel, war, dass Sie immer mit Arbeitsplätzen anfangen. Ich bin einverstanden, als Ziel gibt es auch zwischen uns beiden keinen Millimeter in der Notwendigkeit, dieses Ziel unverändert vor Augen zu behalten und die Schrittfolge daraufhin zu organisieren. Aber die Kausalität heißt Wirtschaft und Be-

- (A) schäftigung, sie heißt nicht Beschäftigung und dann auch noch Wirtschaft. Ich glaube, mit dieser etwas gepressten Formulierung werden die Unterschiede deutlich.

Ich könnte das an Berlin in einer Weise belegen, dass wir dann möglicherweise Bremen statt Berlin formulieren würden, aber das will ich ganz bewusst nicht. Wir haben hier nur den Job zu machen, innerhalb der gegebenen Möglichkeiten, die nun einmal durch Bundesrahmenbedingungen gegeben werden, einigermäßen den Kopf erträglich über Wasser zu halten, und ich habe noch kein Wasser geschluckt, um es einmal auf diese Art und Weise zu sagen.

Wenn ich dann höre, was für einen Schwachsinn macht der da eigentlich! Wildwasser und was da alles erzählt wird! Manchmal bin ich hin- und hergerissen, ich muss aufpassen, dass ich mein Gleichgewicht nicht verliere. Einerseits haben wir keine Visionen, alles nur Technokraten, die bauen buchhalterisch nur ab, und lässt man dann andererseits einmal den Gedanken freien Lauf, wohlgemerkt noch nicht finanziell veranschlagt, noch nicht genehmigt, Ihre hoheitliche Reaktion wird in keiner Weise tangiert, aber denken wird man doch wohl noch dürfen,

(Beifall bei der CDU)

- (B) wie man dieser Stadt unter dem Stichwort Tourismus eine noch höhere Laufgeschwindigkeit geben kann, als es ohnehin schon der Fall ist.

Jetzt lasse ich einmal die ganzen klugen Ausführungen zum Thema Lebensqualität und zum Thema Verbindung von Wirtschaft und Lebensqualität. Ich mache es auch einmal mit der Glocke im Rücken, das kann ja bedrohlicher wirken, als wenn man sie vor sich hätte. Auch vor all dem Hintergrund, der hier diskutiert worden ist, will ich nur noch ganz wenige Zahlen nennen.

Wirtschaftswachstum Bremens im letzten Jahr plus 0,9 Prozent, der Bund plus 0,2 Prozent, Erwerbstätigenzahlen Bremen minus 0,5 Prozent, Bund minus 0,6 Prozent, Arbeitslosenzahl 40.532, Veränderungen in Bremen plus 1,7 Prozent, Bund plus 5,4 Prozent! Damit mich niemand missversteht, diese Arbeitslosenzahl muss uns alle umtreiben, alle! Nächster Punkt: Die Exportquote wäre wesentlich höher, wenn ich das jetzt feststelle und es einmal in die Relation einer Durchschnittsbetrachtung nehme, dann sind wir auch im Trend besser geworden. Deswegen sage ich, wir haben den Trend umgekehrt.

Jetzt könnte ich mich selbst betrachten, indem ich einmal so tue, als würde ich durch Bremen laufen. Das lasse ich aber, denn wir alle kennen uns ja und wissen es. Ich sage nur eines, Frau Trüpel, wenn ich Sie für die Fraktion der Grünen ansprechen darf: Ich verstehe ja, dass Sie wiederholen: Wir haben ja schon immer gesagt, das geht alles nicht! Ich verstehe auch, dass Sie eine Wirtschaftspolitik verlangen, die so viel

- (C) auch für die Nebenteile dieser Stadt gemacht hat, dass ich Sie eine halbe Stunde langweilen würde, wenn ich alle Projekte aufzähle.

Es ist doch lachhaft, mir ständig zu erzählen, die machen nur Großprojekte, und im Übrigen haben die Beton im Kopf. Mein Kopf ist noch ganz beweglich, auch zu diesem Punkt! Wenn ich das alles höre, erlaube ich mir doch, folgendes Bild zu gebrauchen: Sie spielen ständig Trauergäste in der Friedhofskapelle. Sie spielen, sie wissen ja genau, dass es nicht stimmt. Ich sitze fröhlich auf dem Markt, trinke ein Bier auf eine vitale Stadt, die vital bleiben wird. – Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Hattig, Sie haben eben noch einmal festgestellt, Parlament kann Spaß machen. Ja, das finde ich auch, und an Sie gewandt, Sie kennen den Spruch: Wenn es am schönsten ist, dann soll man aufhören!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Das war aber ein toller Gag!)

(D) Jetzt aber noch einmal zu den eigentlich großen Fragen der Wirtschaftspolitik! In der Tat kann ich mich darauf einlassen, wenn Sie sagen, lassen Sie uns nicht falsche Grabenkämpfe führen. Wirtschaftsentwicklung gegen Lebensqualität, Arbeitsplätze gegen Lebensqualität oder gegen Wirtschaft, das sind in der Tat die falschen Oppositionen, die uns nicht weiterführen. Wenn man aber, ausgehend von einem wirtschaftspolitischen Nachholbedarf, den Bremen ohne Zweifel gehabt hat, sich anschaut, dass die Investitionsquote über 17 Prozent lag und höher als in anderen Bundesländern, dann muss man feststellen, wenn man sich jetzt einzelne Projekte anschaut, etwa die Investitionsruine Space-Park, und für die Riesen-Shopping-Mall ist Herr Senator Hattig verantwortlich, das Konzept hat es so vor seiner Zeit nicht gegeben, und diese 44 000 Quadratmeter in Beton gegossen, das geht auf sein Konto.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn wir uns den Büroпарк Oberneuland mit allen Erschließungskosten anschauen, stellen wir fest, auch das ist lange nicht das geworden, was Sie sich davon versprochen haben mit den Bürovillen im Grünen. Wenn man sich die Rennbahn anschaut und den Skandal um die Finanzierung und wie schlecht

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) sie ausgelastet war, ist auch das kein Erfolgsprojekt der großen Koalition. Wenn ich dann noch an die Arberger und Mahndorfer Marsch mit den riesigen Erschließungskosten und Ankaufkosten denke! Herr Böhrnsen hat eben gesagt, man kann nicht die Erfolgsquote der Wirtschaftspolitik an den reinen Hektarzahlen messen. All das werfen wir Ihnen vor, dass es hier eine falsche Grundorientierung gibt mit diesem ewigen Erschließen auf der grünen Wiese und dass Sie in den letzten Monaten und Jahren die Innenverdichtung zu wenig berücksichtigt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nächster Punkt! Wir haben hier einige, die immer so tun, als sei Henning Scherf überhaupt erst 1995 wie der Weihnachtsengel vom Himmel gefallen, mit allem, was vorher gewesen ist, habe er nichts zu tun. Herr Eckhoff hat eben auch so getan, als ob die Grünen und die SPD Versäumnisse hätten. Herr Eckhoff, in dem Zusammenhang muss ich Sie doch noch einmal daran erinnern: Wie war das denn eigentlich mit der Gründung der Universität Bremen? Heute stellen Sie sich hier hin und loben die Wissenschaftsentwicklung, die Forschung und den Transfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft. Sehr richtig, es ist die CDU gewesen, die einmal gegen die Bremer Universität gewesen ist!

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wenn wir hier schon anfangen, Herr Eckhoff, die einzelnen Sachen zu bilanzieren, dann schauen wir uns auch Ihre schwarzen Flecken an und wo Sie nicht auf der Höhe der Zeit waren, als es um große Investitions- und Zukunftsentscheidungen für Bremen ging.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ihre Zwangshandlung mit dem Hollerland ist der nächste Punkt. Als ob unsere Entwicklung als ein wirklich vitaler Standort mit Hightech und neuen Entwicklungen und internationaler Ausrichtung der Wissenschaft am Hollerland und dem Naturschutzgebiet Hollerland liegen würde! Ich sage Ihnen noch einmal: Wenn man wirklich online denkt, muss man das alles nicht dort konzentrieren. Man muss den Technologiepark verdichten, aber man muss die anderen Orte der Stadt, die Überseestadt, den Science-Park in Bremen-Nord, endlich in den Blick nehmen und sich nicht an dieser Hollerland-Frage verbeißen. Das ist mit Sicherheit nicht zukunftsgerichtet, da auf die grünen Wiesen zu gehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt noch einmal, da Sie das eben selbst so bemüht haben und Herr Senator Hattig ja auch noch

einmal, zu der Frage der Wirtschaftsentwicklung! Herr Hockemeyer war auch nie faul, noch einmal zu betonen, dass es natürlich insgesamt mit dem Klima der Weltoffenheit, dem intellektuellen Reizklima, der künstlerischen Offenheit zu tun hat, ob man einen Standort wirklich nach vorn entwickeln kann. Wenn dann zum Wahlkampfauftakt Herr Bernd Neumann, der Chef der Bremer CDU, sich hinstellt und mit dieser wirklich unsäglichen Bemerkung gegen Ahmet und Mehmet, die hier in Bremen im Grünen grillen wollen, solche ausländerfeindlichen Sprüche macht, da spreche ich Ihnen das Beharren darauf, eine weltoffene Partei und eine moderne CDU sein zu wollen, schlicht ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das hat mit einem wirklichen Eintreten für Lebensqualität, für Weltoffenheit, für eine liberale Stadt, die die Menschen- und Bürgerrechte verteidigt, nun nichts mehr zu tun.

(Abg. Teiser [CDU]: Das mögen Sie so sehen, die Mehrheit der Bürger sieht das anders!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass die letzten Debatten deutlich gemacht haben, dass die Erneuerung unserer Stadt in wirtschaftlicher Hinsicht nicht Flächenfraß heißen muss, sondern Setzen auf Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, auf neue Kompetenzzentren gerade im Bereich der Energiepolitik, was hier in den letzten Jahren angefangen hat mit Windenergie in den alten Hafengebieten, die wir jetzt erweitern wollen auf Wasserstoff und Photovoltaik, das sind zum Beispiel Kompetenzkerne, die wir in den nächsten Jahren weiter entwickeln müssen. Wenn man sich auch anschaut, dass in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland allein in dieser Branche 140 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind, dann sieht man, dass das die Felder sind, die man weiter verfolgen muss. Genauso gilt das, und an dem Punkt sind wir ja zum Glück nicht auseinander, was die blaue Biotechnologie und die Stärkung der Produkte aus dem Meer angeht, da hat Bremerhaven mit Sicherheit eine große Chance.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch eine letzte persönliche Bemerkung, die hat aber viel mit der Art und Weise, wie wir in den letzten Jahren miteinander umgegangen sind, zu tun! Herr Böhrnsen hat das vorhin schon einmal gesagt, es gab in den letzten Jahren hier im Haus schnell einen Ton, vor allem von Seiten der CDU, dass alle, die es wagten, noch kritische Fragen zu stellen, als Vaterlandsverräter, um nicht zu sagen als Standort-schädiger, gebrandmarkt wurden. Sie haben teilwei-

(C)

(D)

(A) se mit einer ungeheuren Arroganz für sich in Anspruch genommen, den Stein der Weisen gefunden und alles immer richtig gemacht zu haben.

Ich finde, Sie haben kein Recht, hier so aufzutreten. Auch Sie haben etliche Fehler gemacht, und wenn wir heute schon bilanzieren, was gut und was nicht gut war, dann geht eben auch auf Ihr Konto und auf das Konto des Wirtschaftsressorts einiges an Fehlern trotz der positiven Entwicklung, die wir zum Glück zu verzeichnen haben. Der Ehrlichkeit halber muss man aber beide Seiten der Waagschale betrachten und sehen, was da auch an wirklichen Fehlern im Netz geblieben ist.

Jetzt noch die letzte Bemerkung! Wir alle haben Herrn Hattig mit seiner Knorzigkeit und seiner doch sehr eigentümlichen Art und Weise zu reden erlebt. Ich erinnere mich noch an eine Sitzung in den Wirtschaftsförderungsausschüssen, als wieder einmal die Stimmung gerade so war, die Grünen als Mülleimer und Fußabtreter der politischen Debatte zu benutzen, zu missbrauchen. Damals ist mir der Kragen geplatzt, und ich bin türknallend hinausgelaufen, weil ich gesagt habe, so nicht mehr mit mir. Wenn ich meine kritischen Fragen und Anmerkungen vortrage, ist das das Recht jeder Parlamentarierin, das zu tun, und so werde ich mich nicht mehr behandeln lassen. Danach hat Herr Hattig mich angerufen und hat sich für die Art und Weise, wie er mich dort behandelt hat, entschuldigt, und seit dieser Grenzmarkierung hat er mich immer ausgesprochen höflich und freundlich behandelt. Herr Senator Hattig ist also auch lernfähig. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/1469, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Abbau von gesetzlichen Regelungen und Verwaltungsvorschriften und Entbürokratisierung („Entrümpelungsinitiative“)

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 19. März 2003
(Drucksache 15/1424)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Hattig.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass sich die Bürokratie und ihre Vorschriften nicht immer zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger entwickelt haben und dass sich die Bürokratie gern mit sich selbst beschäftigt, das sind so fast unser aller Erfahrungen. Das findet man auch sehr schnell bestätigt, wenn man sich einmal in die Tiefen oder, besser gesagt, die Untiefen des bremischen Rechts begibt. Da findet man eine Menge schöner Beispiele dafür, wie die Bürokratie uns erschlägt.

(C)

Wem zum Beispiel leuchtet ein, dass man auf unseren Wochenmärkten Porzellan nicht verkaufen darf, dafür aber irdenes Geschirr, und wer kontrolliert das vor allem? Wer braucht – ein weiterer Fund – eine Bremische Verordnung über das Abfüllen, Aufbewahren und Verausgaben von Ballons in Geschäftshäusern aus dem Jahre 1925? Ich könnte die Reihe fortsetzen. Daran erkennen Sie jedenfalls, dass wir Initiativen zum Bürokratieabbau schon in dem Sinne brauchen, dass wir uns mit den Vorschriften beschäftigen, die wir im bremischen Recht vorfinden.

Nun gibt es solche Initiativen zum Abbau von Bürokratie schon so lange, wie es Bürokratie gibt. Die Erfolge waren häufig durchaus zweifelhaft, jedenfalls haben die Erfolge allenfalls so lange angehalten, bis der Gesetzgeber, das heißt, wir oder der Senat mit seinen Vorschriften, wieder einen neuen Berg an Rechtsnormen und Verwaltungsvorschriften produziert hatte. Es ist nicht ganz so sinnvoll, nur alte Initiativen zum Bürokratieabbau zu wiederholen, sondern wir müssen einen neuen Anlauf mit neuen Ideen und neuen Instrumenten machen, und das wollen wir mit unserer Initiative, die wir – alles muss einen schönen Namen haben – Entrümpelungsinitiative nennen.

(D)

Meine Damen und Herren, der Koalitionsantrag enthält detaillierte Aufforderungen an den Senat, aber viel wichtiger noch ist, und deswegen will ich das vorweg sagen, dass wir auch selbst uns als Gesetzgeber in die Pflicht nehmen und uns selbst als Teil des Problems oder der Lösung zur Entbürokratisierung betrachten. Dafür vielleicht zwei Anregungen: erstens, dass wir als Parlament mehr als bisher danach fragen, was ist eigentlich aus dem, was wir beschlossen haben, geworden!

(Beifall bei der SPD)

Was ist eigentlich in der Praxis die Wirkung von Gesetzen? Wir sind ja immer sehr stolz, wenn wir so etwas verabschiedet haben, und dann entschwindet das alles aus unserem Blick, und wir haben eigentlich nicht mehr richtig ein Interesse daran, was dann in der Praxis daraus geworden ist. Daraus folgt meine zweite Anregung, dass wir uns eben nicht nur

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) als Gesetzgeber, sondern eben auch als Gesetzeszurücknehmer verstehen sollten, das heißt, immer wieder danach fragen, was ist mittlerweile überflüssig, obsolet geworden. Das setzt eine regelmäßige Überprüfung voraus und dann auch, dass man die entsprechenden Schlussfolgerungen daraus zieht.

Wir fordern in unserem Antrag den Senat auf, alle bestehenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften auf ihre Notwendigkeit, Eignung und Angemessenheit sowie insbesondere auf ihre Belastungswirkung für den Mittelstand zu überprüfen. Wir fordern den Senat auf, Verwaltungsverfahren zu verkürzen, zu straffen und zu vereinfachen. Wir fordern, drittens, den Senat auf, auch im Bundesrat und bei der EU auf die Änderung nicht mehr zeitgemäßer oder im Übermaß reglementierender Vorschriften hinzuwirken. Das ist eher so das herkömmliche Instrumentarium.

Das Neue ist, dass wir ein Instrument zum Bürokratieabbau vorschlagen, nämlich ein Verfallsdatum für alle Rechts- und Verwaltungsvorschriften einzuführen. Das heißt, alle neuen Rechts- und Verwaltungsvorschriften sollen auf fünf Jahre befristet werden. Das heißt nicht, dass wir wissen, nach fünf Jahren sind sie überflüssig, sondern diese Regelung zwingt uns dazu, spätestens alle fünf Jahre zu überprüfen, ob sie noch weiterhin Sinn machen. Wenn dann die Notwendigkeit, die Eignung und die Angemessenheit nachgewiesen sind, dann sollen sie eben auch weiter gelten. Das ist der Sinn dieser Idee, und ich glaube, damit kann man wirklich ein Stück mehr erreichen, als wir es mit den herkömmlichen Instrumenten geschafft haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ein weiterer, hochinteressanter, neuer Ansatz beim Bürokratieabbau ist der vom Bundeswirtschaftsminister propagierte Vorschlag, Innovationszonen in Deutschland einzurichten. Nach diesem Vorschlag sollen für einen befristeten Zeitraum, gedacht ist an drei bis fünf Jahre, in bestimmten Modellregionen in Deutschland Öffnungsklauseln gegenüber dem geltenden Bundesrecht in Bezug auf Reformvorschläge zum Bürokratieabbau eingeführt werden. Dabei geht es darum zu zeigen, erstens, wie man Bürokratie abbauen kann, zweitens, wie Verfahren vereinfacht werden können und, drittens, auch wie man Kosten spart, wenn solche Ausnahmen vom Bundesrecht zugelassen werden.

Dieser Vorschlag aus dem Bundeswirtschaftsministerium ist in der Politik in Bremen, aber auch bei der Handelskammer auf großes Interesse gestoßen, denn darin besteht natürlich eine große Chance für das Bundesland Bremen, bürokratischen Aufwand zu mindern, hemmende Überregulierung, wo sie angezeigt ist, abzubauen und damit auch unsere Sanierungspolitik zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen fordern wir in unserem Antrag den Senat auf, dass sich Bremen für die Ausweisung als Innovationszone bewirbt. Der Bundeswirtschaftsminister hat in einem Interview vor einigen Tagen darauf hingewiesen, wie weit wir in Bremen im Vergleich zu anderen Regionen schon sind, wie wir uns hier schon bereit machen, da mitzumachen. Jetzt kommt es darauf an, Vorschläge zu erarbeiten, in welchen Bereichen wir zum Testfeld für Bürokratieabbau werden wollen. Hierzu hat der Senat eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Handelskammer eingesetzt. Ich kann mir zum Beispiel vorstellen, Herr Dr. Schrörs, da sind wir uns sicherlich einig, dass unter anderem Vorschläge gemacht werden, um die Förderung von kleinen Unternehmen und Existenzgründern zu verbessern.

Es gibt, auch das will ich an dieser Stelle erwähnen, ein sehr konkretes Projekt, das der Bundestagsabgeordnete Volker Kröning dem Bundeswirtschaftsministerium bereits als ein mögliches Pilotprojekt einer solchen Innovationszone Bremen vorgestellt hat. Es geht um die Planungen für die Regionalstadtbahn Oldenburg-Nordenham-Bremen-Rotenburg. Wenn man sich diese Planungen ansieht, dann weiß man, dass nach geltender Rechtslage ein unglaublich kompliziertes Verwaltungsverfahren zu bewältigen ist, und zwar noch länderübergreifend. Anhand eines solchen Projektes lässt sich zeigen, dass es gelingen kann, Verfahren zu vereinfachen, zu beschleunigen und Kosten zu sparen. Ich glaube deswegen, dass dieses Regionalstadtbahnprojekt ein ganz hervorragender Anwendungsfall sein kann für den Abbau investitionshemmender Vorschriften.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Handelskammer hat auch eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht. Ich bin dafür, dass wir alles vorbehaltlos prüfen, was dann am Ende als unser Vorschlag für eine Innovationszone Bremen Richtung Bundeswirtschaftsministerium auf den Weg gebracht wird, aber eines muss man an dieser Stelle sagen: Man darf die Entbürokratisierung, den Bürokratieabbau nicht mit dem Abbau von Schutzrechten verwechseln.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen einen Staat mit einem durchschaubaren, einem transparenten und einem effizienten Verwaltungsapparat, aber wir wollen auch einen Staat, der seinen Schutzpflichten gegenüber sozial Benachteiligten, gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, gegenüber der Umwelt, gegenüber Verbrauchern und so weiter auch wirkungsvoll nachkommen kann. Diesen Unterschied muss man bitte bei allen Debatten, die wir über den Bürokratieabbau führen, auch genau beachten, sonst ist man auf der falschen Spur! Wir sind aber, glaube ich, mit un-

(C)

(D)

- (A) serem Antrag auf der richtigen Spur, und deswegen bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schrörs.

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Böhrnsen hat, wie ich finde, den gemeinsamen Antrag sehr umfassend erläutert, und was den inhaltlichen Teil angeht, habe ich bis auf vielleicht die letzten Ausführungen, zu denen ich auch gern noch kommen möchte, nicht viel hinzuzufügen.

Es handelt sich hier um eine Initiative, die wir gemeinsam erarbeitet haben, um die wir durchaus auch gerungen haben. Ich finde, dass wir hier zu einer guten Lösung gekommen sind, die sowohl auf der einen Seite den Blick auf Bremen richtet, nämlich all das versuchen zu verändern, was veränderbar ist und von dem wir ausgehen, was verändert werden soll, und auf der anderen Seite uns aber nicht nur in dem Blick auf Bremen zu verlieren, sondern darüber hinaus weiterzuschauen und zu sagen: Was können wir auf Bundesebene machen, was können wir auf EU-Ebene machen, auch aus Bremen heraus, wo können wir Initiativen starten?

- (B) Das ist auch der Punkt, den Herr Böhrnsen mit der Innovationsregion genannt hat, wo wir uns bewerben wollen und es schon einige Vorschläge gibt. Wir haben aber verabredet, dass es eine Arbeitsgruppe gibt, die diese Projekte, unter anderem auch die, die genannt worden sind, bewertet, um dann hier gemeinsam zu einem Ergebnis zu kommen, so dass wir hier noch in einem offenen Prozess sind.

Ich möchte an den Begriff der Entbürokratisierung anknüpfen. Es soll niemand glauben, dass Entbürokratisierung so verstanden werden soll, dass es keine Bürokratie mehr geben soll, sondern es soll natürlich weniger Bürokratie geben. Bürokratie bleibt auch erforderlich. Bürokratie darf sich nur als Hilfe verstehen oder als Orientierung und soll Regelungen enthalten, die für das Zusammenleben von Bürgern in einem Gemeinwesen notwendig sind.

Allerdings finde ich, dass der Vizepräsident der Handelskammer zu Recht darauf hinweist, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten, „dass es nicht sein kann, dass andere einen Transrapid in einer Zeit zum Laufen bringen, die bei uns nicht einmal als gutachterliche Referenzperiode für die Umweltverträglichkeitsprüfung ausreicht“.

(Beifall bei der CDU)

Das, meine Damen und Herren, ist ein Punkt, worüber man einfach einmal nachdenken muss, ob das, was wir uns leisten, noch angemessen ist.

Jetzt komme ich mehr zu dem Teil, den ich eben angekündigt habe, nämlich zu der Frage, welche Aufgaben der Staat zukünftig in der Bundesrepublik ausführen soll und ausführen darf. Diese Debatte muss hier, aber auch an anderer Stelle intensiv geführt werden. Wenn Sie einmal in die Vereinigten Staaten schauen, dann wird dort Wettbewerb als Verheißung verstanden, in Deutschland wird Wettbewerb als Bedrohung verstanden.

Statt die Staatsaufgaben immer weiter auszuweiten, brauchen wir in Deutschland eine zweite Gründerjahrediskussion und auch eine Gründerwelle. Wir brauchen eine Offensive für Selbständigkeit. Dazu gehört auch, dass die Staatsquote abgesenkt werden muss. Es ist sicher ein richtiger Anspruch, dass die Menschen von einem verdienten Euro für sich behaupten, sie wollen 60 Cent behalten, und 40 Cent geben sie ab für die Aufgaben des Staates. Es kann aber nicht so sein, dass wir ein Staatsverständnis haben, dass zunächst einmal von diesem einen Euro Cents abgegeben werden müssen für die Aufgaben des Staates, und den Rest darf dann der Bürger behalten. Wir müssen an die Menschen glauben, an ihre Kreativität und die Kraft, selbst zu gestalten.

Bei uns klingt immer wieder ein überholtes, zentralistisch orientiertes Staatsverständnis durch, bei dem der Staat weitgehend Inhalt und Organisationsweise bürgerschaftlichen Engagements festlegt. Dies leistet, das können wir in unserer Republik erleben, Bürokratie Vorschub, und dies bedeutet immer nicht weniger, sondern bedeutet immer mehr Staat. Die Ausweitung der staatlichen Tätigkeit ist der falsche Weg, ganz eindeutig! Es kommt darauf an, und dies wird auch in unserem gemeinsamen Antrag deutlich, zu prüfen, welche Aufgaben der Staat zukünftig noch machen kann und muss und welche Aufgaben abgebaut werden müssen.

Selbstverständlich ist, auch dies steht in dem Antrag, darauf hat Herr Böhrnsen hingewiesen, und auch darüber sind wir uns einig, dass es nicht zu einem Abbau von Schutzrechten kommen darf. Das ist völlig klar. Aber dieser Spagat muss uns gelingen. Wir müssen Vertrauen in die Kräfte der Bürger haben, damit mehr Entfaltungsmöglichkeiten und mehr Entscheidungsmöglichkeiten wieder in die Hände der Bürger gelegt werden.

Wir haben, und darum haben wir diesen Antrag auch erarbeitet, eine bürokratische Überregulierung. Diese Überregulierung lähmt Aktivitäten der Bürger, geschätzt 5000 Gesetze und 85 000 Einzelschriften, das muss man sich einmal vorstellen! Die Erwartungen der Bürger an den Staat sind hoch. Die Erwartungen werden immer höher, und der Staat wird immer mehr in Anspruch genommen. Der Staat kommt dem auch weiter entgegen, aber dies führt zu weiterer rechtlicher und sozialer Absicherung des Einzelnen, zu immer mehr gesetzlichen Regelungen und damit zu immer mehr Bürokratie.

(C)

(D)

(A) Wir haben die Grenzen staatlicher Leistungs- und Steuerungsfähigkeit erreicht, und wir müssen der Bevormundung und dem Versorgungsstaat widersprechen. Wir wollen alle eine Gesellschaft mündiger Bürger. Damit dies auch erfolgen kann, kann man das in mehreren Punkten zusammenfassen, indem man sagt, der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben besinnen. Es ist wieder mehr eine Ordnungspolitik gefordert, die in den letzten Jahren völlig verloren gegangen ist.

Wir müssen die Kreativität, die Eigeninitiative und die Eigenverantwortung der Bürger wieder entwickeln. Wir müssen dafür sorgen, wenn die Bürger etwas aus eigener Kraft nicht mehr leisten können, dass dann zunächst einmal andere helfen, und nicht, dass sofort nach dem Staat gerufen wird. Der Staat soll erst dann eintreten, wenn der Einzelne oder die Solidargemeinschaft nicht mehr in der Lage ist zu helfen. Nicht sofort der Ruf nach dem Staat! Hier ist der Gedanke der Subsidiarität gefragt. Eigeninitiative muss möglich sein, und dies müssen wir fördern.

(B) Ein solches Gesellschaftsverständnis trägt unseres Erachtens dazu bei, dass jeder Einzelne für die Gesellschaft wichtig ist und aktiv an deren Gestaltung mitwirkt. Dies, meine Damen und Herren, gehört auch zu einem Teil Abbau von gesetzlichen Regelungen. Es gehört dazu, einmal die Bürokratie zurückzudrängen, sie auf ein Maß zu reduzieren, das notwendig ist, um die Regeln, die notwendig sind in einer Gesellschaft, wenn Menschen miteinander leben, zu gestalten, aber gleichwohl auch den Staat selbst auf den Prüfstand zu stellen und zu fragen: Muss der Staat alles selbst machen, oder kann nicht auch der Einzelne und muss nicht auch die Aktivität, die Initiative des Einzelnen viel mehr gestärkt werden, und muss darin nicht zukünftig eine Aufgabe liegen?

Herr Böhrnsen hat darauf hingewiesen, es gibt mittlerweile eine Vielzahl von Aktivitäten in unterschiedlichen Bundesländern. Es gibt einen sehr zu empfehlenden ausführlichen Enquetebericht aus Baden-Württemberg zu Situation und Chancen mittelständischer Unternehmen, der in einer Vielzahl von verschiedenen Themenfeldern abfragt, welche Behinderungen mittelständische Unternehmen in Deutschland haben. Die Auswirkungen werden auch auf die Familien der Unternehmer bezogen. Daneben gibt es eine Vielzahl anderer Aktivitäten auch aus anderen Bundesländern. Es gibt aus dem BAW hier in Bremen Vorschläge. Es gibt das, was Herr Böhrnsen erwähnt hat, und es gibt von der Deutschen Industrie- und Handelskammer Vorschläge.

Es ist an der Zeit, dass Politik sich dieses Themas intensiv annimmt. Die Bürger warten darauf, dass wir das tun. Wenn wir das nicht tun, auch hier aus dem Parlament heraus, werden wir nur begrenzt etwas bewegen. Herr Böhrnsen hat das eben auch angedeutet. Verwaltung ist so, wie sie ist. Wenn ich jemanden aus der Verwaltung frage, ob das, was er

(C) tut, denn eigentlich noch notwendig ist, wird er mir selbstverständlich immer antworten, selbstverständlich ist das notwendig. Sonst würde er sich ja auch überflüssig machen. Von daher gesehen muss das unsere Aufgabe sein, Bürokratie zurückzudrängen. Wenn wir an dem vorliegenden Raster unseres Antrags, das wir vorgegeben haben, weiterarbeiten, haben wir hier gemeinsam eine gute Chance, tatsächlich etwas zu bewegen. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gleich vorweg: Selbstverständlich werden wir diesem Antrag zustimmen, weil es geradezu eine patriotische Pflicht ist für Parlamentarier, der Exekutive Grenzen zu setzen, und darum geht es letztlich auch bei diesem Antrag.

(D) Ich werde mich hier jetzt nicht auf die Debatte um das Staatsverständnis einlassen, Herr Kollege Schrörs, das wäre eine interessante Debatte, aber ich glaube, am Ende der Legislaturperiode ist der falsche Augenblick. Es ist eigentlich eine Aufgabe, die wir zu Beginn einer neuen Regierung lösen müssen, welche Aufgaben wollen wir dieser Regierung mitgeben, welche Aufgaben übernimmt das Parlament von sich aus, und was lassen wir lieber den Bürger machen. Ich glaube, das ist eine interessante Debatte, die eine neue Legislaturperiode auch prägen könnte und nicht nur etwas mit Bürokratie, nicht nur etwas mit Vorschriften zu tun hat, sondern sich auch damit beschäftigen muss, wie sich der Staat selbst in anderer Form ein neues Gesicht gibt, das zu neuer Bürokratie führt. Ich denke nur an das Gesellschaftsunwesen, das wir in den letzten Jahren in der Stadtgemeinde und im Land Bremen errichtet haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Kollege Böhrnsen hat Recht, wenn er sagt, dass die Kritik an der Bürokratie eigentlich bei uns selbst anfangen muss. Deshalb denke ich, der Antrag, den Sie vorgelegt haben, benennt viele Felder, aber er sagt eigentlich noch nichts Genaues und gibt die Aufgabe an den Senat. Wir selbst müssten eigentlich als Parlament, und das ist auch eine Anregung für das nächste Parlament, weil dieser Antrag mit Ende der Legislaturperiode in Wirklichkeit verfällt, die Initiative noch einmal erneuern, damit der neue Senat das auch tatsächlich tut, was wir jetzt beschließen werden. Das wissen Sie ja alle. Wir müssten eigentlich selbst eine Initiative ergreifen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ich beobachte das, wie wir hier mit Gesetzen umgehen, die uns der Senat vorlegt. Oft sind es nur Gesetze, die Bundesrecht nachvollziehen, oft sind darin aber auch noch ein paar kleine eigene bremische Vorschriften, die Abwandlungen auf Bremen beziehen. Wir schauen uns das alles nicht ernsthaft an, weder die Grünen als Opposition oft genug noch die CDU, noch die SPD, da müssen wir alle ehrlich sein.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Wie bitte?

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sagt, es stimmt nicht! – Abg. Frau D r . M a t h e s [Bündnis 90/Die Grünen]: Es stimmt nicht!)

Ich sage, wir schauen uns nicht jedes dieser Gesetze an.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]: Die kann sie alle auswendig!)

Die Abgeordnete Mathes schaut sich vielleicht die umweltbezogenen Gesetze an. Aber nicht jedes Gesetz, das wir hier verabschieden, wird wirklich gründlich geprüft. Ich würde vorschlagen, dass das Parlament in der nächsten Legislaturperiode sich ein Gremium, das kann ja einer der bestehenden Ausschüsse sein, sei es der Rechtsausschuss, sei es der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss, ein Vorprüfungsgremium schafft. Das muss nicht bürokratisch sein, sondern das sich vornimmt, jede Vorschrift, die hier neu erlassen wird, letztlich durch mindestens einen Abbau einer alten Vorschrift zu ersetzen. Das wäre schon ein Weg. Wir haben nämlich in dieser Legislaturperiode mehr neue Gesetze geschaffen, als irgendwelche abgeschafft.

Auch in der letzten Legislaturperiode war es das Gleiche, obwohl wir den Senat schon einmal beauftragt hatten, Gesetze abzuschaffen. Da sind etliche Vorschriften abgeschafft worden, aber das, was wir im gleichen Zeitraum neu geregelt haben, war eigentlich mehr als das, was wir beseitigt haben. Deshalb wäre es sinnvoll, sich auch von parlamentarischer Seite noch einmal gründlicher mit dem zu beschäftigen, was wir selbst machen.

Ich will jetzt nur zwei Beispiele aus dieser Legislaturperiode nennen. Da haben die Grünen gut aufgepasst, aber dennoch haben wir das verabschiedet. Wir hatten hier zum Beispiel ein Ortsgesetz in der Stadtbürgerschaft, das sich mit dem Müll beschäftigte. Darin war eine wunderschöne Regelung über den gelben Sack, dass selbst diejenigen, die ihn ordnungsgemäß, was immer das sein mag, das will ich hier gar nicht definieren, füllen, aber zu früh hinausstellen, damit eine Ordnungswidrigkeit begehen und mit einem Bußgeld belegt werden können.

Es kontrolliert natürlich in Wirklichkeit niemand. Es ist ein völlig aberwitziges, unsinniges Gesetz, denn es soll eine erzieherische Wirkung haben, die es nicht hat. Also lässt man es doch, solche Gesetze zu machen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch absurder finde ich die Debatte, die wir hier anlässlich der Änderung des Meldegesetzes hatten. Das sollte unbürokratischer werden, und diese Vermieterbescheinigungen sollten abgeschafft werden. Was haben wir stattdessen gemacht hier, nicht wir als Grüne, sondern die Mehrheit hier? Die hat jetzt die Vermieter beauftragt, doch die Mieter zu zwingen, sich in einer bestimmten Zeit anzumelden, und wenn sie das innerhalb von drei Wochen nicht getan haben, sind die Vermieter eigentlich dran.

(Abg. H e r d e r h o r s t [CDU]: Das stimmt wirklich nicht!)

Auch da gibt es niemanden, der das in Wirklichkeit kontrolliert. Ich weiß noch, dass sich der Kollege Kleen damals über diesen Vorschlag ziemlich lustig gemacht hat, aber aus Koalitionsgründen – –.

(Abg. H e r d e r h o r s t [CDU]: Das ist sanktionsfrei, und der nimmt Kenntnis!)

Das ist wunderschön, dass wir hier gleich einen Streit über Bürokratie bekommen, wo wir die Bürokratie abschaffen wollen. Herr Kollege Herderhorst, selbst wenn es jetzt im Detail juristisch noch ein bisschen anders ist, macht das die Vorschrift nicht sinnvoller, die Sie gemacht haben. Ich glaube, darüber haben wir hier schon einmal lang und breit debattiert.

Ich sage das doch nur als Beispiel dafür, dass wir selbst das, was wir beschließen, noch einmal ein bisschen ernster nehmen und sehen müssen, wo es einen Sinn macht. Fast jede Vorschrift, zu der es kein Vollzugsorgan, keinen Vollzugauftrag, keine Vollzugsmöglichkeiten gibt, können wir uns im Regelfall auch sparen, denn es macht nur in ganz wenigen Fällen pädagogischen Sinn. Der Glaube, dass Menschen dieses Gesetz überhaupt kennen, wenn sich niemand darum kümmert, es umsetzen, ist, glaube ich, nur in Hirnen von Bürokraten verbreitet. Das kann kein Parlamentarier, der im Alltagsleben steht, ernsthaft glauben, also, lassen wir das!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir unterstützen ausdrücklich, Herr Kollege Böhrnsen, den Vorschlag über die Innovationszonen. Da gibt es viele Möglichkeiten. Ich fürchte, es wird auch einen fürchterlichen Streit geben, welche Vorschriften hier in Bremen nicht angewandt werden sollen und welche ja. Der Bereich, den Sie gebracht

(C)

(D)

(A) haben mit der Regionalstadtbahn, ist ein sehr gutes Beispiel, weil die Anwendung der Eisenbahnbetriebsordnung und der dazu erlassenen Rechtsverordnungen des Eisenbahnbundesamtes wirklich eine Ausgeburt von bürokratischer Schönheit sind. Es wäre ganz toll, wenn wir das umsetzen könnten.

Ich will aber noch einen einfachen Vorschlag machen. Lesen Sie noch einmal die Antwort auf die Große Anfrage, die die beiden Fraktionen zur Farge-Vegesacker-Eisenbahn gestellt haben, und all die Bedenken, die darin formuliert sind, und die Schwierigkeiten, die auftreten können! Dann, würde ich sagen, fangen wir ruhig bei der Farge-Vegesacker-Eisenbahn in Bremen an! Da werden nämlich auch alle diese Vorschriften schon einmal angewandt aus der Eisenbahnbetriebsordnung und aus anderen Vorschriften des Bahnbetriebes. Dann hätten wir nämlich schneller einen Probetrieb und vielleicht sogar einen Echtbetrieb, und es würde vor allen Dingen wesentlich billiger werden, als es heute vom Bauressort noch vorgetragen wird.

Innovationszonen ja, Streit darüber, wo die Rechtsvorschriften aufgehoben werden! Wenn es nach mir geht, möglichst viele Rechtsvorschriften, die heute daran hindern, dass der Bürger in dieser Stadt sich einfacher bewegen kann, einfacher bauen kann und besser leben kann, wenn es der Lebensqualität dient, ja! Wir unterstützen das voll und ganz, was Sie gesagt haben, wenn es um Schutzrechte für den Einzelnen oder für gesellschaftliche Gruppen geht, dann ist Vorsicht geboten. Ich weiß, dass es hier um Ausgleich geht. Es geht nicht einfach nur darum, der Wirtschaft etwas Gutes zu tun. Es geht immer um sozialen Ausgleich in dieser Stadt, auch bei dem Abbau von Rechtsvorschriften.

Ich wünsche also jetzt dem nächsten Parlament viel Mut dabei, lebhafte Auseinandersetzungen und vor allen Dingen solche Auseinandersetzungen, die die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt verstehen, und nicht Streit um Dinge, die Bürgerinnen und Bürger überhaupt nicht verstehen. Dann schaffen wir vielleicht tatsächlich einen rechtlich so gestalteten Raum in dieser Stadt Bremen und im ganzen Land Bremen, dass das, was wir vorher hier diskutiert haben, die Lebensqualität, verbessert wird, ohne dass Sicherheit und Schutzrechte der Bürger abgebaut werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße den Antrag sehr. Ich freue mich, dass er gestellt worden ist. Er ist in der Analyse zutreffend, er ist in der Zielsetzung zutreffend. Wir alle wissen, wie bedeutend es für den Wirtschaftsstandort Deutschland sein wird,

eingeschlossen Bremen, auf diesem Gebiet, darf ich das so ausdrücken, endlich messbar und in angemessener Zeit tätig zu werden.

Wir kennen die Belastungen vornehmlich der kleinen und mittleren Betriebe, wir haben das in der Beantwortung der Anfrage dargelegt. 3500 Euro rechnet man etwa pro Arbeitsplatz bei Betrieben, die bis zu zehn Beschäftigte haben, und 150 Euro bei den Großbetrieben. Ich selbst versuche, das immer anschaulich zu machen: Das Kompendium der Arbeitsgesetze und Verordnungen, 820 Seiten auf dünnem Papier, nur Gesetze und Verordnungen, das muss ein kleiner Handwerker mit fünf Beschäftigten dann abends, wann denn, Sonntag abends, hintereinander bringen. Ich glaube, über die Notwendigkeit, es zu tun, gibt es keinen Zweifel.

Aber die Gefahren, die damit verbunden sind, sind eben immer die normative Kraft des Faktischen, dass man sich, wie soll ich sagen, zwar rhetorisch und in Parlamenten wunderbar damit beschäftigt, aber dann bleibt alles so, wie es ist. Deswegen habe ich in meinem Haus schon einmal eine – wie nennt man das vornehm? – Enquete für den Mittelstand veranlasst, die ist auch in den Antrag eingeflossen.

Ich warne darüber hinaus vor der Bürokratisierung der Entbürokratisierung. Liebe Damen und Herren, Sie glauben gar nicht, wie viele schon wieder in den Startlöchern mit ihren Hufen scharren, um neue Bürokratien zu schaffen. Das ist ja fürchterlich! Ich sage Ihnen, wenn Sie sich einmal Basel II, also die ganze Diskussion zur Finanzierung der Großbanken, überhaupt der Bankensituation, ansehen und dann die damit verbundenen schon in Gang gesetzten Fragetechniken, dann wissen wir, dass es der mannhaften oder frauhaften Taten bedarf, um diesem Unsinn ein Ende zu machen.

Wir haben in Deutschland rund 80 000 Gesetze und Verordnungen, und, Herr Mützelburg, ich bin sehr dankbar, dass Sie die eigene Nase im Gesicht von Herrn Enzensberger hier erwähnt haben. Wir müssen vor Ort aufpassen, dass wir nicht ständig Baumverordnungen und weiß der Kuckuck was sozusagen in die Perfektion unserer Gedanken bringen, um dann zu sagen, wenn es geordnet ist und im Gesetz steht, dann muss es auch funktionieren. Es funktioniert nicht! Sie haben mein uneingeschränktes Wohlwollen. Da Ihnen daran aber nicht so viel liegt, ich habe auch gehandelt und finde es sehr gut, dass dieser Antrag gestellt worden ist. – Danke!

(Beifall)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen Nummer 15/1424 seine

(C)

(D)

(A) Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Verkehrsinfrastruktur im Nordwesten verbessern

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 19. März 2003
(Drucksache 15/1425)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 25. April 2003

(Drucksache 15/1457)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Hattig.

Herr Senator Hattig, Sie wollen sicherlich die Anfrage nicht wiederholen. Wir werden aber in eine Aussprache eintreten.

Die Aussprache ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Sieling.

(B) **Abg. Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen jetzt in der letzten Stunde der Landtagssitzung über die Verkehrspolitik im Nordwesten diskutieren. Es gibt hierfür drei Gründe, warum wir das heute diskutieren. Der erste ist die Tatsache, dass wir in dieser Bürgerschaft im Oktober 2001 auf Antrag der CDU und der SPD einen Beschluss gefasst haben, in dem wir den Senat aufgefordert haben, diesem Hause ein Verkehrskonzept für den Nordwesten vorzulegen. Zweiter Grund ist, dass es erforderlich ist, dass wir gerade in der Verkehrspolitik dazu kommen, auch den überregionalen Blick, den Blick über die Landesgrenzen hinaus, anzugehen und deutlich zu machen, dass man in dem Bereich der Infrastrukturen im Norden gemeinsam handeln muss, und zum Dritten, denke ich, am Ende der Legislaturperiode kann man feststellen, dass wir einiges geschafft haben, aber, das will ich auch sagen, noch viel vor uns haben.

Ich will den Bundesverkehrswegeplan ansprechen, der auch in der Antwort des Senats auf die Große Anfrage von SPD und CDU im Mittelpunkt steht. Bei diesem Bundesverkehrswegeplan, der noch in diesem Jahr richtig beschlossen werden wird, gibt es die entsprechenden Referentenentwürfe, die eben den Bundestag in den nächsten Wochen und Monaten erreichen werden. Eines kann man, glaube ich, festhalten: Bremen hat richtig gut abgeschnitten. Wir haben Projekte in Höhe von 500 Millionen Euro im vordringlichen Bedarf, und der Senat sagt richtiger-

weise, auch beim prozentualen Anteil hat Bremen sein Gewicht steigern können, hat mehr herausholen können. Ich sage an der Stelle, dieser Bundesverkehrswegeplan, so wie wir ihn vorliegen haben, ist, finde ich, ein gutes Beispiel für die derzeit stark gescholtene rotgrüne Bundesregierung, und dass der Norden gut abschneidet, ist ein gutes Ergebnis dieser Bundesregierung und eine Anstrengung dieser Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben insbesondere im Bereich der Straßenverkehrsprojekte als Bremen wichtige Dinge absichern können. Ich will vorrangig die A 281 nennen, ich will es auch nur aufzählen. Die A 281 ist darin vorgesehen genauso wie die schon in Arbeit befindliche Erweiterung der A 27 auf sechs Spuren, die B 212, für Bremerhaven ist die B 71 zu nennen, und viele andere Projekte im Bereich der Straßen konnten hier formuliert und aufgeführt werden. Das ist gut, das sind notwendige Maßnahmen, bei denen wir uns in diesem Haus sehr weit einig sind, dass sie richtig und erforderlich sind.

Ich will vielleicht auf einen Wermutstropfen in dem Zusammenhang hinweisen, wo ich hier und da auch etwas irritiert bin, weil es zukünftig auch ein wichtiges Straßenverkehrsprojekt wird, gerade für den Bereich des Nordwestens, das ist die A 22, die besonders für Bremerhaven und die Anbindung der Hafenstandorte, später auch für Wilhelmshaven von hoher Bedeutung sein wird. Ich bin immer wieder irritiert darüber, wie sich auch bei den norddeutschen Bundesländern die Sachen unterschiedlich strukturieren.

Bislang haben Bremen und Niedersachsen hinsichtlich der Führung sehr beieinander gestanden. Ich will an der Stelle sagen, dass ich hoffe, dass dies auch weiter so sein wird, auch mit der neuen niedersächsischen Landesregierung. Das sage ich vor dem Hintergrund, weil ich am Montag in der „Nordsee-Zeitung“ aus Bremerhaven gelesen habe, dass es gewisse Dissonanzen zwischen Hamburg, Bürgermeister von Beust, CDU, und auch der niedersächsischen Landesregierung mit dem neuen Ministerpräsidenten Herrn Wulff gibt und die beiden noch nicht dazu gekommen sind, einen gemeinsamen Termin zu finden. Ich bin der Auffassung, weil ich auch gelesen habe, dass sich die beiden wohl nächste Woche hier in Bremen treffen, meine Damen und Herren von der CDU, Herr Eckhoff, Sie sollten das nutzen! Sorgen Sie dafür, dass die ihren gemeinsamen Termin machen, und vor allem sorgen Sie dafür, dass die A 22 den Verlauf nimmt, der für Bremerhaven so wichtig ist, den Verlauf nämlich, der die Hafenstandorte hier stärken wird! Das brauchen wir als Bremen und Bremerhaven.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) Der wirkliche Engpass im Bereich der Verkehrsinfrastrukturpolitik im Nordwesten, das zeigt auch die Antwort des Senats, liegt für die nächsten Jahre und Jahrzehnte weniger im Bereich der Straßen. Ich habe ein Straßenprojekt genannt, wo vielleicht ein Problem entstehen kann, aber es liegt weniger im Bereich der Straßen. Der wirkliche Engpass in der Verkehrsinfrastrukturpolitik liegt im Bereich der Schiene in zweierlei Hinsicht: Zum einen deshalb, weil es gelingen muss, die bestehenden Kapazitäten vernünftiger auszulasten, das heißt Netz und Betrieb, das ist keine Landesaufgabe, müssen getrennt werden, damit mehr auf den Schienen rollen kann. Wir haben aber auch eine ganze Reihe Nadelöhre, wo es richtige Kapazitätsengpässe gibt.

Ein wichtiger Punkt, das kann man ja der Antwort des Senats entnehmen, ist der Bahnknoten Bremen. Ich habe den Eindruck, dass wir an der Stelle, und das macht auch die Senatsantwort deutlich, noch nicht so richtig gut aufgestellt sind. In Richtung Bundesverkehrswegeplan hat Bremen da doch deutlich zu wenig herausgeholt.

Ich habe auch sehr deutlich den Eindruck, dass wir noch nicht so ganz geklärt haben, wie eigentlich das Verhältnis von Güterverkehr und Personenverkehr in dem Zusammenhang zu organisieren ist. Es ist sowieso mein starker Eindruck, dass der Personennahverkehr, aber auch der Personenfernverkehr im Zusammenhang mit dem Thema „Verkehr im Nordwesten“ zu kurz kommt. Ich verstehe eine Antwort des Senats nicht, in der die Frage der Anbindung Bremerhavens im Personennahverkehr und -fernverkehr überhaupt nicht als Problem auftaucht. Ich verstehe auch eine Antwort nicht, die sich beispielsweise, was den Güterverkehr betrifft, überhaupt nicht mit der wichtigen Frage der Schnittstelle von Straße und Schiene befasst, ein Punkt übrigens, den wir auch angeschnitten haben im Beschluss der Bürgerschaft. Wenn ich die Roland-Umschlaganlage im Güterverkehrszentrum sehe, dann ist das ein Problem, das wir politisch angehen müssen, da wir die wichtigen Kapazitäten auf der Schiene besser nutzen müssen.

Es gibt hier im Haus einen einstimmigen Beschluss zum Bereich der Regionalstadtbahn. Ich habe immer noch den Eindruck, dass diese Regionalstadtbahn nicht in allen Behörden dieses Landes ein wirklich geliebtes Kind ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da möchte ich doch am Ende einer Legislaturperiode sehr dazu aufrufen, dass wir dieses Thema vehementer angehen, weil, und das will ich auch sagen, es hier, gerade auch in dem Modell, welches ja die Bremer Straßenbahn AG dort verfolgen würde, zu einer Entlastung des Bahnknotenpunktes kommen könnte, insbesondere natürlich des engen Hauptbahnhofes Bremen, weil wir einen großen Teil

von Personenverkehren, so ist da die Planung, schon am Neustädter Bahnhof von der jetzigen Schiene nehmen und auf die Straßenbahn führen würden. Das würde Kapazität und Engpässe freiräumen im Bahnhof selbst, ohne dass man dort zusätzliche Investitionen tätigen muss. Das muss einmal bedacht werden, das muss einbezogen werden in die Abwägung und in die Schwerpunktsetzung.

Ich glaube, dass wir in dem Bereich der Schiene wichtige Nachholaufgaben haben. Dafür braucht es in der nächsten Legislaturperiode auch einen richtigen neuen Antritt, und da müssen gewisse Versäumnisse, die in der Antwort des Senats deutlich werden im Hinblick auf den Bahnknotenpunkt Bremen, aufgearbeitet werden. Wir müssen gerade diesen Engpass Bremen und seine Zu- und Ablaufstrecken deutlich verbessern für den Güterverkehr, aber auch für den Personenverkehr. Das ist eine Kernaufgabe für die Verkehrspolitik in den nächsten vier Jahren.

Meine Damen und Herren, zum Schluss will ich nur noch etwas zu der Antwort sagen, weil wir das ja vorhin mehrfach diskutiert haben, es wurde beklagt, dass die Großen Anfragen hier aus Wahlkampfgesichtspunkten hineingebracht wurden. Dies, was wir heute hier diskutieren, ist auch eine Große Anfrage, aber sie ist nicht aus Wahlkampfgründen eingebracht worden, sondern sie war nötig, weil leider der Senat nicht reagiert hat auf das, was die Bürgerschaft hier im Hause als Antrag beschlossen hat. Wir haben im Oktober 2001 gesagt, wir wollen ein solches Verkehrskonzept sehen, und ich hätte erwartet und habe sozusagen Monat für Monat gewartet, dass uns hier endlich etwas Zusammenhängendes vorgelegt wird. Ich entnehme jetzt der Antwort auf die Große Anfrage, dass auch die von uns gerade geforderte Abstimmung mit Niedersachsen nicht immer richtig angefasst und hinreichend vorangetrieben worden ist.

Ich war, ich will das auch gern an der Stelle sagen, insbesondere entsetzt, als, kurz nachdem wir diese Anfrage eingebracht haben, uns als Fraktion die Frage erreichte, könnt ihr nicht einer Fristverlängerung zustimmen, einer Fristverlängerung mit dem Argument, im März 2003, also anderthalb Jahre nach Beschlussfassung in diesem Haus, es bestehe noch intensiver Abstimmungsbedarf mit den beteiligten Ressorts sowie den beteiligten niedersächsischen Behörden! Das, meine Damen und Herren, fand ich nicht akzeptabel nach anderthalb Jahren. Ich denke, dass hier das wichtige Thema noch nicht mit der hinreichenden Verve angegangen worden ist. Ich will auch vor dem Hintergrund sagen, Verkehrspolitik ist eine langfristige Sache und eine Sache, bei der man heute vielleicht den einen oder anderen Spatenstich machen muss, aber ein guter Verkehrssenator muss über die Jahre 2015, 2020 nachdenken.

Man kann vielleicht auch etwas Gutes oder zumindest eine Aufgaben- und Arbeitsstellung aus die-

(C)

(D)

(A) ser Antwort des Senats herauslesen, nämlich aus den Punkten, die nicht in ihr enthalten sind. Das sind dann die Aspekte, die für uns Gestaltungsaufgaben für die nächste Legislaturperiode beinhalten. Ich habe dazu wichtige Punkte genannt: Regionalstadtbahn, Stärkung der schienenbezogenen Infrastruktur, auch zur besseren Abwicklung der hafengebundenen Güterverkehre. Ich denke, dieser Aufgabe sollten wir uns stellen. Wir als Sozialdemokraten sind jedenfalls darauf vorbereitet und werden das in der nächsten Legislaturperiode weiter hart und beharrlich verfolgen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Kastendiek.

Abg. **Kastendiek** (CDU *)): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren hier heute, wie Herr Dr. Sieling gesagt hat, über die Verkehrsinfrastruktur im Nordwesten. Dies, meine Damen und Herren, ist ein sehr wichtiges Themengebiet, weil mit dem Funktionieren, mit der Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur im Nordwesten natürlich auch die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur für die beiden Städte Bremen und Bremerhaven verbunden ist. Im Wirtschaftsverkehrskonzept des Senators für Häfen und Wirtschaft wird daher auch festgeschrieben, ich darf zitieren mit Genehmigung des Präsidenten: „Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist ein entscheidender Standortfaktor beim Wettbewerb zwischen Regionen und damit um Arbeitsplätze. Um in diesem Wettbewerb zu bestehen, gilt es, die bremische Verkehrspolitik an den Stärken Bremens als Wirtschafts- und Logistikstandort auszurichten, diese weiterzuentwickeln und für die Zukunft zu sichern.“

(B) Meine Damen und Herren, dieser Satz sagt alles aus über die Bedeutung, die wir hier heute debattieren. Auch die Handelskammer hat dies zu einem der Schwerpunkte in ihren Wahlprüfsteinen gemacht. Von daher ist es legitim, dass man eine ganz sachliche, nüchterne Anfrage stellt. Ob das nun eine Wahlkampfaktion ist, Herr Dr. Sieling, wie Sie darzustellen versucht haben, ist eigentlich zweitrangig. Dieses Thema muss ständig auf der Agenda stehen, und von daher ist es auch für die Weichenstellung für die kommenden vier Jahre von großer Bedeutung.

Meine Damen und Herren, die große Koalition hat in der Verkehrspolitik einen Paradigmenwechsel vorgenommen. Seit 1995 sind zahlreiche Verkehrsprojekte in ihrer Planung, in ihrer Umsetzung, in ihrer Realisierung entscheidend vorangebracht worden, Herr Dr. Sieling hat es gesagt, der Ausbau und die Fortentwicklung der A 281, die Hinterlandan-

*) Vom Redner nicht überprüft.

bindung von und zu den Häfen, der sechsspurige Ausbau der A 27 zwischen Bremen-Nord sowie der Anschlussstelle Freihäfen und zahlreiche Verkehrsverbindungen innerhalb Bremens. Dieser Paradigmenwechsel, meine Damen und Herren, ist maßgeblich auf die Initiative der CDU zurückzuführen.

(C)

Vor dem Hintergrund dieses Paradigmenwechsels wird Bremen auch seiner Rolle und seiner Funktion als Oberzentrum im Nordwesten gerecht. Wir wollen, dass Bremen ein Oberzentrum darstellt, nicht nur, dass die Leute hier einkaufen, sondern dass Bremen und Bremerhaven als Wirtschaftsstandort auch der Funktion als Oberzentrum, dieser Rolle gerecht wird. Bremen profitiert natürlich auch vom Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region. Es ist nicht so, dass die Verkehrsinfrastruktur an der Landesgrenze aufhören kann, sondern sie muss fortentwickelt werden zusammen mit Niedersachsen. Von daher war es richtig, dass die Bürgerschaft sich im Jahr 2001 mit dieser Thematik sehr intensiv auseinandergesetzt und einen entsprechenden Antrag hier verabschiedet hat.

Ich hätte es, Herr Dr. Sieling, natürlich auch begrüßt, wenn man hier zu einem gemeinsamen Konzept mit dem Land Niedersachsen gekommen wäre. Der Eindruck aber, den Sie hier vermittelt haben, ist natürlich nicht so ganz richtig, weil Sie hier die Verantwortung zum Senat schieben. Das geht auch aus der Antwort des Senats hervor.

(D)

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das ist auch unser Ansprechpartner hier, oder?)

Wenn Sie genau nachlesen, ist es das Bundesland Niedersachsen gewesen unter der Regierung von Herrn Gabriel damals, Anfang 2002, das gesagt hat, es hält eine solche Arbeitsgruppe für die Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes nicht für notwendig, meine Damen und Herren! Deswegen war es natürlich schwer möglich, wenn der eine Partner nicht will, dann gemeinsam ein Verkehrskonzept zu erstellen, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Dr. Sieling [SPD])

Erst auf Drängen des Senats, Herr Dr. Sieling, hat sich dann das Bundesland Niedersachsen im Juli des vergangenen Jahres bereit erklärt, eine Arbeitsgruppe zwischen den beteiligten Ressorts zu gründen und auch ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Nun gab es, Sie sagen vielleicht leider, wir sagen Gott sei Dank, Anfang des Jahres einen Regierungswechsel, und wie das nach einem Regierungswechsel so ist, musste dort die Position erst einmal wieder neu zurechtgerückt werden, so dass hier überhaupt kein Verschulden des Senats vorliegt, sondern ich bin davon überzeugt, dass sich der Senat, in welcher Zusammensetzung auch immer, dann in der kommen-

(A) den Legislaturperiode dieser Thematik annimmt und es dann sehr schnell vorangeht.

Ich stelle hier also fest, an dem Senat hat es nicht gelegen. Es hat leider an der niedersächsischen Landesregierung im Jahr 2002 gelegen, die hat blockiert, nicht mehr und nicht weniger, meine Damen und Herren!

(Abg. Pfl u g r a d t [CDU]: Sozialdemokratisch!)

Sozialdemokratisch, richtig, Herr Kollege Pflugradt!

Der zentrale Hintergrund der Diskussion, Herr Dr. Sieling hat es angesprochen, ist der Bundesverkehrswegeplan. In diesem Bundesverkehrswegeplan gab es auch eine neue Schwerpunktsetzung, die Antwort des Senats auf die Große Anfrage sagt dies auch ganz deutlich. Nachdem der Bundesverkehrswegeplan 1992 einen sehr starken Schwerpunkt auf die Verkehrsprojekte der deutschen Einheit gelegt hat, lag es natürlich auf der Hand, sich wieder hin zu neuen Schwerpunkten zu orientieren, hin zu bewegen. Da begrüßen wir natürlich ausdrücklich, dass man sich in Richtung Küstenregion, Hinterlandanbindungen der Häfen vermehrt orientiert hat.

Diese Orientierung aber, meine Damen und Herren, ist natürlich auch Ergebnis erfolgreicher Hafenspolitik. Sie glauben doch nicht, Herr Dr. Sieling, dass man sich in Berlin stärker zur Küste hin ausgerichtet hätte, wenn es hier keine erfolgreiche Politik, wenn es hier nicht einen prosperierenden Hafen gegeben hätte, wo es sich auch lohnt zu investieren! Von daher hängen hier doch Ursache und Wirkung sehr stark miteinander zusammen. Ich denke, dass es ein Ergebnis der bremischen Politik ist, dass solche Bereiche auch verstärkt Einfluss in den Bundesverkehrswegeplan gefunden haben.

(B) Ein wesentlicher weiterer Punkt ist natürlich, das muss in diesem Zusammenhang auch gesagt werden, dass Bremen endlich Verkehrsprojekte hatte, planungsreif vorgebracht hat, die zu melden und auch zu bewilligen waren. Wie war es denn zum Bundesverkehrswegeplan 1992? Nennen Sie mir doch die Projekte, die verabschiedungsreif, politisch auch abgesegnet im Senat auf der Liste standen, die auch in den Bundesverkehrswegeplan hätten einfließen können! So viele waren das nicht, Herr Dr. Sieling! Auch das müssen Sie der Vollständigkeit halber sagen! Deswegen komme ich auf den Paradigmenwechsel zurück, den es seit der großen Koalition mit Initiative der CDU gibt, ein größeres Gewicht auf den Ausbau einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur zu legen.

Herr Dr. Sieling hat auch die positiven Aspekte des Bundesverkehrswegeplans hervorgehoben. Das ist unstrittig. Es gibt aber auch einige Wermutstropfen in dem Entwurf des Bundesverkehrswegeplans. Sie haben da den Bahnknoten genannt. Auch hier, vielleicht habe ich mich da verhört, haben Sie den

Eindruck erweckt, als würde es an Bremen liegen, dass dieser Punkt nicht ausführlich in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden ist. Unter der Antwort zu 1. 2, Bundeseisenbahn, finden Sie zehn Punkte, Eisenbahnprojekte, die angemeldet worden sind. Diese Eisenbahnprojekte betreffen zu zwei Dritteln den Bahnknoten Bremen, Herr Dr. Sieling, und wären zumindest die Voraussetzungen gewesen, wenn dieser Punkt Bahnknoten im Bundesverkehrswegeplan anders gehandelt worden wäre, hier im Einzelnen mit aufzunehmen.

(C)

Sie wissen aber auch, Herr Dr. Sieling, dass zum Bundesverkehrswegeplan, was den Bahnknoten angeht, ein Topf mit einer Milliarde Euro gebildet worden ist und hier überhaupt keine Einzelprojekte aufgelistet worden sind. Das heißt, Sie müssen Ihre Kritik dann, und Sie haben sicherlich gute Kontakte, solange Sie noch da sind, an der Stelle in Berlin anbringen, Ihren Einfluss wahrnehmen, dafür kämpfen, dass hier mit der Verabschiedung des Bundesverkehrswegeplans der Bundesregierung im Juni/ Juli dann auch einzelne Projekte aufgenommen werden. Bremen steht da ganz oben, weil sonst die anderen Schienenprojekte in der Region nicht allzu viel Sinn machen. Hier ist die Hausaufgabe eindeutig bei der rotgrünen Bundesregierung. Dass dies zum Widerspruch zur deklarierten Politik, nämlich zur Förderung ökologischer Verkehrsträger steht, auch das ist hier noch erwähnenswert.

Sie haben natürlich nicht die Finanzierungsprobleme des Bundes bei der Realisierung des Bundesverkehrswegeplans genannt. Zur Realisierung gehören Steuereinnahmen, ein vernünftiger Haushalt. Den haben wir leider zurzeit in Berlin nicht, und von daher kann man auch nur hoffen, dass da nicht allzu viele Projekte aus dem vorrangigen Bedarf herausfallen werden.

(D)

Ein nächster Wermutstropfen gehört in diesen Zusammenhang, denn in der Einleitung der Großen Anfrage ist dies als wichtiger Punkt genannt worden, das ist die Hinterlandanbindung Wasserstraße. Hier versagt leider der Bundesverkehrswegeplan für Bremen vollständig. Der Ausbau der Mittelweser ist in der Realisierung fraglich, der Schleusenausbau wird untersucht. Nur auf massives Drängen der Regionen nähert man sich dieser Problematik jetzt endlich. Im Entwurf ist es nicht, obwohl es eigentlich unstrittig ist, dass die Schleusen Dörverden und Minden ausgebaut werden müssen, meine Damen und Herren, damit die Hinterlandanbindung Wasserstraße entsprechend leistungsfähig ist, damit wir Verkehre in das Hinterland organisieren können, die dann die Straße auch entlasten.

Meine Damen und Herren, ich darf feststellen, dass wir mit dem Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik, in der Verkehrsinfrastruktur hier zu keinem Stillstand kommen dürfen. Es muss weiter in diese Richtung gearbeitet werden, hiervon hängt die Leistungsfähigkeit des Hafen- und Logistikstandortes

- (A) Bremen und Bremerhaven ab. Wir müssen als Politik an diesem Strang weiter ziehen. Ich hoffe, dass diese Politik nach dem 25. Mai weiter eine gute Basis, eine gute Grundlage hat. Die CDU steht dafür, und ich denke, dass wir in diesem Sinne hoffentlich einer guten Zukunft entgegensehen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Kastendiek, wenn Sie jetzt den neuen Bundesverkehrswegeplan kritisieren hinsichtlich aller der Dinge, die nicht aufgenommen sind, dann muss man ganz eindeutig sagen, auch der neue Bundesverkehrswegeplan wird überzeichnet sein, wie es der alte auch war, und dann muss man sich hier vor Ort entscheiden, auf welche Verkehrsmittel man sich hier konzentrieren will.

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Aber irgendwie haben die Grünen das in der Vergangenheit immer kritisiert!)

- (B) Da sagen wir Grünen ganz eindeutig, wir würden es vorziehen, wenn man sich auf umweltfreundliche Verkehrsmittel konzentrieren würde.

Die Bremische Bürgerschaft, Kollege Dr. Sieling hat darauf hingewiesen, hat im Oktober 2001 den Senat aufgefordert, gemeinsam mit Niedersachsen ein „Zukunftskonzept Verkehr Nordwest 2015“ zu erarbeiten. Leider, auch das hat Herr Dr. Sieling gesagt, liegt ein solches Verkehrskonzept bis heute nicht vor, und der Senat sagt dazu lediglich, ein solches Konzept würde weiterhin Sinn machen.

Meine Damen und Herren, das nenne ich dann doch eine sehr magere Antwort, und ich habe jetzt gerade vernommen, dass Sie sich hier gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben, war es Ministerpräsident Gabriel, war es der Bremer Senat, waren es Uneinigkeiten innerhalb des Bremer Senats? Vielleicht kann Senator Hattig uns da aufklären. Insgesamt hoffen wir Grünen, dass ein gemeinsames zukunftsfähiges Verkehrskonzept in den nächsten Jahren auf den Weg gebracht wird.

Dennoch sehen auch wir Grünen, dass es bezüglich gemeinsamer Planungen zu Fortschritten gekommen ist, dass die Region beginnt, sich besser zu organisieren und verbindlicher zusammenzuarbeiten, auch was eine gemeinsame Verkehrsinfrastruktur angeht, und das, finden wir, ist ein Fortschritt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Worüber wir streiten, das sind die verkehrspolitischen Ziele und mit welcher Verkehrsinfrastruktur und welchen Verkehrsträgern wir die Region voranbringen wollen. Wir Grünen setzen dabei weiterhin auf eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur, die soviel Verkehr wie irgend möglich auf umweltfreundliche Verkehrsmittel verlagert, unnötige Verkehre vermeidet und vor allem die Wohnorte der Menschen von Schwerlastverkehr entlastet. Dies gilt für Bremen, aber dies gilt insgesamt auch für die Region.

Den jetzt im Entwurf vorliegenden Bundesverkehrswegeplan der rotgrünen Bundesregierung begrüßen wir aus der Sicht Bremens, aber auch aus der Sicht der Nordwestregion. Wir unterstützen dabei zwar nicht jede einzelne Maßnahme, aber wir finden es gut, dass es endlich gelungen ist mit diesem Bundesverkehrswegeplan, nicht unerhebliche Finanzmittel endlich einmal in die Nordwestregion zu ziehen. Diese Region wurde, was den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur angeht, gegenüber anderen Regionen in der Vergangenheit doch deutlich benachteiligt, also auch das, finden wir Grünen, ist ein Fortschritt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Positiv bewerten wir auch die neue Zielsetzung des Bundesverkehrswegeplans, die maritimen Standorte zu stärken. Im neuen Bundesverkehrswegeplan sind viele Verkehrsprojekte, die wir Grünen ausdrücklich unterstützen. Dazu gehört sowohl das Großprojekt A 281 als auch die Weserquerung. Die Schließung des Autobahnringes um Bremen schafft für uns Grünen die Voraussetzung, unnötige Durchgangsverkehre durch die Stadt auf den Ring zu verlagern und vor allem den Lkw aus Wohngebieten herauszuhalten. Lkw-Verkehre in den Wohngebieten machen die Menschen krank und entwerten diese Wohngebiete, und statt, wie der Wirtschaftssenator fordert, ein engmaschigeres Lkw-Führungsnetz in Bremen zu knüpfen, sind wir dagegen ganz ausdrücklich der Meinung, dass es höchste Zeit wird, belastete Straßen aus dem Lkw-Führungsnetz herauszunehmen. Wir erinnern hier auch an die öffentlichen Bekundungen der SPD in diesem Zusammenhang, die Schwachhauser Heerstraße aus dem Lkw-Führungsnetz zu nehmen, und wir hoffen, dass die SPD auch weiterhin zu dieser Aussage stehen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen im Übrigen, dass es einen neuen Schub zur Verlagerung von Güterverkehren auf die Schiene gibt. Dazu braucht Bremen einen leistungsfähigen Knotenpunkt Hauptbahnhof, auch darauf hat Kollege Dr. Sieling hingewiesen. Nur so kann es zusätzliche Kapazitäten für die Verlagerung von Gütern auf die Schiene geben. Der Bau der Y-Trasse schafft in der Region zusätzliche Kapazitäten, die für den Güterverkehr genutzt werden können. Dies ist

(C)

(D)

(A) nur dann möglich, wenn der Bremer Hauptbahnhof und seine Zulaufstrecken in das Knotenausbauprogramm des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen werden. In der Antwort des Senats heißt es hierzu, ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Leider ist der Knoten Hauptbahnhof Bremen mit Zulaufstrecken nicht ausdrücklich im Bundesverkehrswegeplan erwähnt, hier muss der Bundesverkehrswegeplan noch weiter konkretisiert und nachgebessert werden.“

Meine Damen und Herren, wir erwarten vom Senat, dass er hier nachbessert und ganz konkrete Verbesserungen gerade auch für den Bremer Hauptbahnhof erreicht. Ansonsten passiert nämlich eines, wenn wir das nicht schaffen, wird es nicht möglich sein, dass wir den Schienenpersonen- und Schienengüterverkehr weiter fortentwickeln können, wenn der Hauptbahnhof sich zum Nadelöhr entwickelt. Dies kann weder im Interesse Bremens noch im Interesse der Region sein.

Gleiches gilt allerdings auch für den JadeWeserPort. Wenn er kommt, und Sie haben ja vernommen, dass unser grüner Umweltminister dafür ist, wenn also der JadeWeserPort kommt, dann brauchen wir eine ordentliche Hinterlandanbindung. Für uns ist es besonders bedeutsam, denn wir wollen natürlich, dass dann möglichst viele Verkehre umweltverträglich auf der Schiene abgewickelt werden, und dies geht ausdrücklich nur, wenn man die Kapazitäten auf der Strecke Wilhelmshaven–Nordenham–Oldenburg in Richtung Bremen ausbaut. Das bedeutet mehr Gleise auf dieser Strecke.

(B) Der JadeWeserPort darf aber nicht als Argument dafür herhalten, eine Regionalstadtbahn würde Güterverkehren im Wege stehen. Wir gehen davon aus, dass auch das Wirtschaftsressort sich an den einstimmigen Parlamentsbeschluss zur Regionalstadtbahn hält und dieses Projekt gegenüber Niedersachsen offensiv vertritt. Wir sind eindeutig für den Wettbewerb auf der Schiene sowohl im Güterverkehr als auch im Personenverkehr, und die Deutsche Bahn, aber auch Teile der bremischen Verwaltung scheinen sich hier wieder einmal als Bremser zu betätigen.

Ansonsten unterstützen wir den Senat bei allen Bundeseisenbahnprojekten, die in der Großen Anfrage aufgelistet sind. Herausgreifen möchte ich besonders die Verlegung des Oldenburger Gleises, die Mahndorfer Kurve oder aber den Bau zusätzlicher Gleise auf der Strecke von Bremen-Burg zum Hauptbahnhof.

Meine Damen und Herren, zu einer nachhaltigen, und das heißt für uns, einer ökonomisch verantwortbaren und ökologischen Verkehrspolitik gehört es auch, möglichst vielen Autofahrern attraktive, schnelle und komfortable Alternativen mit dem Zug anzubieten. Vor allem die Berufspendler müssen auf schnellen Schienenwegen in die Städte und wieder

hinauskommen können. Daher setzen wir auch weiterhin auf einen attraktiven Ausbau des Personennahverkehrs. Dies ist aus finanziellen und aus ökologischen Gründen die bessere Alternative, als immer nur neue Autobahnen zu bauen. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit eines Standortes ist eine leistungsfähige Infrastruktur. Zur Infrastruktur gehört eine ausgewogene Mischung von Verkehrsträgern. Immer, wenn ich die Worte, Frau Krusche, ökonomisch, freundliche Verkehrsträger höre, dann frage ich mich, wie teilt man das eigentlich auf, wie kommt man zu einer Mischung, die wettbewerbsfähig bleibt und trotzdem eine vernünftige, dem Bürger zugewandte Lösung ist. Ich glaube, wir beide wissen, und alle anderen auch, wie schwer das im Einzelnen durchzusetzen ist, vor allem, wenn man sich die Prognosen ansieht. Die Prognosen gehen davon aus, dass wir in Zukunft einen weiterhin sehr stark ansteigenden Personen- und Güterverkehr haben. Allein der Straßengüterfernverkehr wird auf 64 Prozent Zuwachsrate bis zum Jahr 2015 gerechnet. Ich erlaube mir in dem Kontext zu sagen, einfach nur als Feststellung, die Bahn steht vor dem Problem, den Schnellverkehr vom Personenverkehr zu entzerren, den wiederum mit einem Schwerpunkt Nahverkehr zu versehen und dabei auch noch zuwachsende Güterverkehre aufzunehmen.

Wenn Sie sich in Deutschland die Bahndämme ansehen und die darauf befindlichen Gleise, dann können Sie sich ungefähr vorstellen, wie lange es allein zeitlich dauern wird, um da eine entscheidende Veränderung herbeizuführen. Ich selbst habe sehr intensiv mit dem Bundesverkehrsministerium die Diskussion geführt, die A 1 vom Ruhrgebiet bis nach Hamburg achtspurig zu machen und/oder den Fernverkehr zu aktivieren. Die Probleme sind mir einigermaßen geläufig. Unbeschadet unserer persönlichen oder parteilichen Einstellung, es wird einer erheblichen finanziellen Kraftaufwendung bedürfen, um da in angemessener Zeit auch nur zu minimalen Fortschritten zu kommen. Das einmal zum Generellen!

Für Bremen müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, wir liegen etwas abseits der Straßen, wir sind kein Verkehrsmittelpunkt. Andererseits sind wir auf den Verkehr dringend angewiesen. Wir sind ein starker Logistikstandort, wir haben Häfen, 82 000 Beschäftigte sind dort, und Bremen wird zunehmend dank der BLG, auch dank anderer Bemühungen, eine Drehscheibe für hochqualifizierte logistische Anforderungen. All das intensiviert die Anforderungen,

(C)

(D)

(A) Herr Dr. Sieling, für uns noch härter, verkehrliche Möglichkeiten zu erschließen, das heißt eben auch Straßenverkehr, als das ohnehin schon der Fall ist.

Ziele einer solchen Verkehrspolitik: kleine Optimierungen des innerstädtischen Verkehrs, nicht so viele Hemmnisse, sondern ganz nüchtern, auch nicht jedem seinen Parkplatz direkt vor dem Geschäft, in dem er einkaufen will, sondern eine vernünftige Mischung, bei der man von einer vernünftigen Flussmöglichkeit im innerstädtischen Verkehr reden kann, das Ganze mit einer sehr guten Anbindung an den Fernverkehr. Deswegen ist der Autobahnring so wichtig. Es muss auch noch effizient sein und darf den Wirtschaftssenator nicht zu sehr „aus den Schuhen ziehen“.

Wenn Sie sich das alles einmal wieder als Mischungsverhältnis vorstellen, können Sie sehen, wie schwer die Verhältnisse sind. Ich sage einmal konkret, wie ich solche Dinge immer gern angehe: Die Cherbourger Straße ist aus meiner Sicht eine vernünftige Mischung zwischen all diesen Anforderungen. So sehr der Oberbürgermeister in Bremerhaven auch eine etwas bessere Konstruktion zu diesem Thema gern hätte und auch wünscht, aber, ich wiederhole mich, Effizienz heißt, möglichst wenig Geld zu einer möglichst vernünftigen Leistung zu führen. Wir haben Nachholbedarf in Bremen.

(B) Über den Hemelinger Tunnel ist heute schon geredet worden, den können wir abhaken, er funktioniert endlich, und wir haben die Einzelmaßnahmen Autobahnring, den schließen wir, die A 281 – Sie alle wissen, welches Geld wir aufwenden, um diese Glaubensfrage: Ist das nun eine Bundesregelung oder ist das eine landes- beziehungsweise kommunale Regelung? –, all das haben wir gelöst.

(Unruhe – Glocke)

Präsident Weber: Herr Senator Hattig, ich stelle Unruhe im Hause fest. Ich bitte doch, die letzten Minuten noch konzentriert der Debatte zu folgen!

Senator Hattig: Ich bemühe mich, der Unruhe nicht mehr allzu viel Nahrung zu geben, und fasse mich kurz. Der Schienenverkehr ist dargelegt worden, Herr Kastendiek, der Straßenverkehr ist dargelegt worden, Autobahn A 27 sechs Spuren, Ausbau A 281, Küstenautobahn, und bei den Wasserstraßen bin ich mit Herrn Wedemeier der Meinung, dass wir die Weser vertiefen müssen und auch können.

(Beifall bei der SPD)

Das alles ökologisch vertretbar! Ich bin auch mit Ihnen der Meinung, Herr Sieling, dass wir Niedersachsen etwas munterer machen müssen. Das tun wir, wir bemühen uns. Meine Damen und Herren, der Senat ist bei aller Schelte, die im Einzelnen angebracht sein mag oder ist, auf dem Weg, eine vernünftige Verkehrspolitik zu machen, denn gute Ver-

kehrspolitik ist Wirtschaftspolitik, und das ist Zukunftspolitik. – Vielen Dank! (C)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/1457, auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

Inzwischen wurde interfraktionell vereinbart, die Tagesordnungspunkte 19, Nahverkehrsplan 2, und die Tagesordnungspunkte 28 und 29, Strukturpolitik der Europäischen Union nach 2006, ohne Debatte zu verhandeln, so dass ich die Punkte jetzt noch aufrufe.

Nahverkehrsplan 2 für den Schienenpersonennahverkehr im Land Bremen 2003 bis 2007

Mitteilung des Senats vom 25. März 2003
(Drucksache 15/1430)

Wir verbinden hiermit:

Nahverkehrsplan für den Schienenpersonennahverkehr im Lande Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 13. Mai 2003
(Drucksache 15/1481) (D)

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 15/1481 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Strukturpolitik der Europäischen Union nach 2006

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 10. Oktober 2002
(Drucksache 15/1258)

Wir verbinden hiermit:

(A) Strukturpolitik der Europäischen Union nach 2006

Bericht und Antrag des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit vom 18. März 2003
(Drucksache 15/1459)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Strukturpolitik der Europäischen Union nach 2006, vom 10. Oktober 2002 ist von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer 66. Sitzung am 23. Oktober 2002 an den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit überwiesen worden. Dieser Ausschuss legt nunmehr mit der Drucksache 15/1459 seinen Bericht und Antrag dazu vor.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Da der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen durch die Drucksache 15/1459 erledigt ist, lasse ich über den Antrag des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit abstimmen.

(B) Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit mit der Drucksachen-Nummer 15/1459 Kenntnis.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum Schluss des heutigen Tages und zum Abschlussprocedere der fünfzehnten Legislaturperiode.

Meine Damen und Herren, die letzte Sitzung der Bürgerschaft dieser fünfzehnten Legislaturperiode neigt sich dem Ende zu. Eine ganze Reihe von Kolleginnen und Kollegen kandidiert nicht wieder. An diese, die jetzt schon wissen, dass sie ausscheiden – andere werden es am Wahlabend erfahren –,

(Heiterkeit)

möchte ich einige Worte richten! Meine Damen und Herren, dabei möchte ich betonen, jetzt nicht ge-

nannt zu werden ist noch lange keine Garantie dafür, wieder in die Bürgerschaft einzuziehen, umso mehr, da unser Landtag auf 83 Abgeordnete verkleinert wird.

Ich beginne mit dem Kollegen, der nur für kurze Zeit Mitglied der Bürgerschaft war. Sie, Michael Blank, gehörten dem Haushalts- und Finanzausschuss, dem Hafenausschuss und der Fischereihafendeputation an. Im Parlament haben wir Ihre ruhige, Ihre bescheidene, zuverlässige Art schätzen gelernt. Ich habe mir sagen lassen, dass Sie neben Ihrem politischen Engagement mit Leib und Seele Wirtschaftsprüfer und Steuerberater sind und ebenfalls mit ganzem Herzen ehrenamtlich tätig in einem Sportverein. Ich habe mir sagen lassen, sogar Vorsitzender eines Fußballvereins! Ich wünsche Ihnen alles Gute!

(Beifall)

Anna Absolon ist vier Jahre im Parlament. Als sie in die Bürgerschaft einzog, war ihr parlamentarische Arbeit nicht fremd, da sie acht Jahre davor schon in Deputationen mit den Schwerpunkten Häfen/Fischerei tätig war. Neben ihrem bekannten ehrenamtlichen Engagement für Senioren hat mich insbesondere beeindruckt, was ich aus einem Artikel des „Weser-Kurier“ erfuhr. Bei Familienfeiern muss bei Ihnen stets das ganze Wohnzimmer umgeräumt werden, weil selbst, wenn Sie im engsten Familienkreise feiern, weit mehr als 30 Personen zusammenkommen. Ihnen, Frau Absolon, danke ich ganz herzlich für Ihre Arbeit!

(Beifall)

Von 1999 bis 2003 gehörte Mathias Henkel der Bürgerschaft an und zeigte sich stets als temperamentvoller Kämpfer, zunächst für Biodiesel, dann für Tierschutz. Seine kraftvolle, sonore Stimme wird auch, wenn er der Bürgerschaft nicht mehr angehört, nicht verklingen. So wurde ich neulich, es war im Februar dieses Jahres, bereits morgens um sieben Uhr auf der Hansawelle von seiner markanten Stimme geweckt. Radio Bremen sendete einen Bericht von einem von Mathias Henkel gegründeten Stammtisch, und auch am Schluss Ihrer Parlamentszugehörigkeit waren Sie noch für eine Überraschung gut. Lieber Herr Henkel, für Ihre Arbeit herzlichen Dank!

(Beifall)

Werner Steinberg kann zu meinem und zu seinem großen Bedauern heute nicht bei uns sein. Er ist schwer erkrankt. Er ist, was seine parlamentarische Laufbahn angeht, eher ein Spätberufener. Von 1999 bis zum Jahr 2003 in der Bürgerschaft war er Mahner und Wahrer insbesondere der Interessen der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Zudem hat er sich insbesondere dem Sport verschrieben und ist von 1971 bis heute ununterbro-

(C)

(D)

(A) chen Mitglied der Sportdeputation. Damit hat er mit Reinhard Hardegen zusammen am längsten in einer Deputation gewirkt. Ja, er hat Reinhard Hardegen knapp überboten. Jemand wie Werner Steinberg, der sich so intensiv dem sportpolitischen Bereich widmet, gibt viel Zeit und so manches Wochenende für diese Arbeit daran. Wir wünschen unserem Kollegen Werner Steinberg vor allen Dingen alles Gute für seine Gesundheit und grüßen ihn von hier aus sehr herzlich!

(Beifall)

Von 1995 bis 2003 gehörte Brigitte Dreyer der Bürgerschaft an. Als langjähriges Mitglied und langjährige bremische Vorsitzende der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, also aus der Gewerkschaftspolitik kommend, und aufgrund umfangreicher eigener beruflicher Erfahrungen hat sich Frau Dreyer in den Deputationen für Arbeit beziehungsweise für Arbeit und Gesundheit eingebracht. Dabei war sie nie eine angepasste Kollegin, sondern immer streitbare Kämpferin und, wenn sie von einer Sache überzeugt war, in der politischen Auseinandersetzung klar und direkt und nur selten nachgebend, aber immer beharrlich und geradlinig. Vielen Dank, Frau Dreyer, für Ihre Arbeit!

(Beifall)

(B) Klara Schreyer kam als selbständige Kauffrau aus Findorff ins Parlament und gehörte der Bürgerschaft zwei Legislaturperioden an. Neben ihrem Engagement im Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau war Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit der Bereich Stadtentwicklung, Bau und Verkehr.

In einer der vielen Debatten über ein Fahrradparkhaus am Bahnhof haben Sie mir insbesondere aus der Seele gesprochen. Mit einem kurzen Schlenker leiteten Sie über zu dem Vorschlag, ein paar Fahrradbügel in unmittelbarer Nähe des Parlamentsgebäudes aufzustellen, um auch hier für geordnetes Abstellen der Fahrräder der Parlamentarier zu sorgen, was dem Haus der Bürgerschaft sicherlich gut zu Gesicht stehen würde. Herzlichen Dank, Frau Schreyer!

(Beifall)

Seit Juni 1995 ist Edith Wilts Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und in dieser Zeit durchgängig Mitglied der Bildungsdeputation und der Deputation, die sich jeweils mit der Umweltpolitik befasste, zunächst Umweltschutz und Gesundheit und seit 1999 Umwelt und Energie. In Ihren Redebeiträgen zur Energiepolitik konnten Sie Ihre Herkunft als Physiklehrerin oft nicht verleugnen. So haben wir von Ihnen erfahren dürfen, dass auf dem dreiundfünfzigsten Breitengrad, also hier, die mittlere Sonneneinstrahlung bei 1000 Kilowattstunden pro Quadratmeter im Jahr liegt, eben leider nur halb so viel wie in der Sahara.

Sie, Frau Wilts, die Sie bekannten, als Schülerin noch zu den Befürwortern der Kernenergie gehört zu haben, sind uns hier als engagierte Verfechterin alternativer Energien begegnet. Auch Ihnen herzlichen Dank für Ihre Tätigkeit!

(Beifall)

Helga Jansen kam nach langjähriger politischer Arbeit in ihrer Partei 1991 ins Parlament. Vorher schon war sie Abgeordnete. Die Schwerpunkte ihrer Arbeit bildeten die Bildungs- und die Sozialpolitik. In beiden Deputationen war sie durchgängig Mitglied.

Besonders beeindruckt hat mich, dass Ihre Politik deutlich auf Ihren persönlichen Lebenserfahrungen fußte. So haben Sie einmal in einer Debatte über die Ausbildungsplatzsituation einem Abgeordneten entgegengehalten, wörtlich: „Ich habe einen Hauptschulabschluss, und trotzdem ist etwas aus mir geworden“ ,

(Heiterkeit und Beifall)

und weiter – unter Hinweis auf Ihr Studium über den zweiten Bildungsweg –: „Ich war nicht blöd, ich kam nur aus einem armen Elternhaus.“ Dass aus Ihnen etwas geworden ist, können wir alle bestätigen, deshalb auch Ihnen ganz herzlichen Dank!

(Beifall)

Hasso Kulla, seit 1991 Mitglied der Bürgerschaft, kam seine Erfahrung als langjähriges Betriebsratsmitglied und Betriebsratsvorsitzender beim Bremer Vulkan sowie seine Herkunft als Gewerkschafter für seine politische Arbeit sehr zugute. So waren Sie wegen des beruflichen Hintergrunds besonders engagiert in der Deputation für Arbeit, zuletzt genannt Deputation für Arbeit und Gesundheit.

Sehr geehrter Herr Kulla, lieber Hasso, ich erinnere mich persönlich insbesondere an Ihre kämpferischen Auftritte als Betriebsratsvorsitzender, der den drohenden Niedergang des Bremer Vulkan abzuwenden versuchte. Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Arbeit!

(Beifall)

Detmar Leo, der aus Krankheitsgründen nicht bei uns sein kann, gehört der Bürgerschaft seit 1991 an. Er kam zu uns als Unterbezirksvorsitzender seiner Partei. Anders als viele, die als Lehrer ins Parlament einziehen, wandte er sich nicht der Bildungspolitik zu. Schwerpunkt seiner politischen Tätigkeit waren die Kulturpolitik und später insbesondere die Wirtschaftspolitik.

In seiner Funktion als wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion, was insbesondere in der Zeit der Ampel nicht ohne war, musste Detmar Leo so

(C)

(D)

(A) schwierige Prozesse wie den Niedergang des Bremer Vulkan-Verbundes begleiten. So ist er überhaupt ein überzeugter und überzeugender Streiter für Bremens Norden.

Wir alle haben uns sehr gefreut, dass er trotz seiner Erkrankung immer wieder in unsere Mitte zurückgekehrt ist. Wenn er sich heute zurückzieht, wünschen wir ihm vor allem eine befriedigende Gesundheit und viel Freude an seinem sonnigen Zweitwohnsitz in Canjamel. Von hier aus alles herzlich Gute!

(Beifall)

Ronald-Mike Neumeyer, von einem meiner Vorgänger auch Ronald-Mieke genannt, von 1991 bis 2003 im Parlament, davor schon sieben Jahre Deputierter, wurde bald nach seinem Eintritt in die Bürgerschaft zum Vorsitzenden des Ausländerausschusses gewählt. In dieser Funktion haben Sie sogar Ihre politischen Gegner geschätzt. Schon nach einer Legislaturperiode stiegen Sie zum Fraktionsvorsitzenden der CDU auf. Wie sicherlich nicht verborgen geblieben ist, haben wir in der Zeit, als wir jeweils Vorsitzende unserer Fraktionen waren, politisch eng zusammengearbeitet. Zu einem Du, das oftmals auch parteiübergreifend üblich ist, sind wir beide erst nach unserer Zeit als Fraktionsvorsitzende gekommen. Ich habe selten in der politischen Arbeit so viel Vertrauen erlebt, das von beiden entgegengebracht worden ist, und ich glaube, zum Erfolg geführt hat.

(B)

Ronald-Mike Neumeyer hat dann in der vergangenen Legislaturperiode den Beweis angetreten, dass ein Vollblutpolitiker auch in der freien Wirtschaft eine beachtliche Karriere machen kann. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit!

(Beifall)

Barbara Wulff kam 1990 als Listennachfolgerin in die Bürgerschaft. In ihrer parlamentarischen Arbeit legten Sie Ihren Schwerpunkt auf das Feld Gleichberechtigung der Frau, kümmerten sich aber ebenso intensiv um die Belange der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und deren Integration und wirkten mit einer kurzen Unterbrechung in der Deputation, die sich mit den Themen Soziales und Jugend befasst. Auch in schwierigen Politikfeldern haben Sie stets zu Ihren Überzeugungen gestanden. Ihre ruhige sachliche Art hat oftmals dazu beigetragen, offene Fragen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und der Sache zu klären. Ich danke Ihnen für Ihre Arbeit!

(Beifall)

Waltraud Hammerström, die viele, auch fraktionsübergreifend, wie selbstverständlich Traudy nennen, gehörte der Bürgerschaft zweimal an. Zunächst konnte sie im Oktober 1987 ganze sieben Tage Bür-

gerschaftsluft schnuppern, dann gehörte sie der Bürgerschaft 14 Jahre an, von 1989 bis 2003.

(C)

In der Zeit Ihrer Zugehörigkeit zum Parlament widmeten Sie sich den Tätigkeitsschwerpunkten Gesundheit und Umwelt, waren aber auch lange Jahre Mitglied der Baudeputation. In manch einer Debatte haben Sie die Redner, und gern auch die Rednerinnen, von Ihrem Platz aus durch treffende Zwischenrufe beinahe aus der Fassung gebracht, was ich in meiner Funktion als Präsident besonders beobachten konnte. Auch Ihnen, Traudy Hammerström, herzlichen Dank für Ihre Arbeit!

(Beifall)

Trotz Rotation, so hieß das damals bei den Grünen, heute wissen selbst einige Grüne kaum noch, was sich dahinter verbirgt, haben Sie, Dieter Mützelburg, 14 Jahre dem hohen Haus angehört, von 1983 bis 1985 und von 1991 bis jetzt. Über die Jahre sind Sie zu einer Art Allzweckwaffe für die Grünen geworden. Sie waren lange Jahre Mitglied im Vorstand Ihrer Fraktion. Sie kennen sich in Bildung so gut aus wie im Bau, im Sport, wie auch, insbesondere in den letzten Jahren als Vorsitzender des Haushaltsschusses bewiesen, in Finanz- und Haushaltsfragen.

Mir scheint, sehr geehrter Herr Mützelburg, Sie sind im Laufe der Jahre in die Rolle eines Elder Statesman hier in Ihrer Fraktion gewachsen. Besonders erfrischend, lieber Dieter Mützelburg, waren Ihre kurzen Redebeiträge am Schluss einer Debatte, in denen Sie immer noch einmal die Finger in die Wunde zu legen vermochten. Ich danke Ihnen ganz herzlich!

(D)

(Beifall)

Seit 16 Jahren im Parlament, gelten Sie, Horst Iso-la, als der Verfassungs- und Geschäftsordnungsexperte Ihrer Fraktion, aber eben auch des gesamten Hauses. Keine Feinheit in rechtlichen Fragen ist Ihnen entgangen. Sie leisteten streitbare Wortbeiträge, in denen Sie die Sache auf den Punkt brachten, so bei der nicht von allen geliebten Erweiterung des Senats um zwei Staatsräte.

Nachdem Sie zunächst kritisierten, dass bei dieser vom Senat beantragten Änderung kein Senatsmitglied anwesend war, Sie verwiesen auf Gerhard Schröder, der in seiner Zeit als Ministerpräsident von Niedersachsen nur einmal bei einer Landtagssitzung fehlte, und zwar, als er bei Fidel Castro war, legten Sie inhaltlich dar, wie schwer sich die Fraktionen mit gerade dieser Verfassungsänderung taten.

Sie waren ein Abgeordneter, der im Zweifel, wenn es Ihnen angebracht erschien, auch als Mitglied einer der Regierung tragenden Fraktion Kritik an eben dieser Regierung übte. Für mich eben ein Vorbild

(A) des klassischen Parlamentarier! Herzlichen Dank für Ihre politische Arbeit!

(Beifall)

Auch Manfred Schramm, seit 1987 im Parlament, steht nicht gerade für die grüne Rotation, aber in Bremerhaven ist ja ohnehin alles anders. In den Jahren seiner Zugehörigkeit zum Parlament hat er sich insbesondere der Hafenpolitik und der Wirtschaftspolitik verschrieben, war aber auch die ganzen Jahre, wie es sich für einen ordentlichen Bremerhavener gehört, in der Fischereihafendeputation.

Sie haben so manches Mal klar und deutlich zu Ihren Überzeugungen gestanden, dass Sie den Widerstand etlicher Ihrer Kollegen herausforderten. Mit dem Ihnen eigenen Kopf haben Sie sich stets für die Bremerhavener Belange, insbesondere auch für die Wirtschaftsförderung eingesetzt, was Ihnen von einem ausgeschiedenen Kollegen einmal folgendes Kompliment – oder war es doch nicht so gemeint? – einbrachte: „Manfred Schramm bleibt Manfred Schramm.“ Bleiben Sie es auch weiterhin! Vielen Dank für Ihre Arbeit!

(Beifall)

(B) Werner Hoyer gehört seit 1983 der Bürgerschaft an, 16 Jahre davon, eben auch ein ordentlicher Bremerhavener, der Fischereihafendeputation. Wenn man Ihre Debattenbeiträge nachliest, stellt man schnell fest, dass Sie eine besondere Freundschaft mit dem Kollegen Schramm verbunden haben muss, heißt es doch oft: „Herr Schramm, Ihnen als langjährigem Mitglied der Fischereihafendeputation muss doch langsam der Unterschied zwischen dem und dem klar geworden sein.“ Oder: „Herr Schramm, wir waren doch auf Island und haben uns das doch angeschaut!“

Aber auch Selbstironie zeichnet Sie aus. An einer Stelle beziehen Sie sich auf den Schweinswal und führten aus: „Diese Tiere sind ungefähr zwei Meter lang und zirka 80 Kilogramm schwer, das ist ungefähr meine Gewichtsklasse.“

(Heiterkeit)

Ich danke Ihnen für Ihre Arbeit, Herr Hoyer!

(Beifall)

Eva-Maria Lemke-Schulte, die viele wie selbstverständlich Evi nennen, war von 1979 bis Januar 1984 und wieder ab 1995 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Im Jahr 1984 wählte die Bürgerschaft sie in den Senat, so dass nach neun Jahren die reine Männerherrschaft durchbrochen wurde und mit ihr erstmals nach Annemarie Mevissen wieder eine Frau in den Senat einzog.

(C) Mit Ihnen, Frau Lemke-Schulte, verliert das Parlament, das darf ich so sagen, denn auch in Ihrer Zeit im Senat waren Sie oft hier, eine Persönlichkeit mit hoher politischer Erfahrung, die in Parlamentsdebatten oft temperamentvoll agierte und kein Blatt vor den Mund nahm. Mit nur ganz wenigen ehemaligen Mitgliedern des Senats, die in die Bürgerschaft zurückkehrten, ist es Ihnen als stellvertretende Fraktionsvorsitzende und später auch als wirtschaftspolitische Sprecherin Ihrer Fraktion gelungen, nach Ihrer Senatstätigkeit ein eigenständiges, parlamentarisches Profil zu entwickeln. Ich danke Ihnen für Ihre politische Arbeit!

(Beifall)

Der Name Borttscheller ist bereits seit mehr als einem halben Jahrhundert eng mit der bremischen Politik verbunden. So war Ihr Vater, Herr Borttscheller, von 1951 bis zu seinem Tod im Jahr 1973 ununterbrochen im Senat und in der Bürgerschaft tätig. 1979 zogen Sie in die Bürgerschaft ein und blieben zunächst bis 1995 Mitglied dieses hohen Hauses, dann noch einmal ab 1999.

Widmeten Sie sich zunächst dem Politikfeld Rechtspflege und Strafvollzug, waren Sie dann seit 1981 stets in der Innendeputation und konnten 1995 sozusagen Ihre Leidenschaft zum Beruf machen. Die Bürgerschaft wählte Sie zum Senator für Inneres, und gerade in innenpolitischen Debatten durfte manch einer erfahren, mit welcher spitzer Zunge Sie Rednern mit anderer Meinung begegneten.

(D) Ich glaube, das Parlament ist Ihnen fraktionsübergreifend dankbar, dass Sie die Silvesterkravalle auf der Sielwallkreuzung beendet haben. Herr Borttscheller, vielen Dank für Ihre Arbeit!

(Beifall)

Dr. Bernt Schulte gehörte der Bürgerschaft von 1975 bis 1995 und wieder ab dem Sommer 2001 an, damit bleiben vom guten fünfundsiebziger Jahrgang nur noch zwei Abgeordnete der Bürgerschaft erhalten. 18 Jahre waren Sie Mitglied der Deputation für Wissenschaft und Kunst, lange Jahre eben auch der wissenschafts- und kulturpolitische Sprecher Ihrer Fraktion. So war ich doch etwas überrascht, dass Ihre Fraktion Sie als Bausenator vorschlug. Sie selbst sollen gespöttelt haben, es läge daran, dass Sie kurz zuvor Ihr Badezimmer renoviert hätten.

(Heiterkeit)

Nach sechs Jahren im Senat, vier, wie gesagt, als Bausenator und zwei als Senator für Inneres, Sport und nun doch Kultur kehrten Sie wieder in die Bürgerschaft zurück und wurden Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten. Sie haben in Ihrer liebenswürdigen und feinen Art fraktions-

(A) übergreifende Wertschätzung erfahren. Auch Ihnen, Herr Dr. Schulte, alles Gute und danke für Ihre politische Arbeit!

(Beifall)

Klaus Bürger ist seit 24 Jahren ununterbrochen Mitglied der Bürgerschaft, mehr als ein halbes Berufsleben im Parlament und damit der dienstälteste Abgeordnete, den ich heute verabschiede. Kaum ein Nachname kann treffender sein für einen Abgeordneten als Ihrer, zeigt er doch, für wen Sie sich all die Jahre hier engagierten. Wenn andere die Deputationen häufiger wechselten, so ist Klaus Bürger seine ganze Zeit als Bürgerschaftsabgeordneter der Bildungsdeputation treu geblieben.

Mit Ihnen verlässt sozusagen die personifizierte Bildungspolitik das Parlament, denn mit großer Sachkompetenz und mit ebenso großer Geduld haben Sie uns die Bildungspolitik näher gebracht. Darüber hinaus waren Sie als Medienexperte Ihrer Fraktion und Vorsitzender des Medienausschusses Ende der neunziger Jahre verantwortlich tätig, als Radio Bremen durch schweres Wasser manövriert werden musste. Ihnen herzlichen Dank für Ihre parlamentarische Arbeit!

(Beifall)

(B) Lieber Dr. Hermann Kuhn, auch wenn wir nicht immer einer Meinung waren, ich darf mich für die Zusammenarbeit im Präsidium bei meinem scheidenden Vizepräsidenten bedanken. Sie waren zwölf Jahre im Parlament, acht davon als Vizepräsident. Ohne den anderen Damen und Herren zu nahe treten zu wollen, darf ich wohl auch sagen, dass uns mit Ihnen einer der profiliertesten Debattenredner verlässt.

Neben Ihren eindrucksvollen Reden zu uns Deutsche immer besonders bewegenden Themen aus unserer politischen Vergangenheit, für die ich mich wohl auch im Namen aller Abgeordneten noch einmal ausdrücklich bedanken darf, haben mich auch die kleinen Probleme aufhorchen lassen, derer Sie sich angenommen haben. Durch Sie habe ich erfahren, dass es nicht nur wie in Wetterberichten eine gefühlte Temperatur gibt, sondern auch eine gefühlte Entfernung.

Von Ihnen weiß ich auch, dass eine Walhaut kein Moos ansetzt und man deshalb aus der Beschaffenheit von Walhäuten Rückschlüsse auf das leidige Anstrichproblem von Schiffsböden ziehen kann. Auch Ihnen, Herr Dr. Kuhn, alles Gute!

(Beifall)

Ich bedanke mich noch einmal bei allen ausscheidenden Abgeordneten und erteile nun das Wort dem Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn. – Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Präsident, dass ich die Ehre habe, für die ausscheidenden Abgeordneten das letzte Wort in dieser Legislaturperiode zu haben, wahrscheinlich wird es das vorletzte Wort, denn das letzte Wort hat naturgemäß danach der Präsident.

(C)

Sehr verehrte Kolleginnen, sehr verehrte Kollegen, ich möchte mit dem Stoßseufzer des Kollegen Klaus Dittbrenner beginnen, den er hier vor vier Jahren getan hat: „Wenn wir uns doch zwischendurch einmal so nette Sachen gesagt hätten, wie wir sie eben zu hören bekommen haben!“ Dabei stimmt es ja alles, was gesagt worden ist, es war nicht erfunden. Ich werde mich meinerseits bemühen, jetzt auch nur Nettos zu sagen.

(Heiterkeit)

Ich habe gesagt bemühen! Nein, aber etwas anderes fällt mir auch überhaupt nicht ein, schon gar nicht, wenn wir eben gehört haben, welche debattenerprobten, erfahrenen und freundlichen Mitaussteigerinnen und Mitaussteiger ich vertreten soll, ich sage vorsichtshalber aus Bremerhaven und aus Bremen, das jedenfalls habe ich sehr schnell im Parlament gelernt.

Ich möchte zu Beginn das sagen, was ich immer sehr stark empfunden habe, und das ist eigentlich die Hauptsache. Die zwölf Jahre, in denen ich hier das Mandat eines frei gewählten Abgeordneten in einer großmütigen Fraktion ausüben durfte, waren ein Vergnügen. Das Vergnügen war oft harte Arbeit, aber es war ein Vergnügen, und das ist wirklich die Hauptsache. Ich habe heute auch gelernt, dass man manchmal im Leben dann aufhören soll, wenn es besonders schön ist.

(D)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist, sicherlich war für andere anderes wichtiger, für mich war es immer der Kern des Parlaments, der das Hauptvergnügen ausgemacht hat, nämlich dieser sehr paradoxe und eigentlich aussichtslos anmutende Versuch: man fängt an bei ganz harten Interessenvertretungen, ganz fest gefügten Meinungen, parteipolitischen Setzungen. Man setzt das Argumenten aus, diese Argumente treffen sich, sie schleifen einander ab, und am Ende sucht man und man findet auch in der Regel Lösungen, die dann für alle gelten und die von allen akzeptiert werden. Das ist schon eine sehr besondere Einrichtung, und das war eigentlich auch der Kern dessen, was mich am Parlament fasziniert hat und was, glaube ich, auch der Kern unseres Amtes ist.

Den Parlamenten, auch unserem, wird häufig der Vorwurf gemacht, hier würden nur Dinge zum offenen Fenster hinaus verkündet, das meiste wäre schon vorher beschlossen, hier passiere und bewege sich nichts mehr. Ich widerstehe der Versuchung, an dieser Stelle über die besonderen gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse zu reden, darüber will ich

(A) jetzt nicht reden. Ich will vielmehr diesem Vorwurf, der uns gemacht wird, ausdrücklich begegnen. Dieses öffentliche Aussprechen ist eine ganz wesentliche Aufgabe des Parlaments, und wir sollten vielmehr versuchen, dass das noch öfter hier passiert und weniger in den Medien, wie es ja vor allen Dingen auch auf der Bundestageebene geschieht, was häufig kritisiert wird. Das ist das eine, wir müssen es tun, wir müssen es öfter tun, und zweitens, ich will es ganz ausdrücklich sagen: Hier bewegt sich sehr wohl etwas!

Wenn man da oben sitzt, was zu tun ich die Ehre hatte, dann sieht man einfach mehr. Man sieht auch die Unarten. Ich meine, das will ich gar nicht verschweigen, das will ich aber nur ganz kurz streifen, das Schwatzen, das Nickerchen machen, das Schokolade essen, auch die moderne Volksseuche der Handys am Ohr. Ich habe Sie gar nicht angeschaut, Herr Pflugradt, wirklich nicht!

(Heiterkeit)

Was man vor allen Dingen sieht, ist dann doch, dass Argumente wirken, dass sie ankommen. Das führt dann nicht immer sofort zu Ergebnissen, das kann man vielleicht auch nicht erwarten, aber vielleicht das nächste Mal, in einer nächsten Sitzung, beim nächsten Beitrag. Ich jedenfalls kann Ihnen versichern, dass, wenn ich zugehört habe, ich ganz gut gemerkt habe, wann ein Argument trägt und wann nicht. Das hat ziemlich wenig mit der politischen Farbenlehre zu tun, wenn man ehrlich ist, und das wollten wir heute sein.

(B) Ich darf, da ich nun das Wort habe, Ihnen zu dieser Frage eine Geschichte aus dem Jahr 1993 erzählen, die auf mich einen anhaltenden, nachwirkenden Eindruck gemacht hat. In einer Rede über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien traf mich damals die Klingel des Präsidenten wie aus heiterem Himmel. Sie wissen ja, wie das ist, das ist immer so, man rechnet überhaupt nicht damit. Ich muss hinzufügen, damals war die normale Redezeit noch 15 Minuten. Das heißt, wenn man Text für eine halbe Stunde hatte, musste man sich nur zweimal melden und nicht dreimal wie heute. Das waren noch Zeiten, Herr Oppermann, das kann ich Ihnen sagen!

Der Präsident Dieter Klink wies mich auf die abgelaufene Redezeit hin, ich war ganz verdattert, da rief der Kollege Metz von der CDU-Bank: „Lassen Sie ihn zu Ende reden, das ist gut!“ Ich durfte tatsächlich zu Ende reden. Ich habe mir diese Geschichte gemerkt, nicht nur weil sie so nett für mich war, das merkt man sich immer lieber, sondern weil sie ein Anstoß war, bewusster zuzuhören und von Ihnen zu lernen, und das ist eigentlich das vor allem Nette, was ich Ihnen sagen wollte: Ich habe viel von Ihnen allen gelernt, und ich glaube, es geht uns insgesamt in diesem Haus so.

In den letzten Jahren ist das Ansehen der Abgeordneten nicht viel besser geworden, fürchte ich. Das Problem ist, für jeden Fehler, ob in Berlin oder in Kiel, müssen auch wir hier geradestehen, werden wir haftbar gemacht, und da kommt einiges zusammen. Ich wollte einmal die Frage stellen, ob es vielleicht auch an den Erwartungen liegt, die uns gegenüber gehegt werden. Ich glaube, die Quadratur des Kreises, das ist eher so ein Kinderspiel, eine Aufgabe aus dem Iglu-Test gegenüber dem, was von uns Abgeordneten in der Öffentlichkeit erwartet wird.

Wir sollen unserer persönlichen Überzeugung und unserem Gewissen verpflichtet sein, aber natürlich gemeinsam effektiv und geschlossen auftreten; eigenwillig, aber zuverlässig. Wir sollen selbst nachdenken und trotzdem der Parteilinie folgen. Wir sollen fachlich versiert sein, aber natürlich über jede politische Frage reden können. Wir sollen die Probleme des Stadtteils, der einzelnen Straße kennen, aber uns natürlich gut auskennen im Berliner und Brüsseler Denken; der Gegenwart verbunden, mit Visionen, selbstbewusst, aber natürlich ganz bescheiden.

Jedes Wort muss tief authentisch sein, aber die Sache muss gut inszeniert sein hier. Wir müssen auch einen ordentlichen Beruf ausüben, aber jederzeit für alle Bürgerinnen und Bürger da sein, also auf Deutsch: Wir müssen ganz normal sein und ganz anders. Am Ende sollen wir auch noch nett anzusehen sein!

(Heiterkeit)

Ich falle mit Sicherheit durch diese Prüfung. Ich habe lange nachgedacht, ich habe auch unter Ihnen niemanden gefunden, der das so richtig, ganz und gar erfüllt. Vor die Wahl gestellt, an sich selbst zu zweifeln oder an den Kritikern, dann wählt man doch lieber das Letztere, dann ärgert man sich auch nicht so, das ist gesünder. Ich sage Ihnen, dennoch sollte man über die Kritik nachdenken. Darüber kann man sich ziemlich ärgern, sie hat aber auch ihre gute Seite, dass nämlich die Leute noch etwas von uns erwarten, und sie erwarten noch ganz viel von uns.

Das ist wirklich das Pfund, mit dem wir wuchern müssen bei allem Realismus, bei unserem Beruf, unserem Amt, daraus kann man etwas Positives machen. Wenn Sie mich fragen, in welche Richtung das gehen sollte, sage ich natürlich: ein bisschen mehr Unabhängigkeit, ein bisschen mehr Individualität, es darf ruhig ein bisschen Verquertheit sein, ein bisschen mehr Unruhe und Überraschung, dann macht, Herr Hattig, das Parlament auch tatsächlich manchmal Spaß.

Ich möchte zwei Sätze zu Selbstbewusstsein und Überhebung der Abgeordneten sagen. Es nutzt niemandem, und ich glaube, es schadet am Ende auch der Bürgerschaft in jedem Sinn, wenn Abgeordnete sich klein machen und ihre eigenen Angelegenheiten

(C)

(D)

(A) ten vernachlässigen. Deswegen bin ich sehr froh, dass wir das Börsennebengebäude drüben wieder hergestellt haben und dass wir im kommenden Herbst das Haus der Bürgerschaft wieder in Ordnung bringen, dass zum Beispiel endlich die so genannte Klimaanlage hier hinauskommt,

(Heiterkeit)

die keine Klimaanlage ist, sondern Pest und Cholera zusammen oder nacheinander, wie immer man das will. Ich bin sicher, die neuen Abgeordneten werden es uns danken.

Wozu allerdings auf der anderen Seite Überhebung und Leichtfertigkeit führen, das kann man gerade an meiner Heimatstadt Kiel studieren, wo eine Diätenreform, sprich Erhöhung der Diäten, bei Anlass einer Parlamentsverkleinerung ziemlich kläglich gescheitert ist bei wiederum erheblichem öffentlichen Schaden. Dazwischen müssen wir irgendwie unseren Weg sorgfältig auf einem sehr schmalen Grat suchen.

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, viele sind in diesem Haus damit beschäftigt, unsere Unzulänglichkeiten auszugleichen oder sie wenigstens in einem günstigen Licht erscheinen zu lassen. Ich möchte mich – ich glaube, da spreche ich für alle – sehr herzlich bedanken für die zuverlässige und loyale Arbeit der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft, beim Plenardienst, beim Wissenschaftlichen Dienst, beim Protokoll, bei der Bewirtung, bei der Presseabteilung, der Hauschnik, der Allgemeinen Verwaltung und bei allen anderen. Wer mich kennt, weiß, das ist keine Höflichkeit, sondern meine Überzeugung. Ich hatte nie das Gefühl, was manchmal so kolportiert wird, dass wir Abgeordneten die Beschäftigten stören würden.

(B)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ende kommt zum Schluss! Mir scheint, das Geheimnis für den Erfolg des parlamentarischen Weges ist, unser Mandat ist auf Zeit. Ich gestehe Ihnen gern ein, dass ich mit Wehmut, wenn auch selbstverschuldet, gehe, denn das Parlament, so unvollkommen es einigen auch erscheinen mag und auch wir manchmal darüber anfangen zu grübeln, ist eine wunderbare, unersetzbare Erfindung. Wahrscheinlich betone ich das deswegen so, weil ich das nicht immer so empfunden habe. Deswegen will ich denjenigen sagen, die uns noch zuhören, und ich sage Ihnen, es gibt sie tatsächlich, die uns zuhören: Es gibt nur einen Weg, noch bessere Abgeordnete zu bekommen. Gehen Sie am 25. Mai zur Wahl, nehmen Sie Ihr Recht wahr, damit Sie zu Recht hinterher kritisieren können!

(C)

Ich wünsche mir von den 83 neuen Abgeordneten, dass sie das Ansehen und die Würde dieses Hauses mehren. Ich wünsche ihnen eine glückliche Hand bei der Lenkung des Staates und vor allen Dingen bei der Kontrolle der Regierung. Frau Wulff hat das sehr schön gesagt: Lassen Sie den Senat nicht allein! Lassen Sie ihn niemals allein!

Ich wünsche dem Land Bremen in den kommenden stürmischen Jahren auch einmal ein bisschen Rückenwind, aber immer die berühmte Handbreit Wasser unter dem Kiel. Ich wünsche Ihnen persönlich alles Gute und bedanke mich ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit!

(Starker, anhaltender Beifall)

(D)

Präsident Weber: Herzlichen Dank, Herr Dr. Kuhn, für Ihre Ausführungen! Wir sind zum Schluss des heutigen Tages gekommen.

Ich schließe die letzte Sitzung der fünfzehnten Legislaturperiode.

(Schluss der Sitzung 17.59 Uhr)